

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M.,
im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.,
einschließlich 60 Pf. Postgebühren und
72 Pf. Postbestellgebühren. Auslands-
abonnements 8.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Vorwärts“: „Mittelschicht“, „Bauer-
unterhaltung und Witz“, „Frauen-
stimme“, „Kultur“, „Blitz in die
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpaltige Konzeptionsgröße
80 Pfennig, Reflektoren 2.— Reichs-
mark. „Klein-Anzeigen“ des ver-
druckten Wort 25 Pfennig (gültig zwei
letzte druckte Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stielangelegenheiten das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Kreisverkehr
Jahre 60 Pfennig. Familienanzeigen für
Abonnenten Jahle 40 Pfennig. Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft Linden-
straße 8, wochentags, von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Föhnpost 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 2

Osterpause in Paris.

Deutschland soll sich inzwischen entscheiden.

Paris, 28. März. (Eigenbericht.)

In der Vollziehung der Sachverständigen, die rund
eine Stunde dauerte, gaben die Führer der einzelnen
Delegationen Erklärungen über die Art ab, in der nach
ihrer Auffassung das Problem der Anzahl und Höhe
der deutschen Jahresleistungen angeknüpft werden
sollte und entwickelten hierbei im einzelnen die Forde-
rungen und Zugeständnisse ihrer Länder. Der
Vorsitzende Owen Young forderte die Delegierten
auf, ihre Auffassungen nochmals genau zu überlegen,
damit bei Wiederaufnahme der Verhandlungen am
4. April die Diskussion über die Jahresleistungen so-
gleich beginnen könne. Die Delegierten sowie der
Vorsitzende fassten ihre Erklärungen in schriftlichen
Memoranden zusammen, die am Nachmittag fertiggestellt
waren. Ueber den Inhalt der Memoranden wird
strengstes Stillschweigen beobachtet.

Owen Young und Schacht.

Paris, 28. März.

Der „Matin“ weiß über die Vollziehung der Sachverständigen-
beratung am Donnerstag noch zu berichten, daß Owen Young
Schacht nicht gebeten habe, irgendeine Zahl zu nennen, ihn aber
aufgefordert habe, dem Ausschuss mitzuteilen, ob er bereit sei, die
deutschen Angebote auf der Grundlage der alliierten
Forderungen (Deckung der Schulden und Ersatz der Kriegs-
schäden) aufzubauen. Falls dies nicht der Fall sei, so habe Owen
Young hinzugefügt, müsse die Konferenz fristlos vertagt
werden.

Schacht habe in seiner Antwort auf die deutsche Leistungsfähig-
keit zurückkommen wollen, worauf ihn Owen Young jedoch mit den
Worten unterbrochen habe: „Keine Zahlen, sagen Sie uns, ob Sie
unsere Verhandlungsgrundlage annehmen.“ Ueber die Antwort
Dr. Schachts werde das größte Stillschweigen bewahrt. Der
„Matin“ glaubt allerdings, daß Anlaß für die Annahme vorliege, daß
Schacht versprochen habe, sich auf die ihm vorgeschlagene Methode
einzulassen und mit „annehmbaren“ Zahlen nach Paris zurückzu-
kehren — eine Vermutung, für die man ebenso wie für diesen Bericht
dem Blatt die Verantwortung überlassen muß.

Selbsterziehung.

Kommunisten und Faschisten in der Tschechoslowakei.

Von Rudolf Illovy.

Vor dem kommunistischen Gewerkschaftshaus in Prag
stehen Schutzpolizisten. Die linksradikale Leitung der
Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei ließ sie holen,
um das Haus der widerspenstigen roten Gewerkschaften
wieder in ihren Besitz zu bringen. Doch der Spieß dreht sich
um, die stalinistischen Jünglinge werden hinausgedrängt. Die
Polizei patrouillierte weiter vor dem Hause, um das Eigen-
tum der rechtmäßigen Besitzerin, der „Internationalen
Allgewerkschaftlichen Vereinigung“, vor Störungen zu
schützen. Die Kommunisten fordern die Prager Arbeiter zu
einem Streik auf, in den Fabriken wird ruhig weiter-
gearbeitet. Fast niemand erscheint vor der Gewerkschafts-
zentrale, um gegen die „Liquidatoren“ zu demonstrieren.

Die kommunistische Partei hofft zwar, die Mehrzahl der
Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen zurückzu-
gewinnen, doch bleiben die Organisationen selbst und ihre Zent-
rale, wie auch immer dieser Zwist ausfallen mag, weiter
oppositionell. Die Stalinisten in der Tschechoslowakei werden
genötigt sein, eigene gewerkschaftliche Organisationen auf-
zubauen, aber damit nur ihr organisatorisches Unvermögen
und ihre fortschreitende Zerfegung von neuem beweisen. Der
Kampf nimmt immer schärfere Formen an. Einige Abge-
ordnete stehen als Opportunisten knapp vor dem Ausschluss;
die Mehrzahl des Klubs der kommunistischen Abgeordneten
und Senatoren verhält sich zu den Ereignissen in der Ge-
werkschaftsbewegung passiv, ja sie sympathisiert sogar mit
dieser Revolte gegen Moskau. Die kommunistischen
Parlamentsmitglieder sind auch aus persönlichen Gründen
gegen ihre Parteileitung erbost, da sie von ihr zu abhängigen
Parteilangestellten gemacht worden sind. Diese Parlamentarier
müssen alle ihre Bezüge, welche monatlich fünftausend
tschechische Kronen betragen, an die Parteileitung abführen,
die sie sodann nach eigenem Gutdünken wie alle anderen
Parteilangestellten entlohnt. Dadurch entsteht der paradoxe
Fall, daß der tschechoslowakische Staat eigentlich die Kom-
munistische Partei mit fast vier Millionen tschechischen Kronen
jährlich unterstützt.

Die Spaltung ist nicht mehr aufzuhalten. Es be-
steht zwar schon eine kommunistische Oppositionspartei, die
ihren Hauptsitz in Brünn hat, doch ihr Anhang ist bis jetzt
nicht besonders groß. In der nächsten Zeit wird sie durch
die Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen eine be-
deutende Stärkung erfahren. Obwohl die offizielle Partei noch
außenhin noch immer den Schein ihrer Einheit bewahrt, sind
in ihr doch so viele entgegengesetzte Strömungen vorhanden,
daß die Risse nicht mehr zu verkleistern sind. Das Haus, in
dem sich jetzt noch die kommunistische Zentrale befindet, die
Druckerei und das Hauptorgan der Partei befinden, gehört
einer Genossenschaft, deren Führung in Händen von unzu-
frieden Elementen ist, und über kurz oder lang wird das
kommunistische „Politbureau“ obdachlos werden. Auch das
kommunistische Finanzinstitut ist von den Oppositionellen be-
herrscht, die bereits der Parteileitung den Kredit verweigert
haben. Zwar würde die Partei etwa die Hälfte ihrer Wähler-
stimmen retten, doch für die Zukunft ist sie erledigt. Sie ge-
denkt sich von nun an insbesondere auf unorganisierte und
indifferente zu stützen und hat für den
sie verlassenden organisierten Arbeiter das Schimpfwort
„Arbeiterbourgeois“ geprägt.

Bei dem kläglich zusammengebrochenen Textilar-
beiterstreik, der ein Hauptanlaß für den Abfall der
roten Gewerkschaften von der Partei war, kommandierten
schon Nichtorganisierte die Streikenden. In der tschechischen
bürgerlichen Presse ist helle Freude darüber, daß wieder ein-
mal die Arbeiter gegeneinander wüten, gleichzeitig aber
herrscht in der Bourgeoisie eine ziemlich große Angst, die
Sozialdemokratie könnte nach dem Zerfall der kommunisti-
schen Partei stark anwachsen. Die tschechischen Agrarier, die
längst den Höhepunkt ihrer Macht erreicht haben und von
denen sich schon die Wählererschaft auf dem flachen Lande ab-
zumenden beginnt, würden sehr gerne vorzeitige Neuwahlen
durchsetzen, da jeder weitere Ausschub Vorteile nur der
Sozialdemokratie bringt.

Während so die kommunistische Selbstvernichtung sich
noch vollzieht, findet der Zerfegungsprozess einer anderen
extremen Partei, der tschechischen Faschisten, seinen
unrühmlichen Abschluß. Die Kommunisten sehen laut
neuestem Auftrag aus Moskau wohl überall Faschismus, sie
bezeichnen ihre oppositionellen Gewerkschaftler und Politiker
als Verbündete der Faschisten und titulieren die Sozialdemo-
kraten „Sozialfaschisten“. Aber die wirklichen Faschisten,
die behandeln sie viel besser, denn gleiches Schicksal verbündet
beide.

Das Absterben des Faschismus in der Tschechoslowakei
zeigt am besten eine Gerichtsverhandlung, bei der als inter-
essante Tatsache zutage trat, daß die tschechischen
Faschisten mit bayerischen Hakenkreuzlern
wegen Unterstützung im Falle eines faschistischen Umsturzes

Der Anflager soll verstummen.

Ueberfallpläne in Warschau.

Warschau, 28. März.

Der sozialistische „Robotnik“ erklärt, ihm seien Nachrichten zu-
gekommen, denen zufolge auf den sozialistischen Abg. Dr. Lieber-
mann ein Ueberfall vorbereitet werde, um es ihm unmöglich
zu machen, den früheren Finanzminister Czechowicz vor dem
Staatsgerichtshof anzuklagen. Das Blatt schreibt, wenn man sich
auch in der Zeit der „Sanierungsregierung“ an viele Ueberwachungen
gewöhnt habe, könne man doch diese Nachricht nicht glauben. Immer-
hin gibt „Robotnik“ den dazu sanguinischen Faschisten den Rat, von
diesen räuberischen Absichten abzusehen.

In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, daß seinerzeit
der Budgetreferent und ehemalige Finanzminister Jodzichowski
von unbekanntem Offizieren nachts in seiner Wohnung
überfallen wurde, nachdem er sich im Sejm gegen die Aus-
gabenpolitik der Regierung ausgesprochen hatte.

Zur Liebe kann ich dich nicht zwingen . . .

Warschau, 28. März.

Der sozialistische „Robotnik“ meldet: Im Finanzministerium for-
dern die leitenden Beamten die übrigen Beamten und Ange-
stellten auf, für den vom Sejm gefürzten Dispositionsfonds
des Kriegsministers Bilubski freiwillige Spenden zu zeich-
nen; diese freiwilligen Geldspenden seien zum Kampf gegen die
Splonage, den der Sejm offenbar nicht führen wolle, bestimmt.
Als Beamte sich weigerten, zu zahlen, drohte man ihnen mit
Unannehmlichkeiten, ja sogar mit Entlassung. Die be-
treffenden Beamten verpflichteten sich dann aus Furcht, „freiwillig“
einen Prozentsatz ihrer Gehälter zu zahlen.

Zustizpraxis in Dummerellen.

Vor einiger Zeit ist der durch seine konziliante Form in
der Vertretung der Minderheitenrechte bekannte Chesradoteur des
„Dummereller Tageblatts“, Dr. Krull, wegen eines Artikels zu
vierzehn Tagen Gefängnis und dreihundert Zloty Geld-
strafe verurteilt worden. Wie die „Weichselzeitung“ meldet, ist nun-
mehr Dr. Krull aufgefordert worden, über das Osterfest seine
Strafe anzutreten!

Polnische Richter können auch mild sein.

Vor dem Stadtgericht Kattowitz standen drei „Auffständische“,
die im Oktober 1928 auf dem Heimweg von einer Fahnenweihe
drei Damen und zwei Herren, die sich deutsch unterhalten hatten,
überfallen und eine Dame, die nicht schnell genug flüchten
konnte, mißhandelt haben; außerdem haben sie den als
Deutschen bekannten Obersteiger Blesner aus Bolkow über-
fallen und so schwer mißhandelt, daß er längere Zeit im
Lazarett zubringen mußte. Von den Angeklagten hat nur ein
einziger zugegeben, beteiligt gewesen zu sein. Das Urteil lautete
für zwei Angeklagte auf je 40 Zloty (20 Mark) Geldstrafe, wäh-
rend der dritte freigesprochen wurde!

Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien.

Feststellungen eines prominenten Engländer.

London, 28. März.

Der englische Oberleutnant Hutchison, der 1920 der ober-
schlesischen alliierten Kommission angehörte und kürzlich Oberschlesien
aufs neue besuchte, stellt — in Erwiderung auf Behauptungen
des polnischen Pressebureaus — in einer Zuschrift an den „Man-
chester Guardian“ fest, daß in Deutsch-Oberschlesien nirgends
Unterdrückung festzustellen sei. In ganz Deutsch-Oberschlesien
seien überall Zeichen des Segens der deutschen Kultur
vorhanden in Form von besseren Löhnen, guten Unterkunftsmög-
lichkeiten, einem guten Gesundheitsdienst sowie der Wohlfahrt der
Angestellten. Seit dem Kriege und der politischen Umwälzung in
Deutschland sei die Freiheit aller Bewohner Deutsch-
Oberschlesiens, ob polnischer oder deutscher Nationalität, in
sehr bemerkenswertem Ausmaße sichergestellt. Es habe keinen Fall
von Unterdrückung religiöser, politischer, wirtschaftlicher oder sozialer
Art gegen Polen von den Deutschen gegeben, während

in Polnisch-Oberschlesien überall die Tyrannei der polnischen
Verwaltung gegen die sehr große deutsche Minderheit

in die Augen falle. Wenn die deutsche Kultur vom polnischen
Pressebureau verspottet werde, dann dürfe es sich nicht wundern,
welche Meinung von der polnischen Kultur dieses Pressebureau von
England zu erwarten hätte, derselben Kultur, die die niedrig-
sten Löhne in Europa hervorbringe und die den früheren
Lebensstand in Ostoberschlesien beträchtlich herabgedrückt habe.

Die Bauernnot in Rußland.

Sibirien von Einwanderern überschwemmt.

In letzter Zeit tauchen in Westsibirien große Gruppen russischer
Bauern auf, die aus dem europäischen Rußland nach Sibirien über-
siedeln wollen. Die Uebersiedlung nach Sibirien steht unter Staats-
aufsicht und ohne besondere Erlaubnis der betreffenden Sowjet-
behörden ist eine Einwanderung nicht möglich. Die jetzt dort auf-
tauchenden Bauern haben sich aber nicht nur um die Einwande-
rungserlaubnis nicht gekümmert, sondern sich auch
keinerlei Informationen über die Zustände in Sibirien verschafft. Auf
bloße Gerüchte über angebliche Landanweisungen sind sie
nach Sibirien gekommen, wo die Behörden nunmehr ihren Rück-
transport nach dem europäischen Rußland organisieren müssen, da
zurzeit eine Unterbringung in Sibirien bzw. die Zuteilung von Land
nicht in Frage kommt.

Aus Kabul abgeholt haben fünf russische Flugzeuge drei
Mitglieder der Sowjetpolitschast, vier russische Flugzeugführer
und drei türkische Staatsangehörige.

verhandelt und diese Hilfe ihnen von Hitlerleuten auch versprochen wurde!

Die Anklage selbst klingt wie eine Geschichte aus Wildwest. Als im August 1927 gegen den degradierten Generalstaatschef und Faschistenführer Gajda ein Disziplinarverfahren im Gange war, pochte jemand um 5 Uhr morgens in einer Sommerfrische an die Tür eines hohen Staatsbeamten, der mit dem Studium der Angelegenheit Gajda betraut war. Sechs Männer drangen mit vorgehaltenem Revolver in die Villa ein und überfielen den Beamten und seine Familie mit den Worten: „Im Namen der Revolution fordern wir Sie auf, uns die Schriften über Gajda auszuliefern. Jeder Widerstand ist nutzlos, Masaryk ist nicht mehr Präsident!“ Sie durchstöberten den Schreibtisch und suchten einen vermeintlichen Brief Masaryks, doch fanden sie nur belanglose Akten, die sie mitnahmen. Diese Banditen wurden bald verhaftet, doch in einer früheren Gerichtsverhandlung nur zu verhältnismäßig geringen Strafen verurteilt. Da inzwischen neues, belastendes Material aufgetaucht ist, wurde der Prozeß erneuert und die Anklage auch auf Gajda selbst erweitert.

Ein Zeuge, der früher Mitglied des faschistischen „Direktoriums“ war und die faschistische Auslandsagenda zu besorgen hatte, gab an, daß er einen ihm von Gajda-Leuten diktierten gefälschten Brief Masaryks ins Deutsche übersetzte und dem Redakteur des „Böhmischen Beobachters“, Alfred Rosenberg in München, zur Veröffentlichung einlieferte. Aus verschiedenen Broschüren, welche die früheren Faschisten herausgaben, geht ganz deutlich die Waffenbrüderschaft der bayerischen Halantkreuzler mit tschechischen Faschisten hervor. So fand z. B. im März 1927 ein faschistisches Bankett in Prag statt, an dem als Delegierter der Halantkreuzler ein Fabrikant Schmidt aus Nürnberg teilnahm. Abgefunden die tschechischen Faschisten reisten nach München, wo sie durch Vermittlung des Redakteurs Rosenberg mit Hitler verkehrten. Auch in der Gesellschaft Sudendorffs bewegten sich tschechische Faschisten. Ähnlich wie mit bayerischen Halantkreuzlern traten die tschechischen Faschisten auch mit ungarischen Magnaten, die in der Slowakei begütert sind, wegen finanzieller Unterstützung in Verhandlungen. Alle diese Pläne der Prager Faschisten schlugen fehl.

Der Extremismus von rechts ist an seinem Ende angelangt; der Extremismus von links nähert sich ihm mit Riesenschritten.

Von der Spaltungspartei.

In Stuttgart...

Stuttgart, 27. März. (Eigenbericht.)

Die kommunistische Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat hat sich am Mittwoch in Konsequenz der Zwijfzigkeiten der KPD in zwei Gruppen gespalten, von denen die eine vier, die andere fünf Mitglieder zählt. Es kam zwischen beiden Gruppen zu einer heftigen Auseinandersetzung, in der der Vorsitzende der einen Gruppe dem zurzeit im Austrage der Zentrale in Stuttgart tätigen Kommissar mitteilte, daß die Opposition mit den Worten geäußert habe: „Mit den Faschisten werden wir euch bekämpfen; wir werden euch die Zähne brechen.“

In Sachsen...

In der letzten sächsischen Bezirksvorstandssitzung der Kommunistischen Partei Deutschlands wurden die Stadtverordneten Rager und Schneider in Freiheit aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Man hatte ihnen die Beteiligung an Fraktionsstörungen der Sozialdemokraten zum Vorwurf gemacht.

Und im Saargebiet.

Saarbrücken, 28. März. (Eigenbericht.)

Auf dem Bezirksparteitag der saarländischen Kommunistischen Partei wurde den beiden kommunistischen Landesratsabgeordneten Reinhard und Weiß „rechte Abkehrung“ vorgehalten und ihnen angeboten, bei Fortsetzung ihres Brandierischen Kurzes aus der kommunistischen Partei hinausbefördert zu werden. Weiß ist Ortsverwaltungssekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Böttingen, Reinhard Bergarbeitersekretär der Lothringer kommunistischen Bergarbeiterorganisation. Reinhard, ehemals preußischer Feldwebel, hat nach dem Kriege in leitender Stelle den Aufbau der saarländischen kommunistischen Partei geführt. Er wird aber jetzt immer mehr von neu aufkommenden Elementen aus der Arbeiterbewegung verdrängt.

Sehe vor Kindern.

Gewissenloses Treiben kommunistischer Agitatoren.

Am 26. März hielt die KPD eine Versammlung in den Pharusolaten, Müllerstr. 142, ab, an der u. a. 600 Jugendliche und 30 Kinder teilnahmen. In dieser Versammlung wies der Kommunist Schwend auf die Jugendtagung des KPD hin, die Ostern in Düsseldorf stattfinden soll, und forderte die anwesende Jugend auf, sich nicht durch die Polizei einschüchtern zu lassen, sondern mit aller Macht zu demonstrieren.

Er sagte weiter: Laßt Euch von Jörgiebel's Schergen nicht einschüchtern, auch wenn sie mit dem Summinüppel auf Euch eindringen und sogar schießen, wie es kürzlich der Fall war, wo ein Arbeitergenosse erschossen worden ist, dem Ihr seid die Stütze des ganzen Proletariats.

Mit anderen Worten: Herr Schwend hat sich bemüht, 600 Jugendliche und 30 Kinder zum Widerstand gegen polizeiliche Anordnungen aufzuheizen — auf die Gefahr hin, daß sie sich bei diesem Widerstand schweren Schaden oder Bestrafung zuziehen. Herr Schwend wird natürlich hinter der Front bleiben und sich hinter den Jugendlichen decken.

Aus einer kleinen Republik.

Der Geißelhut in Litauen.

In der litauischen Ortschaft Sjeia verhaftete die Polizei einen Bauern unter der Beschuldigung, den Staatspräsidenten Smetona dadurch beleidigt zu haben, daß der Bauer, wegen einer Anstichung aufs Polizeirevier gekommen, den Hut nicht abgenommen hat, „obgleich das Porträt des Staatspräsidenten an der Wand hing.“

Die Oppositionsblätter erinnern an Schillers „Wilhelm Tell“ und den Befehl des Landvogts Geiser, einen Hut als Symbol der Staatsgewalt zu grüßen. Ein Blatt schreibt: „Die Aufgabe der Polizei ist, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, nicht aber einen des Lebens und Schreibens unfähigen Bauern zum Staatsverbrecher zu stempeln, weil er seine Röhre vor einem Bild aufbehielt.“

Reichskonferenz der Arbeiterwohlfaht.

Verwaltung und Arbeiterklasse.

Frankfurt a. M., 28. März. (Eigenbericht.)

Der zweite Tag der Reichskonferenz der Arbeiterwohlfaht war der Diskussion der vorangegangenen Referate gewidmet. Zu Beginn der Sitzung übermittelte Frau Bod-Wien, Deutsch-Prag, sowie ein Vertreter des JdK. und andere in warmen Worten die Grüße ihrer Organisation.

In der folgenden

Ausprache

wurden von dem Kongreß und von den einzelnen Sprecherinnen wertvolle Anregungen gegeben und die Referate erfuhrten nach vielen Seiten hin weitere Ergänzung. Im Vordergrund der Diskussion stand die Frage der Einstellung wohlfahtspflege-gerisch geschulter Kräfte bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung. Die Diskussion befahte sich weiter mit der Frage, ob die Ausbildung der Fürsorgerinnen einheitlich oder nach der bisherigen fachlichen Dreiteilung vorgenommen werden soll. Die überwiegende Meinung ging dahin, daß die Einheitschulung gefordert werden müsse. Eine Praktikantentätigkeit wird für alle Wohlfahtschüler verlangt. Dabei erhob sich die Frage, ob man die Praktikanten bezahlen solle oder nicht. Im Interesse der Kinder unbemittelter Eltern wurde die Bezahlung von verschiedenen Rednerinnen als dringend notwendig erachtet. Diese und andere Probleme nahmen den ganzen Vormittag in Anspruch.

In ihrem Schlußwort sagte Frau Hedwig Bachenheim noch einmal alle Probleme, die im Mittelpunkt der gesamten Beratungen standen, zusammen. Frau Bachenheim betonte besonders die politische Bedeutung der Ausbildungsfrage der Fürsorgerinnen.

Die Wohlfahtsfürsorge müsse in der Arbeiterklasse verankert werden.

denn die Objekte der Fürsorge seien in der Hauptsache Arbeiter. Die bürgerliche Fürsorge frante daran, daß sie die Gefährdeten zum demütigen Kleinbürger erziehe. Die sozialistische Wohlfahtspflege

müsse das Gegenteil erreichen. Der Liberalismus sei an der Bureaucratie in den Verwaltungen gescheitert. Deshalb sei es vor allen Dingen unsere Aufgabe, die Verwaltung zu durchdringen und sie mit dem Volk zu verbinden, was allein möglich sei, indem die Arbeiterchaft selbst in der Verwaltung mitarbeite. Nicht nur an die fachliche Eignung der Fürsorgerinnen sei zu denken, sondern hauptsächlich auch daran, daß wir die Verwaltung für die Arbeiterklasse öffnen. Wir dürfen nicht wegen jedem Fehler der Fürsorgerin deren Ausbildungszeit verlängern. Den jungen Menschen erleichtern wir den Eintritt in die Verwaltung durch die berufsmäßige Schulung. Durch die langjährigen Schulungen würden die jungen Pflegerinnen nur verhältnismäßig höhere Löhner, die aber nichts von dem Leben der Arbeiterchaft erfahren haben. Die Referentin hofft, daß man den Wohlfahtspfegerinnen auch den Weg in andere Verwaltungszweige ebnet, es könne auch unseren Kommunen nichts schaden, wenn Menschen in sie hineinkommen, die nicht die vorgeschriebene Beamtenlaufbahn hinter sich haben. Die Schule der Arbeiterwohlfaht müsse das Vertrauen aller Kreise der Arbeiterbewegung erringen. Die Arbeiterwohlfaht sei der erste Zweig der Arbeiterbewegung, der für die öffentliche Verwaltungsschule eintrete und in engster Verbindung mit den Sozialdemokraten in der Verwaltung stehe. Es sei zu hoffen, daß die Arbeit der Arbeiterwohlfaht die Unterbringung der gesamten Arbeiterbewegung und der Arbeiterchaft findet.

Nicht Wohlfahtigkeit, sondern Klassenbewußte Erziehung für die politischen, gewerkschaftlichen und staatlichen Aufgaben des Proletariats, das sei das vornehmste Ziel der Arbeiterwohlfaht.

An das mit stürmischem Beifall angenommene Referat schloß sich das Schlußwort der Abg. Frau Juchacz, die den Delegierten und dem Ortskomitee Dank aussprach und die Teilnehmer mit dem Wunsch auf gute Erfolge ihrer Arbeit in die Heimat entließ.

Ruhfladenurteil beseitigt!

Stadler in zweiter Instanz verurteilt!

Stargard (Pommern), 28. März. (Eigenbericht.)

Das hiesige Gericht verurteilte den bekannnten Stahlhelmsagitor Edward Stadler — entgegen dem freisprechenden Urteil der Vorinstanz — wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz an Stelle einer „verwickelten Gefängnisstrafe von einem Monat zu 300 M. Geldstrafe. Der mitangeklagte Redakteur Schläter vom „Maffower Anzeiger“ kam mit 100 M. Geldstrafe davon.

Der Freispruch des Stahlhelmpropagandisten Stadler in erster Instanz hatte in ganz Deutschland berechtigzte Entrüstung ausgelöst. Nach den Urteilsgründen des erstinstanzlichen Urteils hat Stadler die Republik in folgender Form beschimpft:

Um seinen Zuhörern, die hauptsächlich aus Landwirten und Landarbeitern bestanden hätten, diese Wandlung vom Untragbaren ins Tragbare zu veranschaulichen (!), habe er zu dem Vergleich der Zustände von 1918/1919 mit einem Kuhfladen gegriffen und dabei ausgeführt, der frische Kuhfladen würde von jedermann als untragbar erkannt. Wenn der Kuhfladen lange liegen bleibe, trete eine Verkrustung ein; der Kuhfladen würde äußerlich härter. Dann könne mancher auf den Gedanken kommen, der Mist sei jetzt tragbar und tragfähig. So ungefähr habe man sich in Deutschland an das Bürgerel, Elende, Unmögliche und Untragbare gewöhnt, das durch die Niederlage über uns gekommen sei, nur weil sich eine gewisse feste Staatsform darüber als Kruste gelegt habe. Trotz dieser festen Staatsform bleibe Schmach Schmach, Untragbar ist Untragbar. Mist bleib; Mist trotz Kruste.

Bei dieser Feststellung war das Schöffengericht in Gollnow zum Freispruch gelangt, den es wie folgt begründet hat:

Der mit den Worten: „Wenn man einen Misthaufen“ beginnende Satz bezieht sich nicht auf den vorübergehenden Satz, in dem gesagt ist, daß der Staat sich befestigt hat. Er hängt vielmehr mit den nachfolgenden Sätzen zusammen, in denen zum Ausdruck gebracht ist, daß all das Unreine von 1918, das Schiedertum, die Gemeinheit, die Würdelosigkeit, jetzt zwar äußerlich durch eine gewisse feste Staatsform verkrustet ist, daß aber im Wesen sich nichts geändert hat. Daß die Zustände äußerlich durch eine feste Staatsform verkrustet sind, heißt in dem Zusammenhang nach der Ueberzeugung des Schöffengerichts, daß die „Zustände“ wegen der festen Staatsform äußerlich nicht mehr so in die Erscheinung treten. Bei dieser Auslegung war eine Beschimpfung der Staatsform nicht festzustellen.

Diese gewundene Juristenlogik ist nun durch das Urteil zweiter Instanz korrigiert. Es muß hervorgehoben werden, daß nach dem Freispruch erster Instanz Stadler seine gemeinen Redensarten in jeder öffentlichen Versammlung, in der er sprach, wiederholt hat mit dem Zusatz: Ihm könne nichts passieren, er sei wegen dieser Worte freigesprochen! — Es ist nunmehr zu erwarten, daß der „Rechtsirrtum“ des Herrn Stadler in sämtlichen nachweisbaren Fällen berichtigt wird.

Von den seltsamen Freisprüchen der letzten Zeit, durch die Beschimpfungen der Republik für straffrei erklärt wurden, haben die höheren Instanzen zwei korrigiert. Sie betreffen die Schimpfmotive „Saurepublik“ und „Kuhfladen“. Nur der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts unter Herrn Lorenz kann sich rühmen, die Beschimpfung der Reichsflagge durch das Wort „Hühnerriegel“ höchstinstanzlich straffrei gemacht zu haben, falls die Absicht der Beschimpfung nicht „aus den begleitenden Gebärden“ hervorgehe. Ein Urteil, das man auch nur mit einer entsprechenden Gebärde richtig werten kann.

Ersparungen der Reichszollverwaltung.

Durch Vereinfachung der Organisation.

Im Reichshaushaltsauschuß hat Staatssekretär Dr. Popitz bei der Beratung des Nachtragshaushalts des Reichsfinanzministeriums auf nicht unbedeutende Einsparungen in der Reichszollverwaltung hingewiesen. Danach wurden im Jahre 1928 drei Hauptzollämter, 27 Zollämter und Zollabfertigungsstellen sowie 51 Bezirkskom-

missariate aufgehoben. In den ersten Monaten dieses Jahres ist bereits wieder die Aushebung von weiteren zwei Hauptämtern, 43 Zollämtern und 19 Kommissariaten verfügt worden. Dabei wurden die Bedürfnisse des Wirtschaftlebens durch diese Reorganisationsmaßnahmen keineswegs vernachlässigt.

Das Tempo dieser Einsparungen durch Rationalisierung ist heute bedeutend schärfer als früher. Hätten die bürgerlichen Parteien, die heute so nach Ersparnissen rufen, nicht schon früher selbst zu dieser Reorganisation die Möglichkeiten gehabt, als sie an der Regierung waren?

Steuerzahlen ist schwer.

Schimpfen und Dumpen ist leichter.

Das von den bürgerlichen Parteien ob seiner Verjährung in verlästerte Reich dient der Privatwirtschaft mit Milliardenbeträgen nicht nur als Marktsch für Subventionen und Kreditgarantien, sondern es muß der Privatwirtschaft auch noch fällige Steuern und Zölle in riesigen Beträgen stunden.

Dem Reichstag ist jetzt eine Uebersicht über die Erhebung und Verteilung der Besitz- und Verkehrssteuern nach dem Stande vom 1. Januar d. J. vorgelegt worden. Danach wären im letzten Kalenderquartal 1928 1,19 Milliarden — derselbe Betrag wie im dritten Quartal — fällig gewesen. In nicht weniger als 1782 103 Fällen waren aber 477,63 Millionen oder fast die Hälfte der fälligen Steuern rückständig, und davon waren 293 Millionen oder fast ein Drittel der Fälligkeiten gestundet. Ganz ähnlich liegt es bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben. Dort betrug das Aufkommen im vierten Quartal 709 Millionen Mark. In 7736 Fällen aber waren 112 Millionen Mark Rückstände vorhanden, wovon über 35 Millionen gestundet waren.

Man sieht, daß die deutsche „Wirtschaft“ es beim Steuerzahlen lange nicht so eilig hat wie beim Schimpfen. Diese Rückstände und Stundungen sind dabei keineswegs eine Kleinigkeit; sie bedeuten ein laufendes und stilles Defizit in der Reffenhaltung des Reiches, und ein großer Teil der jetzigen Reichsstaatsausgaben hätten gespart werden können. An Sparaktionen, die dem Reich die geschuldeten Steuern einbringen, denkt die „Wirtschaft“ freilich ungern. Wie wäre es, wenn die Arbeiterchaft sich einmal auf ein Bierzehntel die gesamten Lohnsteuern stunden lassen würde?

Der internationale Gemeindefongreß.

Abschluß in Barcelona.

Barcelona, 28. März.

Die Tagung des Internationalen Gemeindefverbandes, die unter Beteiligung von 30 europäischen und außereuropäischen Ländern am 19. März in Sevilla begonnen hat, wurde am 22. März in Sevilla und am 27. März in Barcelona fortgesetzt und beendet. In Sevilla wurde noch das wichtigste Thema der Entleignung aus Gründen des öffentlichen Wohles behandelt. In der Diskussion sprach u. a. Oberbürgermeister Dr. Luppe-Kürnberg. Im Mittelpunkt der Erörterungen in Barcelona stand die Frage der Staatszuschüsse für die Gemeinden. Wenn auch die Verhältnisse in den einzelnen Ländern verschieden sind, wurde doch allgemein betont, daß die Städte, Gemeinden und Gemeindefverbände in ihrer Finanz- und Steuergebahrung möglichst selbständig sein sollen und durch bedingte Staatszuschüsse nicht in die Gefahr geraten dürfen, ihre Finanzautonomie zu verlieren.

Für die deutsche Delegation sprach der Präsident des Reichsstadtebundes Dr. Heackel.

Die deutsche Delegation nahm Gelegenheit, die wichtigsten Städte Spaniens kennen zu lernen und seine Gemeindefverhältnisse theoretisch und praktisch zu studieren. Der Kongreß wurde durch den Präsidenten des Internationalen Gemeindefverbandes Bibaut-Amsterdum (Sag.) mit einem Festakt, an dem auch Ministerpräsident Primo de Rivera teilnahm, geschlossen. Für die ausländischen Delegationen dankte der Präsident des Deutschen Städtebundes Dr. Wulert-Berlin dem Vetter des Kongresses, der trotz seiner 79 Jahre die Verhandlungen mit einer erstaunlichen Frische und Energie führte, und rühmte die Gastfreundschaft der spanischen Städte. Der nächste Internationale Gemeindefongreß wird voraussichtlich 1932 in England tagen, dessen Selbstverwaltung besonders stark ausgebildet ist.

Dr. Weigert — Ministerialdirektor. Im Reichsarbeitsministerium wurde der Ministerialrat Dr. Weigert zum Ministerialdirektor ernannt.

Stärkung der Nanjing-Regierung.

Jungjuhsiang wieder frei!

Schanghai, 28. März. (WLB-Sonderbeilageblätter.)

In der politisch-militärischen Lage ist eine entscheidende Wendung eingetreten durch die offizielle Erklärung Jungjuhsiangs, daß die Niederwerfung der den Frieden störenden Generale der Provinzen Hunan und Kwangsi gerechtfertigt sei, so daß er selbst sich mit seinen Truppen den Befehlen der Nanjing-Regierung unterstelle. Demgemäß hat Tschiangkaihsch den Jungjuhsiang unterstellten General Fankau, der bei der vorjährigen Militärexpedition gegen den Norden eine hervorragende Rolle spielte, zum Befehlshaber der dritten Secesgruppe ernannt, die auf dem Vormarsch gegen Fankau an der Peking-Hankau-Eisenbahn steht. (Peking in der Provinz Tschih heißt fortan Peking in der Provinz Peip. Red. d. „B.“)

Der Führer der Kanton-Regierung hingerichtet.

Nanking, 28. März. (Reuter.)

Marshall Lichalum, der in Süchina viel zur Herbeiführung einer englisch-chinesischen Annäherung getan hat, ist hier hingerichtet worden, obgleich drei führende Mitglieder der Nanjing-Regierung und auch Tschiangkaihsch sich für sein Leben eingesetzt hatten. Man nimmt an, daß die Hinrichtung Lichalums das Aufflammen des Bürgerkrieges in großem Maßstab nach sich ziehen dürfte. Man erwartet, daß die Führer der Bewegung in Kwangsi sich jetzt bemühen werden, ein gemeinsames Vorgehen mit Fankau-Machhabern herbeizuführen, deren Ziel ein kombinierter Vormarsch auf Nanking wäre.

Luftkampf in Mexiko.

Rebellenflugzeug abgeschossen.

Mexiko-Stadt, 28. März. (Eigenbericht.)

Der erste Luftkampf in Mexiko wurde am Mittwoch in der Gegend von Mazatlan ausgetragen. Ein Militärflugzeug verfolgte die Rebellen, die die Belagerung Mazatlans aufgegeben haben und nordwärts abzogen, und schloß nach längerem Raschlingengewehrgefecht ein Rebellenflugzeug ab, das brennend herunterstürzte und völlig zerstört ist.

Weiterer Vormarschbericht von Calles.

Mexiko, 28. März.

Calles meldet, daß seine Truppen nach kurzem Kampf mit den Aufständischen den Bahnhofsstationen Estacion im Staate Chihuahua besetzt haben. Die Flieger der Bundesstruppen berichten, daß sich die Rebellen von Jimenez in nordwestlicher Richtung nach Santa Rosalia zurückziehen.

Berschleppie Amnestie.

System oder nur Ministerwechsel in Rumänien.

Die rumänische Regierung des Bauernführers Maniu hat das Einfuhrverbot gegen den „Borparität“ und die „Gewerkschaft“ aufgehoben; daß sie aber noch ungleich mehr zu tun hat, um wirklich eine neue Regierung darzustellen, zeigt folgende Erklärung des Abgeordneten Dr. Pistiner (Soz.) in der Kammer:

In der politischen Debatte hat unsere Partei die allgemeine Amnestie verlangt. Die Regierung hat bisher keine Antwort gegeben, obwohl diese Frage das ganze Land beschäftigt. Sie wissen, Herr Ministerpräsident, wieviel Unrecht von verschiedenen oligarchischen Regierungen nach dem Kriege verübt worden ist. Sie wissen sicher, wie viele Verblendete oder sogar Unschuldige in den Kerker schmachten unter den schlechtesten Bedingungen und ihre Familien im größten Elend leben.

Während in den Gefängnissen Menschen schmachten, welche Verzeihung oder Gerechtigkeit erwarten, fahren die Kriegsgeschehnisse fort, wegen Desertion vor 12 oder 13 Jahren zu verurteilen, für die der Beschuldigte heute keine Beweise seiner Unschuld mehr hat, und wegen wirklicher oder angeblicher politischer Delikte Einzelpersonen zu verurteilen.

Der Ministerpräsident weiß, daß in allen Ländern schon lange die Delikte aus der Kriegszeit amnestiert wurden, in einigen Ländern sogar Hochverrat.

Die öffentliche demokratische Meinung des Auslandes, bewegt von dem Unrecht, das bei uns nach dem Kriege verübt worden ist, hat sich wiederholt an die früheren Regierungen gemeldet mit dem Ersuchen, das Unrecht gut zu machen.

Dieselbe öffentliche Meinung wendet sich jetzt auch an Sie und erwartet noch eher von einem Regime, das sich demokratisch bezeichnet, die Gutmachung des alten Unrechtes, Verzeihung für die Unschuldlichen als einen Beweis, daß in Rumänien in Wahrheit eine neue Epoche ist und nicht bloß nur ein Regierungswechsel.

Ich frage nun neuem im Namen des Sozialdemokratischen Klubs, ob und wann die Regierung eine allgemeine Amnestie für militärische und politische Delikte gewähren wird?

Eine Antwort des Ministerpräsidenten ist uns bisher nicht bekannt geworden.

Antifemistische Lehrer entlassen.

In Sowjetrußland.

Moskau, 27. März. (Dt.-Epprech.)

In einer Schule in Smolensk hat eine Revisionskommission festgestellt, daß dort die jüdischen Schüler unter antifemistischen Verfolgungen schwer zu leiden hatten. Der Schulleitung wird zum Vorwurf gemacht, daß sie anstatt gegen diese Mißstände einzuschreiten, sie zu vertuschen suchte. Neun Lehrer der Schule wurden entlassen, darunter auch ein Mitglied der kommunistischen Partei.

Der gleichschicksalige jüdische Freundschaftsvertreter ist unterzeichnet. Alle Differenzen werden dem Haager Schiedsgericht vorgelegt.

Ludendorff hat gegen seine Verurteilung zu 800 M. Geldstrafe im Sparr-Prozess Berufung eingelegt.

Karsfreitag.



Noch immer streiten sie um den Rod, den sie dem Armen ausgezogen haben!

Mussolinis Wahlzirkus.

Der Riesenhubbug des Wahlsonntags.

Am Sonntag haben — nach amtlicher Meldung — 8506576 Italiener mit „Ja“ und 136198 mit „Nein“ gestimmt. Es hätten also 89,63 Proz. der Stimmberechtigten gestimmt. Aus den 136000 antifaschistischen Stimmen wäre nur der bescheidene Schluß abzuleiten, daß es in Italien 136000 Männer gibt, die entweder völlig wirtschaftlich unabhängig sind, oder die Affentomödie dieser „Wahl“ für wichtig genug hielten, um ihre bürgerliche Existenz und die ihrer Familie aufs Spiel zu setzen.

Keuhern konnte sich der Antifaschismus nur in der Wahlenthaltung und gegen diese waren diesmal alle Professionen gerichtet. Gegen diese haben die Faschistischen Kandidaten ihre Arbeiter in Kolonnen zur Wahlurne geführt. Wieviele Wahlberechtigte sich tatsächlich enthalten haben, wird man nie erfahren. Vielleicht werden es sogar die faschistischen Zentralstellen, denen an genauer Kenntnis der Zahlen gelegen ist, nicht erkunden können, weil die Fälschung in unzähligen Fällen auf Grund lokaler Initiative erfolgte. Jeder einzelne Fascio, jede Sektion eines Fascio hat Interesse daran, im eigenen Wahlbereich eine möglichst große Wahlbeteiligung aufzuweisen. Da die Faschisten während der ganzen Wahlhandlung unter sich waren, konnte diese auf verschiedene Weise bewirkt werden, sei es, indem man

die Zettel schon vor Beginn des Wahllafes in die Urnen tat, oder indem einzelne Fascillen immer wieder Zettel abgegeben haben.

Der Faschismus möchte vom demokratischen Regime die Lebendigkeit haben, aber ohne Opposition!

Geworben hat man um die Beamten, deren man durch die Aufhebung der geheimen Wahl ohnehin sicher war. Die zehn Tage vor der Wahl vom Ministerrat beschlossenen Gehaltsaufbesserungen heben gerade die hohen Beamten! Die der ersten Gehaltsklasse erhalten eine jährliche Verbesserung um 15000 Lire, so daß sie sich auf 74000 Lire stellen, die zweite Klasse 14000, die dritte 12500, während die untersten Gehaltsklassen sich mit 300 Lire Verbesserung begnügen müssen! Die Zeitungen kommentierten damals diese Versprechungen als „faschistischen Süß“; sie meinten damit, es sei keine Demagogie, wenn man denen gäbe, die ohnehin leidlich verjorgt sind. In Wirklichkeit war es aber Demagogie:

Man gab jenen, von denen Widerstand zu erwarten war, nicht den ohnehin Wehrlosen.

Und man gab kurz vor der Wahl, was in vorfaschistischer Zeit den Ministern als plumpe Wahlmanöver verübelt worden wäre.

Die Geistlichen haben sehr energisch agitiert. Auch den Arbeitern hat man Reden gehalten. Damit sie sie anhörten, pflegten die Redner sie in den Fabriken abzuholen. Der Unternehmer ließ den Betrieb einstellen und die Arbeiter irgendwo zusammenrufen, wo man ihnen die Wunder der faschistischen Wahlreform predigte. In Rom hat gar der Oberschulrat ein Rundschreiben in den Schulen vertefen lassen, in dem es heißt:

„Bleibet fragen sich unsere Kinder, die der Faschismus gelehrt hat, daß es nicht zwei Italien gibt, eines für die Großen und eines für die Kleinen, sondern ein einziges mächtiges Italien der Faschisten, ob das Stimmrecht eine mächtigere Waffe sei als das Gewehr, das man ihnen anvertraut hat, und ob in diesem Anlaß allein auf ihnen, die in der ersten Reihe marschieren wollen und können, die Demütigung des Ausschließens laßen solle. Soll man sie nicht zu Propagandisten bei der Wahl machen? Für eine intime Propaganda, eine Liebesrolle, im Schoß der Familie, die den Vater oder den Bruder daran erinnert, daß er Mussolini des „Ja“ der Dankbarkeit zu geben verpflichtet ist? Die Kinder wissen, was der Duce getan hat. Sie werden darum niemals verstehen, warum es zwei Stimmzettel gibt und warum auf einem ein „Nein“ fehlt.“

Kinder der Elementarschulen mit Gewehr als politische Vorhut sind ein reizendes Bild. Auch, daß sie nicht verstehen, daß zu jeder Wahl ein „Ja“ und ein „Nein“ gehört, ist zwar kein Kompliment für die Lehrer, läßt auf einen zutunlichen Hausiercharakter schließen, der ihren Ausschluß von solcher „Parlamentwahl“ als ein blühendes Unrecht kennzeichnet.

Was die Wähler in Italien am vorigen Sonntag getan haben, hätten die Kinder der untersten Volksklassen famos getan!

Weider hat der Oberschulrat von Rom nicht gesagt, wie die Kinder ihren Vater oder Bruder an die Dankspflicht gegen Mussolini erinnern sollen, deren Vater oder Bruder auf Mussolinis Befehl ermordet worden ist. Im Mai 1919 schrieb Mussolini: „Durch die Schule formt die Kirche die Seelen der Kinder im Sinne knechtischen Gehorsams, freiwilligen Verzichts und intoleranten Fanatismus.“ Nach dieser Vorarbeit der Kirche gibt der Faschismus diesen Kindern das Gewehr. Schießprügel und Katechismus — darin ist das faschistische Regime beschloßen. Parlament und Parla-

mentswahl sind nur für das Ausland. Sie interessieren das Land weniger, als etwa eine dem Fliegenfang gewidmete Woche in den Vereinigten Staaten. Und sind auch weniger wichtig als diese.

Berhaftungen in Südtirol.

Erste Wahlfolge...

Brenneregrenze, 28. März.

In Bozen wurden der ehemalige Sekretär der „Tiroler Volkzeitung“, Walfertheiner, und der Kaufmann Defaler-Meran unter der Anklage verhaftet, faschistenfeindliche Druckschriften verbreitet zu haben.

In Tramin wurden zwei junge Mädchen namens Weissch und Belogna wegen angeblicher Erteilung deutschen Privatunterrichts zu je fünf Tagen Arrest verurteilt.

Unverfälschte Worte Deutschsüdtirols.

Innsbruck, 28. März.

Die Südtiroler Führer, die aus ihrer Heimat vertrieben worden sind, und zwar der ehemaligen Abgeordnete Dr. Reut-Rico-Luffi, Oberlehrer R. Riedl, Vater Adolf Innerkofler und der letzte freigewählte deutsche Bürgermeister Joseph Bizner von St. Leonhard im Passeier, sowie Bezirkshauptmann Ernst Rumeliter sagen in einer Erklärung zu der „Wahl“ in Südtirol u. a.: Wenn eine mit allen Nachmitteln ausgestattete Regierung durch ihre Behörden auf die Bevölkerung unter Bedrohung der persönlichen Freiheit eine in Europa ganz unbekannte Rötigung ausübt, wird jedes Wahlverfahren zu einem wirkungslosen Täuschungsversuch, besonders wenn außer den Werkzeugen der Diktatur niemand eine Prüfung des Abstimmungsresultates vornehmen kann.

Wir erklären daher die vom italienischen Nachrichtendienst gemeldeten Abstimmungsresultate für Südtirol als unverfälscht und politisch bedeutungslos, wie immer auch die sogenannte Wahl vom 24. März 1929 für Italien gewertet werden mag.

Eine Tatsache läßt die Tragweite dieser Abstimmung für Südtirol hinlänglich erkennen: kein deutscher Abgeordneter gehört diesem italienischen Parlament an. Unsere Landsleute in Südtirol, welche bei der ersten politischen Wahl 1921 vier Abgeordnete nach Rom entsandt haben, sind mit all ihren in der Welt genügend bekannten nationalen Räten ohne parlamentarische Vertreter. Hiermit ist das Bild der Unterdrückung unserer Heimat vollständig geworden.

Amtlicher Fleischwucher in Oesterreich.

Proteststreik der Fleischereiarbeiter.

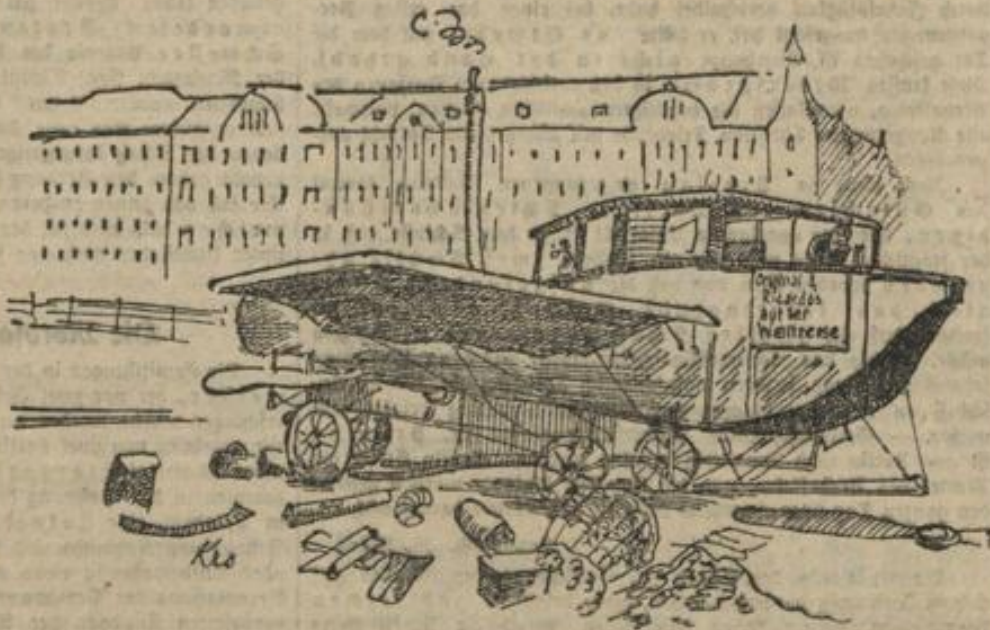
Wien, 28. März. (Eigenbericht.)

Am Donnerstagsvormittag von 10 bis 11 Uhr haben in allen Wiener Großwerken die Fleischereiarbeiter als Protest gegen die Neuordnung der Regierung, durch die die Einfuhr von Fleisch aus Polen unterbunden wird, für eine Stunde die Arbeit eingestellt. Es wurden Versammlungen abgehalten, in denen Vertreter der Organisationen und sozialdemokratische Abgeordnete sprachen. Die Neuordnung, auf Drängen der Agrarier erlassen, schreibt vor, daß gewisse Liertheile nur gemeinsam mit den Innereien eingeführt werden dürfen, da nur hieraus die Gesundheit festzustellen sei. Die Viehexporteure sind auf solche Verwendungsart gar nicht eingerichtet und sie ist, sowie es wärmer wird, gar nicht durchzuführen. Eine gemaltige Fleischsteuerung muß die Folge sein.

Die Zeitschrift „Deutsche Republik“ teilt mit, daß die Redaktion am 1. April an den Druckort Frankfurt a. M. verlegt wird. Von dem gleichen Termin ab wird Herr Professor Dr. Friedrich Deisler, W. d. R., als Mitverleger zeichnen, um die für die Zukunft beabsichtigte stärkere Betonung der Wirtschaftsprobleme in ihren Zusammenhängen mit den politischen Fragen zu vertreten. Verantwortlich für die Redaktion wird Dr. Werner Thormann in Frankfurt a. M. der bisherige Redakteur Dr. Heinrich Leipel bleibt in einem engen Mitarbeiterverhältnis mit der Zeitschrift verbunden. Änderungen in der politischen Haltung der „Deutschen Republik“ oder in der Zusammensetzung des Verlags treten, wie weiter mitgeteilt wird, nicht ein.

Die Wohnung im Flugzeug.

In der Schornweberstraße in Reinickendorf hat sich ein Artist ein Flugzeug als Wohnung eingerichtet; auch während der strengen Kälte logierte er hier, mit seiner Frau, mit seinem Taubenstall, ohne zu frieren, denn ein kleiner, eiserner Ofen gab genug Wärme her. Riggo Riccardo, mit dem bürgerlichen Namen Willi Gerlach, plant, natürlich, wie alle Leute, die wenig zu tun haben, mit seinem Flugzeug, das auf einem Autountergerüst aufmontiert ist, eine Europareise anzutreten. Ein richtiger Gau soll das Ziel von Ort zu Ort ziehen. Hat man sich einer Ortschaft genähert, in der eine Vorstellung gegeben werden soll, so wird der Gau ausgepannt, die mitgeführten Tropfenflächen mit wenigen Handgriffen eingehakt, ein echter Propeller eingesetzt und mit einer Kurbel von drinnen aus zum Drehen gebracht, um die Illusion einer „Rotations“ zu erzeugen. Wenn sich dann genug Neugierige eingefunden haben, beginnen die beiden Riccardos mit ihren Kunststücken: er mit indischen Fakirakten als „lebender Vulkan“, der brennendes Petroleum aus dem Mund bläst, als „lebendes Karussell“ auf einem Nagelbrett liegend, auf der Brust ein zweiflügeliges Karussell, sie als Schlangenmensch, der mit Ringen spielt und durch Reifen schlüpft, beide zusammen als vollendet technische



Künstler. Aber vorläufig sitzt Riccardo noch in Reinickendorf fest, da das nötige Reisegeld fehlt und arbeitet als Koffhandarbeiter. Gern möchte er die Seitenflächen seines Flugzeugs an große Firmen zu Reklamezwecken vermieten, um seinen Traum, die Europareise und später vielleicht die Anschaffung eines kleinen Jirtus zu verwirklichen.

Wiens Enttäuschung über Zeppelin.

Der beraubte Postfach.

Wien, 28. März. (Eigenbericht.) Die Wiener Blätter bringen alle ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß der „Zeppelin“ so spät bei Nacht über Wien geflogen ist. Die ganze Nacht waren Leute auf der Straße, die auf den Zeppelin warteten, jedoch wurde er gerade von der Innenseite aus, wo die meisten Leute warteten, überhaupt nicht gesehen. Auf dem Flugfeld war er nur einige Augenblicke sichtbar. Ein Postfach, der vom Zeppelin abgeworfen wurde, wurde an der Stelle, wo der Brief an die „Arbeiter-Zeitung“ aufgefunden wurde, aufgefunden und leer aufgefunden. Zwei Arbeiter des Wiener Elektrizitätswerkes hatten um 7 1/2 Uhr früh einen fortgeworfenen Postfach aufgefunden, der in den Blättern so beschrieben wird, daß er aus wasserfestem Leinwand war, 46 Zentimeter lang und 28 Zentimeter breit. Er war auf der einen Seite aufgeschlitten und war vollkommen leer; die Briefsendungen waren verschwunden. Der Saß trug eine 2 Meter lange und 16 Zentimeter breite Schleife in den Farben Rot-Weiß-Rot. An den Enden hatte diese Schleife zwei schwarzrotgoldene Fähnchen. In Simmering bei Wien fand eine Gärtnersfrau in ihrem Garten ein Postpaket, in dem sich ein Schreiben des deutschen Reichstagspräsidenten Lohde an den Bürgermeister Seih befand. Es wird zurzeit untersucht, ob das Postpaket aus jenem Postfach des Luftschiffs „Prof. Zeppelin“ stammt, der aufgeschlitten und leer aufgefunden wurde.

Schwere Bluttat im Kreise Lettow.

Frau und Tochter erschlagen — Selbstmord des Täters.

Trebbin, 28. März. (Eigenbericht.) In Lüdersdorf bei Trebbin im Kreise Lettow verübte ein Landwirt eine schwere Bluttat, der drei Menschenleben zum Opfer fielen. Der Bädener Boas hatte die Nacht von Mittwoch zu Donnerstag durchgezogen. Am Mittwochmorgen erschlug er im Raubzustand aus unbekanntem Grund die Frau und Tochter mit einer Rodehaue und erhängte sich dann selbst. Die Frauen waren dem Wüstling hilflos ausgeliefert, da sie allein im Hause anwesend waren. Als der Schwiegersohn mit dem Fuhrwerk vom Felde zurückkehrte, fand er alle Türen verschlossen. Er schöpfte sofort Verdacht und ließ die Türen öffnen. Den Eintretenden bot sich ein furchtbarer Anblick. Im Hausflur lagen in einer großen Blutlache die beiden Frauen. In der Scheune fand man den Täter erhängt auf. Die Frauen wurden, da sie noch schwache Lebenszeichen von sich gaben, auf Anordnung des sofort herbeigeeilten Arztes ins Krankenhaus eingeliefert. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Die Untersuchung des Verbrechens ist eingeleitet.

„Vorverhandlung“ gegen Langkopp.

Eine Neuheit im deutschen Strafverfahren.

Als Einleitung zu dem am Mittwoch nach Ostern beginnenden Prozeß gegen den Farmer Heinrich Langkopp fand gestern nachmittag in einem Sitzungssaal in Roßbit eine Vorverhandlung, allerdings in Abwesenheit der Angeklagten und der Richter statt, in der der Anklagevertreter und der Verteidiger sich gegenübertraten, um ihre Stellungnahme zu der Anklage der Presse gegenüber zu verteidigen. Der Leiter der amtlichen Justizpressestelle, Landgerichtsrat Dr. Becker, der zu der Vorbesprechung die Anregung gegeben hatte, verwies darauf, daß bei dem Kranz-Prozeß und anderen Sensationsprozessen mehrfach Beschwerden, auch im Preussischen Landtag über die Vorberichterstattung erhoben worden sei. Die Schuld an den Mängeln lag nicht die Presse, sondern es liege daran, daß sie keine Kenntnis von dem Aktenmaterial haben könne, so daß es an einer authentischen Information über die Vorgeschichte des Prozesses bisher gefehlt habe. Erster Staatsanwalt Köhler, der die Anklage gegen Voßf erhoben hat, erklärte, daß die Staatsanwaltschaft der Einladung gern gefolgt sei. Der Staatsanwalt gab dann einen Grundriß der Anklage und deren Vorgeschichte. Nach Schluß der Voruntersuchung hat die Staatsanwaltschaft die Anklage wegen versuchten Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz und versuchten Mordes fallen gelassen, weil die Tatbestandsmerkmale dafür nicht gegeben waren. Dagegen ist Langkopp jetzt angeklagt wegen räuberischer Erpressung, wegen Verbrechens nach § 7 des Sprengstoffgesetzes, wozuf Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren steht, wenn nicht mildernde Umstände eintreten, Rädertätigkeit und Bedrohung mit dem Ver-

brechen des Totschlages und unerlaubten Waffenbesitzes. Voßf ist angeklagt wegen Beihilfe. Die Verhandlung im Langkopp-Prozeß beginnt am Mittwoch um 9 1/2 Uhr in öffentlicher Sitzung des Großen Schöffengerichts Schöneberg. Sie findet im Schwurgerichtssaal des Neuen Kriminalgerichtsgebäudes statt. Der Zutritt für Zuhörer und Presse ist nur mit Sonderkarten gestattet.

Flammentod eines Kindes.

Das Opfer eines Wohnlaubenbrandes.

In der Kolonie Neu-Westend an der Spandauer Chaussee in Charlottenburg ereignete sich gestern nachmittag ein schweres Brandunglück, dem ein kleines Kind zum Opfer fiel. Der Mechaniker E. bewohnt dort mit seiner Frau und seinem vier Monate alten Kinde die aus mehreren Räumen bestehende Laube Nr. 88. Gestern nachmittag hatte Frau E. eine längere Botschaft zu machen und ließ das Kind unbeaufsichtigt zurück. Während der Zeit brach in der Laube aus noch ungeläuterter Ursache Feuer aus. Nachbarn sahen, wie aus den Fenstern plötzlich weierlängige Flammen herausströmten. Als die alarmierte Feuerwehr anrückte, brannte die ganze Laube und die angrenzenden Tierverschlüsse schon lichterloh, so daß es nichts mehr zu retten gab. Bei den Aufräumungsarbeiten fanden die Beamten die völlig verkohlte Leiche des kleinen Kindes. Frau E., die nach einiger Zeit heimkehrte, fand von ihrem Hab und Gut nur noch einen rauchenden Schutthausen vor. Als sie von dem furchtbaren Ende ihres Kindes erfuhr, brach sie völlig zusammen und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Lebhafte Osterverkehr.

Nach den Beobachtungen in den Berliner Reisebüros dürfte in diesem Jahre der Osterverkehr ungefähr den gleichen Umfang erreichen wie im Vorjahre. Auf den Berliner Bahnhöfen setzte bereits am Mittwoch ein lebhafter Verkehr ein, so daß die Züge eine gute Besetzung aufwiesen. Am Gründonnerstag war der Verkehr schon am Vormittag noch lebhafter als am Vortag. Es mußten Vor- bzw. Nachzüge eingelegt werden, und die Züge waren im allgemeinen bis zu 100 Proz. besetzt. Der Nachmittags des Gründonnerstags brachte den stärksten Andrang, da mit dem Bureauausflug für viele das vier tägige Wochenende beginnt.

Die Ordner der proletarischen Feiertage treffen sich zur Hilfe für die Weibe im Großen Schauspielhaus, heute, pünktlich 9 Uhr, Eingang Schiffbauerdamm.

das Licht im Schloß, das scheue Stammeln Aniephades, der nicht betrunken geschienen hatte.

Sie faltete den Brief zusammen. „Wir müssen nach Bernburg. Sofort.“

„Es fährt kein Zug mehr.“

„Wir nehmen unseren Wagen. Kommen Sie.“

Beide rannten dem Ausspann zu. Als sie ihn so neben sich herlaufen sah, immer noch die verbundene Hand an der Stirn, tat er ihr sehr leid. Sie strich ihm im Laufen über das nasse Haar: „Es sind alte Leute, etwas wunderlich. Sie reden viel, weil sie nicht mehr handeln können.“

Er nickte dankbar. Aber sie rannten weiter.

Auf dem Hofe des Ausspanns trafen sie den Kutscher.

„Das ist mein Cousin, Pleiser!“ schwindelte Gerda ihn an und wies auf Alexander. „Wir wollen noch heute Abend eine Spazierfahrt machen. Spannen Sie an!“

„Schon gut, Fräulein!“ sagte der Kutscher arglos, an Gerdas plötzliche Launen gewöhnt, und ging in den Stall.

Der Junge hatte sich gefast. „Was tun wir, wenn — wenn wirklich was passiert ist?“

Sie sann eine Weile, mit gerunzelter Stirn. Dann warf sie entschlossen den Kopf hoch. „Dann nehme ich eben die drei Alten mit nach Leipzig.“

Die Pferde waren angeharrt — schlante, schöne Kutschpferde. Pleiser wollte auf den Box klettern. Gerda hielt ihn zurück.

„Sie können hierbleiben, Pleiser. Ich fahre selbst. Trinken Sie inzwischen ein paar Glas. Soodel Sie wollen!“ Sie sah schon auf dem Box. „Setz dich neben mich!“ forderte sie Alexander auf.

Sie schnalzte und zog auffordernd an den Leinen. Langsam, auf fast geräuschlosen Rädern, glitt der Wagen auf die Straße. Am Seminargebäude vorüber, das aus hundert gelben Augen argwöhnisch auf das Gefährt blickte. Alexander duckte sich unwillkürlich. Diese Fahrt konnte ihm die Zukunft kosten. Aber sie mußte sein.

Von der nächsten Ecke ab ließ Gerda die Tiere laufen. Sie taten es gern. Schnaubten vor Freude, warm zu werden in der eisigen Kälte, die herangekollert war.

Die Landstraße tat sich hinter den letzten Häusern auf, ein grauer Pfad zwischen schwarzem Baumzaun und weißblühendem Schnee auf den Ackern. Die Nacht wachte breitbrüstig über dem Land, in kalter Sternentrüfung, mit der Milchstraße drohend gegürtet. Ihr scharfes, krummes Mondschwert zuckte gegen Westen: nach Bernburg.

Die beiden saßen schen nebeneinander. Sie sahen sich nicht an. Ihre Blicke stießen über die schaukelnden, mattglänzenden Pferde Rücken voraus, ob sie nicht auf einen roten Schein am Himmel trafen, der nicht von den Sternen kam...

22. Die Herzogin.

Friederike hatte gegen Abend wieder einen Brief ihrer künftigen Verwandten aus Dänemark erhalten. Mit der Post war er gekommen, vom selben Briefträger abgegeben worden, der auch dem Kreisdirektor Trosegl und der Kammerfrau und dem Pförtner und dem nächsten Bauern die Briefe brachte — Friederike hatte verächtlich die schmalgewordenen Achseln gezuckt im Gedanken an die reitenden Boten, die man früher für sie aufgewendet hatte. Sie ließ sich gern an alles erinnern, was sie verloren hatte. Den Brief las sie erst nach ihrem späten und spärlichen Abendbrot — er enthielt wiederum die oft ausgesprochene Einladung, doch zu einem längeren Besuch nach Dänemark zu kommen. Friederike ließ das Papier achtlos zur Erde gleiten. Sie wird wieder nicht fahren. Sie wird diese sinnlose, abscheuliche Vereinsamlung hier im Schloß, das ihr nicht mehr gehört, weiter ertragen. Weshalb? Dänemark lockte — Meer und Wiesenweite und Pomp des königlichen Hofes...

Sie blühte sich, um den Brief wieder aufzuheben. Dabei fiel ihr Blick durch das Fenster auf ein helles Biered hoch oben im gegenüberliegenden Renaissanceflügel, der jetzt die Kreisverwaltung barg. Hinter diesem Fenster arbeitete Trosegl — er arbeitete in letzter Zeit immer bis spät in die Nacht. Für Dessau.

Friederike richtete sich wieder auf, ohne den Brief vom Boden genommen zu haben. Nein — sie wird bestimmt nicht fahren. Der Haß braucht die Nähe wie die Liebe.

Sie begann, nach ihrer Gewohnheit, auf den Stock gestützt, in den fünf Gemächern hin und her zu gehen, die man ihr gelassen hatte. Zwei dieser Zimmer blickten auf den Innenhof, zwei weitere auf die Stadt, das letzte auf zwei Turmerker, die fast senkrecht über dem Fluß hingen, weit ins Saaleetal hinein. Die Wege über das Parkett dauerten lange — zehnmal länger als früher, ihre Schritte waren mühselig und klein geworden wie ihr ganzer Körper. Man sollte nicht glauben, dachte sie, wenn sie sich im Mittelalter in den Spiegel sah, daß auch Knochen kleiner werden können wie Fleisch. Aber man konnte ja auch Herzogtümer verlieren.

(Fortsetzung folgt.)

Der Aufbruch des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhart Heermann Moslar

Gerda entzifferte im trübschwankenden Licht mühsam die ungelenteten, blaffen Züge:

„Lieber Junge!“

Fräulein Dellendahl wird Dich diesen Brief geben den Du kein andern zeigen sollst. Du sollst Dich auch nichts drauß machen und keine Sorge davon haben es ist bloß das Du nichts falsches von deinen alten Vater denkst. Es ist bloß weil es Calm ja doch alleine machen thäte wenn ich ihn nicht dabei helfe und wenn ich ihn nicht helfe denn erwischen sie ihn sicher und darum muß ich ihn helfen ich kann doch nicht anders. Ich zeige ihn und Ziegler ja auch bloß wie sie es machen müssen und passe auf das keiner kommt und um Trosegl ist es ja auch nicht schade. Aber wenn es doch rauskommen sollte denn sollst Du nich denken das Dein Vater ein Brandstifter ist sondern ich thue es bloß aus Freundschaft und weil es doch 19. März ist und weil ich doch das an Calm wieder gut machen muß. Du sollst nicht herkommen es ist doch ja spät wenn du den Brief hast und sollst keine Unruhe davon haben und auf den Seminar brauch es keiner zu wissen das du keinen Schaden hast. Du sollst bloß nichts schlechtes denken über deinen alten Vater der Dich herzlich grüßt als Dein treuer Vater
Gustav Kniephode.“

Alexander Carl hielt sich noch immer mit der Linken an der Laterne und fuhr sich mit der verbundenen Rechten fortgesetzt über die schweißende Stirn: „Was soll ich tun... was soll ich bloß tun...“

Gerda suchte zu beruhigen. „Ihr Vater war angekränkt, als er das schrieb. Sie hatten Alkohol auf dem Weinberg.“

Aber dann sah sie wieder das merkwürdig gespannte Gesicht Calms mit den irge flackernden Augen, das Feuer,

Wilhelm in Neukölln.

Neukölln hat ein Denkmal Wilhelms I., das auf dem Hohenzollernplatz steht. Das Verlangen, es zu beseitigen, stieß bei der zuständigen Stelle auf Widerspruch. Historischen Wert soll es haben, sagte der staatliche Denkmalinspektor. Darum ist es stehen geblieben. Historischen Wert haben nach Ansicht der Schwarzweissen auch die Straßennamen, mit denen man Landbesitzer, Heerführer, Schlachttote usw. „verewigen“ wollte. Hinweg mit diesen Namen! Hinweg aber auch mit den an die monarchistische Zeit erinnernden Namen von Schulen und anderen Anstalten! In Neukölln wird nach den Osterferien das nahe dem Bahnhof Köllnische Heide entstandene neue Schulhaus vom staatlichen „Kaiser-Wilhelm-Realgymnasium“ bezogen. Das hat Anlaß zu dem Gerücht gegeben, das „Kaiser-Friedrich-Realgymnasium“ in der Kaiser-Friedrich-Straße werde in dieses Schulhaus übersiedeln und dabei in „Kaiser-Wilhelm-Realgymnasium“ umgetauft werden. Der Gedanke läßt an Tollheit nichts zu wünschen übrig, aber die Sache wird gelaubt. Wir wollen öffentlich feststellen, daß das „Kaiser-Friedrich-Gymnasium“ seinen bisherigen Namen behält und bis auf weiteres in seinem alten Heim bleibt, weil das geplante neue Heim erst auf dem Papier steht. Das „Kaiser-Wilhelm-Realgymnasium“, das in das Schulhaus am Bahnhof Köllnische Heide einzieht und seinen bisherigen Namen mitbringt, hatte früher sein Heim in Berlin in der Kochstraße. Es siedelte schon vor einer Reihe von Jahren nach Neukölln über, war aber dort auf Mitbenutzung fremder Schulhäuser angewiesen und benutzte zuletzt Räume im Haus des „Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums“ und des Oberlagers (Berliner Straße). Zeit wäre es, daß beide Schulen, das „Kaiser-Wilhelm-Realgymnasium“ und das „Kaiser-Friedrich-Realgymnasium“, umgetauft würden, natürlich im Sinne unserer Zeit. In der Arbeiterstadt Neukölln könnte man den Anfang machen. Freilich steht die Entscheidung hierüber nicht den Bezirksämtern und nicht dem Magistrat zu.

Urteil gegen die „Väter des Einsporns“.

36 Angeklagte im Berufsungsverfahren.

Der Rassenprozeß gegen die 88 an den Einsporn-Betrügereien der sogenannten „amerikanischen Kolonie“ beteiligten Angeklagten, durch deren „amerikanische Geschäfte“ die deutsche Geschäftswelt jahrelang um viele Millionen geschädigt worden ist, ging durch das Urteil der zweiten Instanz vor der Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Siegel zu Ende.

Im Laufe der Berufsungsverhandlung, die am 4. Februar begann, hatte mehr als die Hälfte der Angeklagten die Berufung zurückgenommen. Zuletzt noch hatte überauserweise der Kaufmann Dr. Klemm aus Alga, der zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und 50 000 M. Geldstrafe verurteilt worden war und der immer behauptet hatte, er sei unschuldig und unwissentlich in die Affäre hineingezogen worden, durch Annahme der Strafe die Berufung zurückgezogen. Die Strafkammer hatte dafür heute am Schluß des Prozesses nur noch über die Schuld von 36 Angeklagten zu entscheiden. Unter ihnen befanden sich die Hauptbeteiligten an dem Einsporn-Betrug Ballon und Barani, die sich gegenseitig den Namen „Väter des Einsporns“ zu sein, in die Schuhe schoben, außerdem ist weiterhin angeklagt der Kaufmann Lehnerl. Die Strafkammer kam zur Freisprechung eines Nebenangeklagten und gewann bei den übrigen anderen Beschuldigten die volle Überzeugung von ihrer Schuld. Bei dem Angeklagten Barani wurde die Strafe von zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis bestätigt. Unter Herabsetzung des Strafmaßes um wenige Monate wurden Ballon zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis und 50 000 M. Geldstrafe, sowie Lehnerl mit Einziehung einer anderweitigen Berufsstrafe zu drei Jahren neun Monaten Gefängnis und 30 000 M. Geldstrafe verurteilt. Beiden Angeklagten wurden auch die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Monate aberkannt. Die Strafkammer ermäßigte bei einer Reihe von Angeklagten, die nur an einzelnen Fällen beteiligt waren, die vom Schöffengericht erkannten Strafen, dabei wurden für eine Reihe von Angeklagten, die inzwischen von anderen Gerichten ebenfalls wegen Betruges Strafen erhalten hatten, Gesamtstrafen gebildet.

Der Trick mit dem alten Fünfsigmarckstein. Ein gefährlicher Schwindler.

Ein gemeingefährlicher Schwindler, vor dem schon oft gewarnt worden ist, und der immer wieder neue Opfer unter armen Zimmervermietern gefunden und gefunden hat, stand in der Person des Meisters Albert Sommerfeld vor dem Schöffengericht Schöneberg.

Sommerfeld lebte davon, daß er ein Zimmer mietete, mit einem Fünfsigmarckstein eine Anzahlung von 20 bis 30 Mark machte und sich den Rest herausgeben ließ. Hinterher stellte sich heraus, daß es eine Vorkriegsnote gewesen war. Diesen Schwindel hatte Sommerfeld in Berlin in etwa 30 Fällen erfolgreich durchgeführt. Als ihm dann der Boden hier zu heiß wurde, verlegte er sein Tätigkeitsfeld nach Breslau, wo er noch einiger Zeit festgenommen wurde. Er hatte dabei aber das Glück, daß das dortige Gericht eine fortgesetzte Handlung anahm, so daß etwa 30 Berliner Fälle in die damals gegen ihn erkannte milde Strafe von 5 Monaten Gefängnis als mit eingezogen gelten mußten. Nach der Strafverbüßung war Sommerfeld aber wieder nach Berlin zurückgekehrt und hatte seinen alten Gaunertrick fortgesetzt. Er soll auf diese Weise an manchen Tagen vier bis fünf Zimmer gemietet haben. Nur in einem Falle hatte er eine Anzahlung von fünf Mark in richtigen Gelde gemacht, und war in die Wohnung eingezogen. Am nächsten Tage schon erbrach er einen Schrank und stahl seiner Wirtin einen Pelzmantel. Sommerfeld wurde jetzt wegen Diebstahls und fortgesetzten Betruges zu 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die Tapetenrolle als Waffe.

Bei einem Streit wegen Überstunden schlug der 64jährige Tapezierer Max Müller am 22. September seinem 60jährigen Kollegen Borawski mit einer Tapetenrolle an den Kopf. Am nächsten Tage kam der Beschlagene zur Arbeit, bald wurde ihm aber schlecht und er starb nach wenigen Stunden an einer Gehirnerschütterung. Angeklagt war gestern Max Müller, der ein chronischer Alkoholik und schon oft wegen Wehleidens verurteilt ist, vor dem Schöffengericht wegen gefährlicher Körperverletzung. Das Gericht hatte darüber zu entscheiden, ob Borawski an den Folgen der Körperverletzung mit der Tapetenrolle gestorben ist. Die Ärzte stellten fest, daß der Tote an Leukämie litt und daß daher eine Gehirnblutung auch ohne gewaltsamen Anstoß hätte eintreten können. Das Gericht hatte daher Zweifel, ob der Tod durch den Schlag herbeigeführt war und verurteilte den Angeklagten Müller wegen gefährlicher Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis.

Das Geständnis, das feines war.

Vor einer Wendung in Jannowitz?

Hirschberg, 28. März.

Aus zuverlässiger Quelle verläutet, daß Christian Friedrich vor dem Geständnis, daß er den Tod seines Vaters durch Fahrlässigkeit verschuldet habe, bei einer der ersten Vernehmungen ausgefragt hat, er hätte das Gewehr, mit dem die Tat geschehen ist, überhaupt nicht in der Hand gehabt. Diese krasse Widersprüche in den verschiedenen Aussagen des Verhafteten, veranlassen die beteiligten amtlichen Stellen, namentlich alle Anzeigen Christian Friedrichs mit allergrößter Vorsicht anzunehmen.

Nach einer in Breslau eingegangenen Meldung kommt das Gutachten des Berliner Schießfachverständigen, der eine anerkannte Autorität ist, zu dem Schluß, daß in der fraglichen Nacht nicht nur ein, sondern zwei Schüsse abgegeben worden seien und daß die aufgefundenen Kugel nicht das tödbringende Geschöß gewesen sei, sondern, daß ein zweiter Schuß abgefeuert worden sein müsse. Träte das Sachverständigengutachten zu, dann läge nicht fahrlässige Tötung, sondern wahrscheinlich Totschlag vor, der im Anschluß an eine vorausgegangene Auseinandersetzung erfolgt sein müßte. — Gerichtshemmer Universitätsprofessor Dr. Bräning ist aus Berlin nach Jannowitz berufen worden. Gräfin Erka, die Mutter des Verhafteten, und die Komtesse Antonie wurden gestern den ganzen Tag über eingehend verhört; das Verhör dauert noch an.

Jannowitz, 28. März.

Die im Laufe des Tages zur Aufklärung des Mordes auf Schloß Jannowitz vorgenommenen, heute besonders zahlreichen Vernehmungen haben, wie gegen Abend die Untersuchung führenden Beamten der Presse mitgeteilt haben, eine Aufklärung

der Angelegenheit der verbrannten Briefe insoweit gebracht, als die Kriminalpolizei zu der Ansicht gelangt ist, daß die vernichteten Briefe tatsächlich durchaus harmloser Natur gewesen seien. Weiter hat die Vernehmung der Gattin des ermordeten Grafen Eberhard und der ältesten Schwester Antonie des Verhafteten ergeben, daß sich ihnen in der Mordnacht Graf Christian nicht, wie verschiedene Gerüchte behaupteten, anvertraut hat. Christian Stolberg hat vor dem Untersuchungsrichter eine neue Darstellung der Umstände gegeben, unter denen der Schuß losgegangen ist. Diese Erklärung soll den Zweck gehabt haben, den Hergang deutlicher und verständlicher zu machen. Sie soll von seinen früheren Aussagen in mancher Beziehung abweichen und wird bei der weiteren Entwicklung der Untersuchung unter Umständen noch eine sehr wichtige Rolle spielen.

Die Mordsache Hammermeister.

Die Ermittlungen in der Mordsache des Rassenboten Hammermeister, der vor zwei Jahren auf dem Ruinenberg bei Potsdam erschlagen wurde, werden von der Staatsanwaltschaft Potsdam unter Hinzuziehung von zwei Berliner Kriminalbeamten fortgesetzt. Staatsanwaltschaftsrat Stargard hat im Beisein der Berliner Kriminalbeamten in der Wohnung des verhafteten Kugbach, Marienstr. 1 in Potsdam, eine Lokalbefragung vorgenommen, um die Behauptung Kugbachs und seiner Schwester von einer Kuffindung oder Aufbewahrung eines hohen Geldbetrages nachzuprüfen. Auf Veranlassung der Potsdamer Staatsanwaltschaft ist der Freund des verhafteten Kugbach, der Arbeiter Ewald Hummel, wegen Befragung verhaftet worden.

Revue auf Reisen.

Der Herr Direktor läßt „grüßen“.

Der Herr Direktor hatte einen Engagementsabschluß für eine Tournee gemacht, die in die verschiedenen Städte Deutschlands führen sollte. Die vollständig fertige Revue war da, die nötige Ausstattung, genügend Reklamematerial, es galt nur noch, die in Berlin zerstreuten Schauspieler für die Dauer der Tournee fest zu engagieren. Das geschah und der Herr Direktor machte sich mit seinem Ensemble, das 13 Personen umfaßt, auf die Reise. Aber auch hier kam das dicke Ende nach. Bei unserem Direktor kam das dicke Ende in einer kleinen sächsischen Stadt.

Die Revue wurde hier am ersten Abend einfach ausgepfiffen und „flog auf“. An ein Weiteraufsetzen war nicht zu denken. Der wirkliche Kassensturz kam erst am nächsten Morgen. Denn da stellte sich heraus, daß der Kassierer mit der wohlgefüllten Theaterkasse — durchgebrannt war. Daraufhin fragte auch der Herr Direktor das Hofintendant und empfahl sich traurig. Er reiste, ohne ein Wort zu sagen und ohne seinen Mitgliedern etwas anderes zu hinterlassen, als das — Nachsehen, ob die Truppe sich nun in der fremden Stadt ohne Geld und was noch bis über die Ohren bei Hotels und Pensionen verschuldet. Man setzte sich mit der Berliner Korresse des Direktors in Verbindung und drängte auf Zahlung. Aber vorläufig hatte der Herr Direktor auf alle Vorhaltungen nichts anderes als ein „Ich weiß!“ und „Einen schönen Gruß!“ Damit war den Leuten nicht geholfen. Denn mit einem direktorlichen „schönen Gruß“ kann man weder die Eisenbahnfahrkarte nach die Hotelgebühren bezahlen. Am schlimmsten war es mit fünf jungen Damen, die sich keinen anderen Rat wußten, als sich mit dem Wohlstandsmann der sächsischen Stadt in Verbindung zu setzen, und die dann auf Kosten des Wohlstandsmannes „per Radnähme“ nach der nächsten Engagementsstadt geschickt wurden. Allerdings konnten sie nur nach Hinterlassung ihrer Koffer fahren, die das Hotel als Pfand für Verpflegungs- und Logierkosten zurückbehielt. Aber auch in der neuen Stadt war guter Rat teuer. Die Truppe flog auseinander, weil kein Direktor da war und die fünf jungen Damen, Tänzerinnen und Schauspielerinnen, kamen sich vor, als sollten sie plötzlich auf eigene Faust eine Szene in dem Film „Fünf Mädchen suchen ein Nachtquartier“ spielen. Dann hatte allerdings am nächsten Tag die größte Not ein Ende, denn der Herr Direktor schickte seinen fünf verirrten Schächeln 50 Mark. Damit konnte wenigstens der größte Teil der Heimreise nach Berlin bezahlt werden. Den Rest legte man „brüderlich“ aus den letzten paar Mark, die man noch hatte, zusammen.

In Berlin fragte man ebenso gemeinschaftlich beim Arbeitsgericht. Und hier wurde der Herr Direktor mit Pauken und Trom-

peten ohne weitere Beratung dazu verurteilt, rückständige Gage, mehrere Gage bis zum Vertragsablauf und Reisepesen zu bezahlen und die im Hotel zurückgelassenen Pfänder einzulösen.

„Wir Deutsche fürchten Gott...“

Vom teutschen Mannesmut.

Mit großer Respekt hatte der Stahlhelm zu einer Veranstaltung am Donnerstag ins Kriegervereinshaus aufgerufen, in der man, wahrlich aus berufenem Munde, die Wahrheit über Sowjetrußland hören sollte. Die zwei deutschen Angeklagten aus dem Schacht-Prozeß, Monsieur Meier, angeblich 23 Jahre Mitglied im freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverband, und Ingenieur Otto hatten sich als Reklamemänner für diesen Abend hergegeben.

Bersprechen und Halten war aber bei diesen Herren zweierlei: Major Stefani, der Berliner Miniatur-Soldat, war genötigt, den nicht sehr zahlreich erschienenen Anwesenden zu erklären, daß die beiden Herren es „nicht wagen könnten“, zu erscheinen, der Monsieur wegen der zahlreichen auch abgeanderten kommunistischen Drohsprüche (?!), der Ingenieur, weil ihm die Direktion der A.G. angeblich mit Entlassung gedroht hatte.

Der Herr Major hielt sich noch für berufen, zu verkünden, Deutschland sei am Verhungern und stehe „am absoluten Abgrund“. Eine Wiederholung der Hochbockheit gegen die Republik und ein Rachegebrüll gegen Juden, Margisten und die Republikanische Bescherwefelle beschloß diesen erhebenden Anschauungsunterricht über „teutschen“ Mannesmut.

FrontHeil!

Ostergrußkarte für 3 Pfennig.

Ohne Umschlag versandte gedruckte Ostergarten, die hinsichtlich der Größe, Form und Papierstärke den Bestimmungen für Postkarten entsprechen müssen, kosten sowohl im Ortsbereich des Aufgaborts als auch im Fernverkehr 3 Pfennig. Es dürfen in diesen Karten außer den sogenannten Abendangaben (Abendungstag, Name, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Abenders) noch weitere fünf Wörter, die mit dem gedruckten Wortlaut im Zusammenhang stehen müssen, handschriftlich hinzugefügt werden. Als solche zulässige Nachtragungen gelten z. B. die üblichen Zusätze „sendet“, „Ihre“, „Dein Freund“, „sendet Dir“, „sendet mit besten Grüßen Ihre“ usw. Werden solche Karten im offenen Umschlag versandt, so kosten sie sowohl im Ortsbereich des Aufgaborts als auch außerhalb 5 Pfennig. Ungenügend freigemachte Sendungen werden mit Nachgebühr befristet. Es kann daher den Versendern nur geraten werden, die Bestimmungen zu beachten.

Genosse Bjarne Franke hält am 1. Osterfesttag, morgens 10 Uhr, in der Kirche zum Heiligen Kreuz am Blücherplatz seine Abschiedspredigt. Als einer der wenigen Geistlichen der preussischen Landeskirche, die Sozialdemokrat sind, hat er manche Anfechtungen und Konflikte durchguldampfen gehabt. Sie haben ihn aber nicht irre machen können in seiner sozialistischen Überzeugung. Franke, der dem Vorstand des Bundes religiöser Sozialisten angehört, wird auch in Zukunft sich nicht von der religiösen und sozialistischen Arbeit zurückziehen, sondern sich getreu seiner Auffassung weiter betätigen.

Mütter bedenks doch

es ist wissenschaftlich festgestellt, daß Coffein in die Muttermilch übergeht!

Werdende und stillende Mütter sollten ihrem Kinde und der eigenen Gesundheit zuliebe nur den coffeinfreien Kaffee Hag trinken. Sie brauchen dann auf den Kaffeegenuss nicht zu verzichten, denn Kaffee Hag schmeckt ebenso gut wie jeder andere Bohnenkaffee bester Qualität und ist dabei für jeden vollkommen unschädlich.

Über 7000 deutsche Ärzte haben allein im Jahre 1928 lobend über Hag geurteilt.

Funkwinkel.

„Sozialistische Erziehung der Jugend“ schilderte in dem Jokus „Jugend in der Gegenwart“ Jugendsekretär Raschke. Die sozialistische Jugendbildung setzte erst vor etwa einem Vierteljahrhundert ein, als die sozialistische Bewegung die schwersten Kämpfe überwunden hatte. Bis dahin hatte das Ringen um seine Existenz die Kräfte des Sozialismus voll gefordert. Jetzt konnte mit der aufbauenden Arbeit für die Jugend begonnen werden. Aber durch das Verbot der Partei 1908 wurde es der Jugend unmöglich gemacht, weiter der Partei anzugehören. Es galt daher, neue Sondergruppen für die Jugend zu gründen, die — wenn auch nicht die sozialdemokratische Parteianschauung, so doch den sozialistischen Geist pflegen sollte. Die Behörden taten ihr Möglichstes, den in diesen Gruppen zusammengeschlossenen Jugendlichen das Leben zu erschweren. Fahrpreisermäßigung, die bürgerlichen Jugendgruppen für Ausflüge und ähnliches gewährt wurde, fiel für die sozialistischen fort. Nur selten wurden ihnen Gemeinde-sportplätze zur Verfügung gestellt. Staatliche Unterstüßungen, wie sie anderen Vereinen reichlich zum Zweck der Jugendberziehung zufließen, wurden ihnen nie zuteil. Heute ist die sozialistische Jugendbewegung, die Jugendlichen im Alter von 16—20 Jahren umfaßt, stark und weit verzweigt. Partei, Gewerkschaft und Arbeitervereine sind bemüht, die Jugendlichen zu wahrhaft sozialistischen Menschen zu erziehen. — Am Abend wurde aus Leipzig — nachdem anfängliche Störungen überwunden waren — sehr schön ein Konzert mit Werken von Paul Graener übertragen, das der Komponist selber dirigierte. Dann folgte ein „Berliner Passionspiel um 1400“ in guter, wirkungsvoller Aufführung. Trodem wirkte es langweilig, und es wäre gut gewesen, wenn für die Hörer, die an diesem frommen Spiel kein Interesse fanden, der Deutschlandsender ein von Berlin verschiedenes Programm verbreitet hätte.

Zes.

Theater, Lichtspiele usw.

KARFREITAG

Grosses Schauspielhaus. 8 Uhr:
EINMALIGES SYMPHONIE-KONZERT
DAJOS BELA
mit seinem Orchester und Solisten.
Preise 1-4 M.

KARFREITAG

METROPOL-THEATER 8 Uhr
KONZERT
AUF 4 FLUGELN
ERSTES KLAVIER-QUARTETT
A. Gelbrunk / L. Mittmann / A. Zakia / J. Pomeranz
Preise 1-5 M.

Freitag, d. 24. 3

Staats-Oper
Unter d. Linden
A-V. 81
19 1/2 Uhr

Fidelio

Freitag, d. 24. 4

Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus III
19 Uhr

Parsifal

Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
R.-S. 87
19 1/2 Uhr

Karfreitags-
Konzert

Städt. Schauspiel
an Kochstrasse 10

Geschlossen!

Städt. Schiller-Theater, Charit.
Geschlossen!

Barnowsky - Bühnen

Theater in der
Königsgrüner Straße
Täglich 8 1/2 Uhr
Rivalen
Komedienhaus
Täglich 8 Uhr
Die Drei - Groschen-
Oper

Theater am
Nollendorfplatz
Täglich 8 1/2 Uhr
**Revolte im
Erziehungshaus**

Lessing - Theater

Täglich
8 Uhr
3 x Hochzeit.

Theater am
Schillbinderdamm.

Nordstr. 1141 u. 281.
Kartierung geschlossen
Morgens
Sonntags 8 Uhr
Erfolgslose
**Pioniers
in Ingolstadt**
(Soldaten u Dienst-
mädchen)
v. Marieluise Fleißer
Regie: Jakob Gold.
Bühnenleiter:
Kaspar Vogel

Lustspielhaus

8 1/2 Uhr
Wiedereröffnung
**Guido Thielscher
Weekend
im Paradies**

Kleines Theater

Täglich 8 1/2 Uhr
**Curt Goetz,
Valerie v. Mariens
Ferd. v. Alten
in
"Trio"**
Lustsp. v. Leo Lenz.
Regie: Friedmann-
Frederich.

Rose-Theater

in Frattener Str. 132
Geschlossen.
Morgens 8 1/2 Uhr
Drei alte Schachteln.

-UND DAS ALLES FÜR 75-



Das fabelhafte, moderne Aus-
sehen — die gute Verarbeit-
tung — und der tadellose Sitz:

Das ist halt Ca A!

Wenn auch Sie vielleicht zu
denen gehören, die da meinen,
daß ein solcher Anzug nicht
unter M. 100 zu haben sei,
dann lassen Sie sich — bitte —
eines Besseren belehren.

Gerade jetzt vor Ostern ist
ja der geeignete Zeitpunkt —

**Ueberzeugen
Sie sich
selbst!**

GEHEN SIE ZU
C&A
BRENNINKMEYER
Königstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bahnhof

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

8 1/2 Uhr CASINO-THEATER
Lutetinger Straße 37.
Heute geschlossen!
Morgen und an allen Feiertagen:
Der neue Schläger!
„Eine ungeliebte Frau“
und ein erstklassiger bunter Teil.

Renaissance - Theater
Hardenbergstr. 6. Tel. Stempel. 801 u. 2582/84
8 1/2 Uhr. Täglich 8 1/2 Uhr
Max Pellenberg
„Das große ABC“
von Marcel Pagnol
Regie: Best. Hartung. In Premierenbesetzung.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7 1/2 Uhr
Karfreitags-
Konzert

Theater am
Schillbinderdamm
Geschlossen

Thalia - Theater
Geschlossen

Städt. Schiller-Th.
Geschlossen

Deutsches Theater
D. 1. Norden 12 310
Karfreitag geschlossen
8 U. Ende nach 10 1/2

Die lustigen
Weiber von Windsor
von Shakespeare
Regie: Helne Hilbert

Wie Komödie
11 Bismarckstr. 241/7516
Karfreitag geschlossen
8 1/2 U. Ende geg. 10
Wann kommst
Du wieder?
Komödie
von S. Maugham
Regie:
Gustaf Gründgens

Kammerspiele
D. 1. Norden 12 310
Karfreitag geschlossen
8 1/2 U. Ende geg. 10

Die Ursache
Schauspiel
v. Leonhard Frank
Regie: Hans Jepsen

8 1/2 Theater
des Westens

Seit 8 1/2 Uhr
**Das
Apostelstück.**
8 1/2 morgen täglich
8 1/2, 10 1/2 u. 12 1/2
Freitag 8 1/2 u. 10 1/2
**Der größte
Erfolg Berlins**
Friederike

Wahl von Cezar
Erica
v. Thellmann
Karl Ziegler,
Gustav von Witten
Arnold, Limburg,
Doro, Grotzer,
Seydewitz, Herz,
Salle unanber.
Telefon. 931 u. 7189

Residerai Bauer
Telephon: Friedrichshagen 132
Ab Schillingsbrücke (Schles. Bkt.)
2 Uhr nachm. An allen 3 Oster-
feiertagen und Sonntags mit dem
geschlossenen Salonampfer
„Berolina“ nach dem

**Müggelsee-
Müggelbergen**
Fahrpreis: Hin- und Rückfahrt
Mk. 1.50, Kinder die Hälfte
Musik / Parkettspiele
Vereinen, Schulen und Gesellschaften
stehen Dampfer und Motorboote
jeder Größe zu Ausflügen für
die kommende Saison zu
kulanten Bedingungen zur Verfügung

Reichshallen-Theater
136. u. s. bef. Feiertage Nachm. 7
Siedlner Sänger
mit dem vortrefflichen
Oster-Programm!
Nachm. halbe Preise.
Donnerst.-Brettel:
Das große Festprog.
Konzert / Tanz.

Theaters. Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6. Tel. Mg. 18077
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag
nachm. 3 Uhr (ermäßigte Preise)
Elite-Sänger
u. s. „Die Schönheitskönigin“
verbunden mit Modenschau.
Allgem. Preisermäßigung auf allen Plätzen

Berliner Theater
Direkt. Helms Herald
Charlottenstraße 40
A. 7. Dönhof 170
Geschlossen.
Ab morgen täglich
8 Uhr
Helden
von Bernard Shaw

Blach, Künstler-Th.
8 1/2 Uhr
**Pottsch und
Perlmutter
als Detektiv**
Paul Gröts,
Karl Eitinger.

Planetarium
am Zoo
Fries. Lustgarten 114
Noll. 1578
18 1/2 Uhr Sternkundl.
des Frühjahrs
18 1/2 Uhr Sternkundl.
des Frühjahrs
20 1/2 Uhr Wandel des
Sonnenscheinens
Tägl. außer Montags
u. Mittw. Erwachs.
1 Mk., Kinder 50 Pf.
Mittw.: Erwachsene
50 Pf., Kinder 25 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Wagenmonteure Achtung!
Sonntags, den 30. März, nachm.
4 Uhr, im „Kolonialer Hof“,
Kolonialer Straße 11/12
Verammlung
aller außerhalb auf Montage be-
findlichen Kollegen der Metall-
industrie mit Ausnahme der Roh-
leger und Heijungsmoneteure.
Die Tagesordnung wird in der
Befragung bekanntgegeben.
Das Erscheinen aller Monteurs wird
erwartet.
Die Ortsverwaltung.

DiN
Juergens
Alexanderplatz
Koch Kollnstr. 43

Max Ihlenfeld
sprechen mit allen Verwandten, Freun-
den, Kollegen und Bekannten, sowie
der Konsum-Gesellschaft, dem 30. Jhr.
der SPD, dem Gewerkschaft und den
Berufskollegen, insbesondere dem
Herrn Reiner Ullrich und dem Kollegen
Herrn Wigger für die kollektiven
Werte unserer beglücklichen Welt aus.
Clara Ihlenfeld u. Tochter.
Südbühne 27, II.

**Wann icheren Seiden verchied in
der Nacht zum 27. März mein lieber
Hanns und steu ergender Vater, der
Schiffgeherntschilbe**

Friedrich Simonsen
im 77. Lebensjahre.
Berlin, Gittelshausstr. 21.
Die trauernden Hinterbliebenen
Alexa Simonsen, geb. Limburg
Mag Simonsen.
Einführung: Mittwoch, 3. April,
nachm. 3 Uhr, Krematorium Gerichter.

**Kapitän-Kantabak 15 Pf.
Kapitän-Kopenhagener 20 Pf.**
Die Marke der Feinschmecker
in den meisten Geschäften käuflich
Carl Röcker, Berlin NO.
Lichtenherzer Str. 72. Kest. 1861

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Anhalt. Bahn.
III Klasse 1,90,
II Klasse 2,50, Sonnt. m. Rückf. 2,50 u.
1,80 M. Stadt v. herrl. Waldgürtel umg.
Laub- u. Nadelwald. Ausflug z. H. Gollm.
178 m. Günstig. Zugverbind. m. Berlin.
Lehnendes Wochenendziel.
Auskunft im Verkehrs-bureau Karl
Grischkat, Breite Str. 30, Fernruf 800.

**Beim Heimgang meines lieben Mannes, des Stadt-
rates und Stadtkustos**

August Hintze

wurde mir soviel herzliche Teilnahme bewiesen, daß es
mir nur auf diesem Wege möglich ist, meinen Dank
auszusprechen. Besonders möchte ich denen danken,
die mir am Sarge des teuren Verstorbenen so tröstliche
Worte sagten und seine Lebensarbeit in so herzlicher
Weise schilderten. Weiter danke ich den Behörden, der
Partei, den Verbänden, Vereinen und Mietern des Hauses
für die große Beteiligung.
Sophie Hintze, geb. Loeffler.
Berlin N 20, Pankstr. 57.

Am Montag, dem 23. März, ver-
schied nach längerem Leiden mein lieber
Hanns, Sohn, Bruder, Schwager und
Onkel, der Heizer im VEB „Werk
Kedau“.

Edgar Schnellbach
im 51. Lebensjahre.
Dies seligen Hebetruß an
Die Hinterbliebenen.
Einführung: Sonntag, 30. März,
10 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichter.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Trauerfeier meines
lieben Hann, unserer lieben Mutter
Martha Buche
fagen wir allen Freunden, Bekannten,
Kollegen und den Genossinnen und
Genossen der 124. Abteilung unseren
beglückten Dank.
Friedrich Buche und Sohn.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser Kollege, die Arbeiterin

Herta Kraft
bei der Firma Bergmann am 26. März
1934 verunglückt ist.

Am 29. März nach ein längeres
unser Kollege, der Rohleger

Adolf Fischer
geb. 24. September 1893.

Am 25. März verunglückt wurde
unser Kollege, der Arbeiter
Brunst Fischer
bei der Firma Bergmann.

Am 16. März nach ein längeres
unser Kollege,
Otto Grassmann
geb. 9. Dezember 1898.

Am 10. März nach ein längeres
unser Kollege, der Arbeiter
Hans Drutschmann
geb. 29. Juni 1901.
Ehre ihren Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Am 26. März, mittags 1 Uhr, ver-
schied plötzlich meine liebe Tochter
Charlotte Röder
im Alter von 29 Jahren.

In tiefer Trauer: Julius Röder,
Die Beerdigung findet am Dienstag,
dem 2. April, nachmittags 11 1/2 Uhr,
auf dem Heiligsandfriedhof Maxdorf,
Glienicker Straße, statt.

An die deutschen Bankherren!

Vom Leben und Leiden der Bankangestellten. — Wer kennt es?

Sehr geehrte Herren!

Sie haben in den letzten Tagen und Wochen wieder gewinnreiche Jahresabschlüsse veröffentlicht und Sie, die verantwortlichen Chefs, waren mit dem Ergebnis des letzten Jahres noch mehr zufrieden als Ihre Aktionäre. Sie haben in den letzten Tagen gehört, daß Ihre Angestellten ihre heute immer noch sehr schlechte Bezahlung aufgefressert haben wollten, und Sie waren darüber weniger erfreut als über die Gewinnziffern des letzten Jahres, die Sie veröffentlicht haben. — nach recht viel Mühe und Sorgfalt — verschwiegen haben.

Die Deffentlichkeit hat es nun heute schwer, angesichts des so sorgfältig geleiteten Trommelfeuers der deutschen Arbeitgeberverbände und auch Ihres Reichsverbandes gegen die Begehrlichkeit der Arbeiter- und Angestelltenchaft, über die Berechtigung von Lohn- und Gehaltsforderungen sich eine deutsche Vorstellung zu machen. Wir halten es deshalb für eine Pflicht der sozialdemokratischen Presse, diese öffentliche Urteilsbildung, in unserem Falle besonders über die Lage der Bankangestellten, zu unterstützen. Da Ziffern immerhin noch am deutlichsten sprechen, folge ein Vergleich zwischen den Gehältern der Bankangestellten 1913 und heute, ein Vergleich mit den furchtbaren Elendsgehältern von 1924 und dem Minimum, das die Bankangestellten angesichts der heutigen Teuerung verlangen müssen.

Die Monatsgehälter betragen brutto (für Männer):

	1913		1928/29		1928/29		Sollgehalt nach 1913
	bei den Gruppen II	III	II	III	II	III	
3. Dienstjahr	200	229	199	239	260	301	300
5. "	275	310	273	338	334	400	413
15. "	325	375	312	383	373	445	487

1) Meistlich war ein Monatsgehalt zu Weihnachten und ein Monatsgehalt zum Jahresende.
2) Ohne tarifliche Benachteiligung empfiehlt der Reichsverband der Bankangestellten die Zahlung eines halben Monatsgehälts als Gratifikation zu Weihnachten.

Diese Tabelle, in der die Gruppe I der Bankgehilfen, die Boten und die gewerblichen Angestellten wegen der fehlenden Vergleichsmöglichkeiten weggelassen werden mußte, zeigt nun, daß selbst der Berliner „Hochbezahlte“ ledige Angestellte der Gruppe II, gleichviel ob im fünften, zehnten oder fünfzehnten Dienstjahr, heute auch nominell noch weniger an Gehalt bezieht als im Jahre 1913! Die Angehörigen der Gruppe III liegen um ganz wenige Mark nominell höher als 1913. Nun gab es 1913 keinen Unterschied zwischen Verheirateten und Ledigen und die Unmöglichkeit einer so schlechten Bezahlung ist wenigstens für die Verheirateten und Kinderreichen anerkannt worden durch die sozialen Zuschläge, die gewährt werden mußten. Rechnet man aber selbst den Vorkriegsgehältern für die Geldentwertung 50 Proz. des kümmerlichen Lebenshaltungssindex hinzu, so zeigt sich, daß sowohl in Gruppe II als auch in Gruppe III die heute gezahlten Gehälter auch bei Verheirateten mit zwei Kindern noch bis zu einem Drittel hinter den Sägen zurückbleiben, die gerechterweise gezahlt werden sollten.

Niemand, also auch Sie nicht, wird sich deshalb der Gerechtigkeit der Angestelltenforderungen nach besserer Bezahlung entziehen können.

Sollen wir die Frage stellen, ob die Banken bessere Gehälter zahlen können? Es sollte bei den notorisch großen Gewinnen der Banken nicht nötig sein. Doch auch hier sind Ziffern sicherer als Behauptungen.

Bier D-Banken	1926	1927	1928
Umsätze	514	677	791 Milliarden
Personal	38 266	36 785	35 998 Köpfe
Handl.-Unkosten	234,49	242,73	244,20 Millionen
Zinsen und Provisionen in Proz. vom Bruttogewinn	89,1	91,1	93,2 Prozent

Man tut keiner großen Bank Unrecht mit der Behauptung, daß der tatsächliche Gewinn — auch ohne die Freibetraggeber — in den letzten Jahren mindestens das Doppelte der ausgeschütteten hohen Dividende auf das vielfach stark erhöhte Kapital betragen hat. Daß die Banken höhere Beamtenegehälter zahlen können, steht also außer Zweifel.

Die Banken haben aber auch die moralische Verpflichtung dazu, denn den Bankangestellten ist in den letzten Jahren ein Arbeitspensum und ein Arbeitstempo zugemutet worden, das in der Geschichte der Banken unerhört ist. Bei den vier Berliner D-Banken sind von 1926 bis 1928 die Umsätze von 514 auf 791 Milliarden gestiegen, das Personal wurde aber trotz dieser gewaltigen Vermehrung der Geschäfte von 38 266 auf 35 998 Köpfe reduziert. Dabei sind die gesamten Handlungsunkosten in diesen drei Jahren um ganze 10 von 234 auf 244 Millionen gestiegen. Zieht man aber die sofort voll eingeleisteten Maschinenkosten ab, dann sind die Handlungsunkosten sogar gesunken. Allein die Einnahmen aus Zinsen und Provisionen aber erforderlichen 1928 nur noch einen Zuschuß aus den übrigen beträchtlichen Gewinnen von knapp 7 gegen knapp 11 Proz. im Jahre 1926, um daraus sämtliche Unkosten einschließlich Direktorengehältern und -stämien, Steuern, Dividenden und offenen Reserven zu bezahlen, bzw. aufzufüllen.

Gerechtigkeit, Möglichkeit und Moral für die Zahlung besserer Gehälter sind also auf der Seite der Angestellten.

Einst und heute.

Nun wissen wir sehr wohl, daß einige unter Ihnen sich gern ein soziales Verständnis zutragen und sogar vorgeben, etwas tun zu wollen, wenn heute der Bankleiter Herr im Hause wäre, wenn die Gehälter nicht gebunden wären durch Tarife und Schlichtungswesen, und wenn die Gewerkschaften sich nicht zwischen die Bankverwaltung und die Angestellten geschoben hätten.

Aber wir haben aus allen Unterhaltungen, die wir gelegentlich mit Ihnen gepflogen haben, nur gesehen, daß Sie meist nicht wissen, was der Bankangestellte einst war und was er heute ist, was der Bankbetrieb geworden ist, und daß der heutige gewerkschaftliche Kampf der Angestellten um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen nur noch der Ausdruck jener vollendeten Proletarisierung ist, der diese ganze einst dem Mittelstand zugerechnete Schicht heute verfallen ist.

Durch Ihre Buchungs-, Rechen-, Saldermaschinen, Ihre For-

mular- und Durchschreibeverfahren, Ihre selbst in den Depositionskassen weitgehend durchgeführte Zentralisierung der Buchhaltung und durch die Anzahl anderer Maschinen ist die Arbeit der Bankangestellten heute weitgehend Fabrikarbeit geworden. Wie in einem Fabrikbetriebe handelt es sich bei Ihnen heute fast ausschließlich noch um die Erzeugung von beliebig austauschbaren Leistungen, deren höchster Effekt für Sie dann vorliegt, wenn er mit einer möglichst billigen Arbeitskraft sichergestellt wird. In Ihren Betrieben herrscht unsichtbar das laufende Band, das der Arbeit jede individuelle Färbung und jede Möglichkeit der Hingabe entzieht.

In Ihren Personalbüros wird nicht weniger exakt, nicht weniger rücksichtslos und unpersönlich kalkuliert wie in den modernen Fabriken der Serien- und Massenfabrikation. Der Beamte, der Angestellte, der sich einmal als Mensch betrachten durfte, ist ausschließlich Unkostenfaktor geworden, nicht anders wie in jeder modernen Fabrik. Wo einstmals nach den Gesichtspunkten der Verlässlichkeit, des Vertrauens entschieden wurde, wobei die Verheirateten nicht zurückgestellt, sondern bevorzugt wurden, da entscheidet heute die Fügigkeit und die Billigkeit. Der Verheiratete und namentlich der Kinderreiche steht um so schneller auf dem Abbaueis, je weniger er der Konkurrenz der billigeren und jüngeren Kräfte gewachsen sein kann. Ob „der Mann für den Posten nicht zu teuer“ ist, das ist heute Gegenstand systematischer Untersuchung in Ihren Personal- und Betriebsbüros. Das Maß und das Tempo der Arbeit sind heute mörderisch geworden, mörderisch wie in jeder bis aufs letzte modernisierten Fabrik. Das ist das Urteil, das jeder Bankangestellte heute unausgesprochen über seinen Betrieb mit sich herumträgt.

In der Vorkriegszeit hatten die Banken noch den Ehrgeiz, keine billigen und auch grundsätzlich keine weiblichen Kräfte zu beschäftigen. Nichts ist damit gegen die weiblichen Arbeitskräfte gesagt. Denn es ist traurig genug, daß das Verdienenmüssen sie in die Betriebe zwingt. Aber der einstmals typisch männliche Beruf des Buchhalters wird heute zu 75 Proz. mit billigeren weiblichen Kräften durchgeführt. Und auch diese weiblichen Kräfte — das sollte Ihnen wenigstens nicht unbekannt sein — werden heute genau so zerrüttet wie die männlichen, und die Fälle sind bekannt, in denen an der Maschine zusammengebrochenen Frauen der Kündigungsbrief am nächsten Tage in das Haus geschickt wurde, mit der Begründung, daß sie zur Arbeit ungeeignet seien!

Kennen Sie die Seele und das Familienleben des Bankbeamten von heute?

Zahrelang ist unter dem furchtbaren psychologischen Abbaudruck dem „Wie geht's?“ bei allen Unterhaltungen der Angestellten sofort die bange Diskussion über die Unsicherheit der Existenz gefolgt. Und es ist auch heute noch so.

In der Familie ist es nicht anders. Einer, den wir

Nach Lohndruck große Gewinne.

Maschinenkonzern Wolf-Budau zahlt 10 Proz. Dividende.

Die mitteldeutschen Metallindustriellen klagen zwar in ihren Geschäftsberichten für 1928 sehr, daß der leistungswidrige Arbeitskampf im Januar und Februar 1928 sich äußerst ungünstig ausgewirkt habe, jedoch sträubten sie sich damals auch gegen die geringste Heraushebung der weit unter dem Durchschnitt stehenden Stundenlöhne ihrer Belegschaften.

Bei der im November 1928 erfolgten Kündigung der Tarife durch den Unternehmerverband haben wir untersucht, wie es mit der von den Unternehmern immer behaupteten Unrentabilität ihrer Betriebe bestellt ist und konnten bei den meisten Maschinenfabriken dieses Bezirks recht ansehnliche Reingewinne und Dividendenzahlungen feststellen. Jetzt veröffentlicht der stärkste mitteldeutsche Maschinenkonzern von Wolf-Budau in Magdeburg, der mit 12 Millionen Kapital arbeitet und annähernd 6000 Mann Belegschaft hat, seinen Abschluß für 1928, in dem zum erstenmal die Gewinne der früher getrennten Unternehmen von Budau und R. Wolf verschmolzen sind.

Wie gut die Fusion den beiden Unternehmen bekommen ist, zeigt sich zunächst darin, daß diesmal auf das gesamte Kapital von 12 Millionen eine Dividende von 12 Proz. gezahlt wird, während im vergangenen Jahre nur Budau die gleiche Dividende ausgeschüttet hatte, Wolf dagegen ohne Dividende blieb. Genau die doppelte Summe, 1,2 Millionen Mark, fließen also diesmal den Aktionären zu.

Die Beschäftigung in den einzelnen Betrieben war gut, besonders in Lokomotiven, Waggonen und Breittreppsen. Der Umsatz im Lokomotivgeschäft erreichte die höchsten Ziffern seit der Stabilisierung der Markt. Der Gesamtumsatz des Konzerns dürfte noch der starken Produktionssteigerung im letzten Jahr 45 bis 50 Millionen erreicht haben, was einem vierfachen Umschlag des Kapitals entsprechen würde.

Rentable Zechen.

Zu den gut rentierenden Zechen gehört auch die Essener Steinkohlenbergwerks A.-G., die von dem Lokomotivkonzern Henrich u. Sohn in Kassel beherrscht wird. Obwohl die Kohlenförderung im vergangenen Jahre um 7,24 Proz. gegenüber 1927 zurückblieb und obwohl die Abschreibungen um eine halbe Million auf 3,84 Millionen Mark erhöht wurden, blieb ein Reingewinn von 4,68 Millionen, aus dem die für reine Zechen sehr hohe Dividende von 8 Proz. verteilt wird. Die Koks-erzeugung stieg um mehr als 13 Proz., die Breittreppherstellung um fast 4 Proz.; ebenso hat die Erzeugung von Nebenprodukten und Gas nicht unerheblich zugenommen. Ein großer Teil der Mehrgewinne stammt also aus der Kohlenverarbeitung und der Erzeugung von Nebenprodukten.

Berliner Mörtelewerke verdienen schwer.

Das Baujahr 1928 war in Berlin glänzend. So berichten die Bereinigten Berliner Mörtelewerke. Die ausgemessenen Einnahmen sind um fast 25 Proz. auf 3,38 Millionen gestiegen, während sich sämtliche Unkosten und Steuern nur von 2,29 auf 2,77 Millionen

iprachen, hat kürzlich sein 25jähriges Bankjubiläum gefeiert und gehört zu den Höchstbezahlten der Gruppe III. Er hat eine Frau und zwei Kinder. Seine ganze Rücklage für das bald abgeschlossene Arbeitsleben ist die Jubiläumsgabe, die er von seiner Bank erhalten hat. An die Zukunft denkt man nicht, über die Zukunft spricht man nicht; mögen die Kinder sich selber helfen. Die Kinder etwas lernen zu lassen, ist heute ausgeschlossen. Das war das, was er uns sagte. Und er ist einer der Besten.

Von der Bekräftigung von Kulturbedürfnissen ist keine Rede mehr. Die Bankangestellten sind vom Vorderhaus ins Hinterhaus gezogen! Von Theaterbesuch, Ferienreisen, Büchern und von einem Rotgoldchen, wie früher, von der Ansammlung eines Erziehungskapitals für die Kinder, von der Vorsorge fürs Alter und für Krankheit ist keine Rede mehr. Die früher sich freuten nicht den Ludergeruch der Sozialversicherung an sich zu haben, sie sind heute effüch, daß sie durch die Krankenversicherungspflicht wenigstens den Arzt „umsonst“ haben. An eine Lebensversicherung kann keiner mehr denken.

Sie schmelzen sich heute, meine Herren, durch Ihre Wohlfahrtseinrichtungen viel für die Bankangestellten zu tun. Aber sie scheinen nicht zu wissen, daß Ihre Wohlfahrtseinrichtungen heute echte Wohlfahrtseinrichtungen geworden sind im schlimmsten Sinne des Wortes: denn sie müssen in Anbetracht genommen werden, weil für den Fall plötzlicher Notlage sich kaum einer durch Rücklagen mehr selber helfen kann. Und Sie scheinen auch nicht zu wissen, warum Sie für die Banken

heute keinen Nachwuchs mehr

bekommen, warum die Lehrlinge heute nicht einmal mehr in der tariflich zugelassenen Anzahl zu beschaffen sind, obwohl Sie sich wahrhaft bemühen, durch Werbeschriften, die Ihre Wohlfahrtseinrichtungen preisen, die Schulleiter bei der Berufswahl der jungen Menschen für die Banken „fortzuziehen“ zu gewinnen. Heute weiß alle Welt, daß es in den Banken keine Aufstiegsmöglichkeiten mehr gibt, und der Bankangestellte von heute läßt seine Kinder lieber überall „sonst“ in Industrie und Handel einen Beruf ergreifen, nur nicht in den Banken, in denen er selbst verkümmert.

So sieht das Bild vom Leben der Bankangestellten von heute aus. Diese Bankangestellten sind alle Proleten geworden, denen keine Bankverwaltung, kein guter Wille einzelner Bankleiter, denen nur noch die gewerkschaftliche und politische Organisation, die Inanspruchnahme der gesellschaftlichen Rechts- und Machtmittel helfen können. Das Erstaunliche aber ist, daß Sie, meine Herren, sich darüber wundern.

Sie wie die breite Deffentlichkeit werden nun aber begreifen, weshalb die Bankangestellten, ohne Unterschied des Geschlechts und der Gruppen, wenigstens eine gerechte Bezahlung wollen. Wie immer aber, wo es sich um die Interessen von Arbeitern und Angestellten handelt, geht es hier auch um Interessen der Banken und des deutschen Bankwesens selbst. Mit einer freudlosen, verkümmerten Angestelltenchaft, ohne brauchbaren und zukunftsreichenden Nachwuchs kann die Funktion der Banken auch im kapitalistischen System nicht erfüllt werden. Das fügen wir, meine Herren, in Ihrem Interesse noch hinzu.

Hochachtungsvoll

Die Redaktion des „Vorwärts“.

erhöhten. Die Dividende wird von 6 auf 9 Proz. erhöht, hätte wahrscheinlich aber, wenn der tatsächliche Gewinn voll verteilt worden wäre, mehr als verdoppelt werden können.

Krupp hat Millionenaufträge für die Mandschurei. Die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft will Stahl- und Holzwerke für den selbständigen Ausbau von chinesischen Eisenbahnen errichten. Der Krupp-Konzern soll auf den Gruson-Werken in Magdeburg dafür die schweren Walzenstrahlen bauen; die Eisenhochbauten werden von der Friedrich-Alfred-Hütte errichtet, während die Krananlagen und Stahlwerkseinrichtungen von der Demag Duisburg befristet werden. Die Gesamtausführung erfolgt durch Krupp.

Werden wir 1929 Kapital zum Bauen haben? Ueber diese für die Bauwirtschaft und damit auch für die Wirtschaftsentwicklung entscheidende wichtige Frage meint die Disconto-Gesellschaft in ihrem letzten Monatsbericht, daß die Beschaffung von Zwischkrediten anscheinend in genügender Höhe sicherzustellen sei. Die Disconto-Gesellschaft erwartet, daß die diesjährige Bautätigkeit im Rahmen der vorjährigen Kapitalmäßig durchgeführt werden könnte.

Auf dem Wege zum Weltmonopol. Russische Jageländnisse. Herr Deterding, der holländisch-englische Oestling, ist in New York zu einer Diskonferenz eingetroffen. Er meinte, die Diskonferenzen von USA, Mexiko und Venezuela könnten die Desproduktion auch ohne Mithilfe der europäischen Gesellschaften regulieren. Dabei hat er wahrscheinlich auch die kürzlich gebildeten — ähnlich wie bei Kupfer — amerikanischen Desportgesellschaften im Auge. Die Absichten bei den New Yorker Besprechungen lauten auf die Errichtung eines Weltmonopols hinaus. Wenn Herr Deterding dabei verurteilt, die Bedeutung der russischen Desproduktion zu verkleinern, so hat er wohl aus einer Zwangslage heraus gehandelt. Interessant aber ist, daß Herr Deterding noch einmal ausdrücklich wiederholt, daß der Sprozenzige Rabatt, den die Russen bei ihren Lieferungen an das englische und amerikanische Deskapital zugestanden haben, für die Entschädigung der von Russland enteigneten Kapitalisten bestimmt sei und daß Russland damit die Unrechtmäßigkeit des Desseiberbesizes anerkannt habe — Inzwischen ist für Amerika ab 1. April eine Beschränkung der Erzeugung um 8 Proz. beschlossen worden, was den Beginn der monopolistischen Marktregelung bedeutet.

Englische Handelsdelegation in Moskau. Die englische Handelsdelegation, die aus 84 Mitgliedern besteht, ist in Moskau eingetroffen. Sie wurde von Vertretern der Westlichen Handelskammer der Sowjetunion empfangen, die einen Ausschuß zum Empfang der Delegation gebildet hatte.

Neue festverzinsliche Anleihen. Die Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft läßt zur Zeichnung von achtprozentigen Goldpfandbriefen und achtprozentigen Goldkommunalschuldverschreibungen ein. Beide Anleihen sind ausgefertigt in Abschnitten zu 100 bis 5000 Goldmark. Die Zeichnung auf einen Teilbetrag von 8 000 000 Goldmark bzw. 4 000 000 Goldmark findet statt vom 4. bis 17. April 1929 zum Kurse von 97½ Proz. bzw. 94 Proz., während der Börsenkurs 98 Proz. bzw. 94½ Proz. notiert. Weitere Zeichnungsbedingungen in unserem Anzeigenteil.

Amol hilft bei Rheuma, Gicht, Herenschuß, Nerven- und Ermüdungsbeschwerden. — Narmelitergest Amol ist in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Schlichtung / Arbeitsschutz.

Erwerbsarbeit der verheirateten Frau. — Wohnungsbau.

Die erbitterten Kämpfe um das Schlichtungswesen sind zu einem Abschluß gekommen. Auf der Bundesausschussung der freien Gewerkschaften wurde daher von Koerpel, dem Leiter der arbeitsrechtlichen Abteilung beim Bundesvorstand, das Resultat der Schlichtungskämpfe und -debatten in einem instruktiven Referat beleuchtet:

Die Auffassung, daß diejenigen, die für eine Verbindlichkeitsklärung einzutreten, für eine grundsätzliche Beschränkung der Kampffreiheit seien, ist irrig; denn der heutige Staat ist nicht mehr der gewerkschaftsfeindliche Staat der Vorkriegszeit. Dieser neue Staat muß in gewissen Grenzen auch das Recht haben, der Aktionsfreiheit der freien Organisationen, nicht zuletzt auch dem heimungslosen Nachstreben der sozialen Gesichtspunkte der Gewerkschaften, Grenzen zu ziehen. Das bedeutet

keine Einschränkung der Kampffreiheit.

Die Kampffreiheit ist heute in Deutschland größer als in irgendeinem anderen Lande der Welt. Eine starke Gewerkschaft kann auch heute kämpfen. Die Kampffreiheit der Gewerkschaften ist in erster Linie eine Funktion ihrer Kampfkraft. Es besteht keinerlei Zwang zur Angliederung des staatlichen Schlichtungsausschusses. Wer sich zu dieser Auffassung bekennt, redet noch lange nicht einer Verdrängung der tariflichen Schlichtungsstellen durch die staatlichen Schlichtungsinstanzen das Wort. Selbstverständlich sind die tariflichen Schlichtungsstellen in erster Linie berufen, die Verständigung in Arbeitskonflikten herbeizuführen. Die Aufgabe des Staates kann nur die sein, in bestimmten Fällen helfend einzugreifen.

Bei der Stellungnahme der Gewerkschaften zum Schlichtungswesen handelt es sich nicht nur um ihr Verhältnis zum Staat, sondern auch um ihre Stellung zur Unternehmerklasse. Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist zweifellos eine Verteilung der Unternehmerrfront eingetreten. Diese Front ist heute viel geschlossener; ihre Machtmittel sind beweglicher als früher. Die Verjüngung zu einer Verständigung zu kommen, laufen mehr als je Gefahr, ohne Ergebnis zu enden. Auch ist es außerordentlich schwer, bei den Kämpfen sich ein wirklich klares Bild von der Wirtschaft zu machen; denn ausreichende Produktionsstatistiken liegen nicht vor. Eine Abwägung des Möglichen ist erschwert. Und selbst wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse besser durchleuchtet werden könnten, dann wird trotzdem

der Kampf um den Anteil am Sozialprodukt

in gleicher Weise wie bisher, ja vielleicht noch schärfer, geführt werden müssen. Die Absichten der Unternehmer sind klar. Sie wollen entweder die Beseitigung oder die Unbeweglichmachung des Schlichtungswesens. Sie hoffen, durch die Gleichsetzung von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen oder durch Tarifverträge mit Betriebsvereinbarungen ihre alte Machtstellung auf neu gesicherter Grundlage zurückzuerobern. Die jüngsten Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts sind diesen machtpolitischen Bestrebungen der Unternehmer günstig.

Wer die Schlichtungssituation in Deutschland richtig verstehen will, braucht nur einen Blick auf England zu werfen. Dort gibt es keine Unabdingbarkeit, keine Allgemeinverbindlichkeit, kein staatliches Schlichtungswesen in unserem Sinne, keine Verbindlichkeitsklärung, keine Arbeitsgerichte. Dafür greifen die Lohnämter viel härter in die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften ein. Die Arbeitsstreitigkeiten werden ohne Mitwirkung der Gewerkschaften vor dem Friedensrichter ausgetragen. Das englische Arbeitsrecht ist noch durchaus individualistisch. Worüber verhandelt man dann in den Konferenzen mit den Unternehmerorganisationen der Randgruppe? Ueber die Anerkennung der Gewerkschaften, über die Schaffung eines Reichsarbeitsrates — Dinge, die bei uns längst vorhanden sind. England hat ein Antigewerkschaftsgesetz (vom Mai 1927), das den Generalstreik und den Sympathiestreik verbietet und viele in die Kampffreiheit der Gewerkschaften eingreifende Bestimmungen enthält — ein Gesetz, das in Deutschland einfach unvorstellbar wäre. In Deutschland haben die Gewerkschaften ein Recht von Mitwirkung bei der Regelung der Arbeitsbedingungen wie in keinem anderen Lande. Wenn man demgegenüber auf die Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts verweist, dann ist dazu zu sagen, daß eben das tatsächliche Arbeitsrecht nicht von heute auf morgen vernichtet werden kann. Seine Grundgedanken sind vielen Verwaltungsbeamten und Juristen noch sehr fremd. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, hier nachzuhelfen. Ist künftig ein Kollegialentscheid unmöglich, dann muß die Möglichkeit bestehen, daß der Staat mit normalen Mitteln und

nicht durch Bestellung von Reichsministern

von Amts wegen eingreift. Wenn ein Reichsschiedsamt, wie die Unternehmer vorschlagen, die Prüfung der Begründung für eine Verbindlichkeitsklärung vornehmen soll, dann müßte es auch die volle Verantwortung dafür übernehmen, ob eine Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen wird oder nicht. Eine Trennung der Funktionen beim Prüfen und Ausprechen einer Verbindlichkeitsklärung würde den Staat in eine Hanswurstdrolche drängen. Das können die Gewerkschaften unmöglich zulassen.

Das Schlichtungswesen ist eine staatspolitische Aufgabe. Wie diese Aufgabe anzupacken ist, darüber bestehen natürlich sehr verschiedene Auffassungen. Der Standpunkt, den in jüngster Zeit die Reichsregierung gegenüber den Lohnforderungen der Arbeiter der Staats- und Gemeindebetriebe und auch des Bergbaus eingenommen hat, nämlich, daß die Gewerkschaften mit Rücksicht auf die Reparationsverhandlungen von Lohnforderungen für diese Arbeiterkategorien Abstand nehmen sollten, ist sehr bedenklich. Es ist auf der anderen Seite kein Fall bekannt geworden, wo an die Unternehmer die Forderung gerichtet worden wäre, auf die Erzielung von Gewinnen in der gegenwärtigen Situation zu verzichten.

Zusammenfassend erklärte Koerpel: Das Schlichtungswesen hat eine staatspolitische Aufgabe zu erfüllen und die Verbindlichkeitsklärung ist ein staatspolitischer Akt. Das bedeutet keine bedingungslose Unterwerfung der Gewerkschaften unter den Staat. Das Schlichtungswesen bedeutet vielmehr Einflußnahme der Gewerkschaften auf den Staat, wie die Wirtschaftsdemokratie Einflußnahme auf die Wirtschaft bedeutet. Schlichtungswesen und Wirtschaftsdemokratie bilden eine unlösliche Einheit.

Im Anschluß an Koerpels Referat nahm der Bundesausschuss zur Schlichtungsfrage folgende Entschliessung an: „Der Bundesausschuss hält an der Auffassung fest, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Abschluß von Tarifverträgen Aufgabe der Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber ist, während dem Staat nur die Aufgabe zufällt, den beiderseitigen Organisationen im Bedarfsfalle hierbei Hilfe zu leisten. Die umgekehrte Verteilung dieser Aufgabe lehnen die Gewerkschaften ab. Die freien Tarifvereinbarungen der Parteien werden von den Gewerkschaften jedem Zwangsschiedspruch entschieden vorgezogen. Je mehr die Unternehmer sich bereit finden lassen, in freier Vereinbarung annehmbare Tarifverträge abzuschließen und das freie tarifliche Schlichtungswesen loyal zu fördern, um so seltener wird der Staat genötigt sein, mit seiner Hilfeleistung in die Arbeitskämpfe einzugreifen.“

Zur Arbeitsschutzvorlage

wurde vom Bundesausschuss ohne Debatte einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

„Der Bundesausschuss nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die endgültige Fassung des dem Reichstag vorgelegten Entwurfs eines Arbeitsschutzgesetzes in keiner Weise die Kritik berücksichtigt hat, die der 1926 vorgelegte Entwurf bei den Gewerkschaften herbeigeführt hat. Gerade in bezug auf die Arbeitszeitregelungen sind sowohl im Personenkreis durch weitere Herausnahme einzelner Gruppen aus der Regelung, wie auch in bezug auf die zugelassene Dauer der Arbeitszeit selbst sogar weitere Verschlechterungen zu verzeichnen. Die Bestimmung, wonach für Betriebe mit in der Regel nicht mehr als fünf Arbeitnehmern abweichende Regelungen getroffen werden können, steht in offenem Widerspruch zum Washingtoner Abkommen. Der Verzicht auf die Festlegung der 48-Stundenwoche, der eine zusätzliche Sonntagsarbeit ermöglicht, muß unter allen Umständen als ein unerträglicher Rückschritt bezeichnet werden. Die zahlreichen Ausnahmen vom Achtstundentag für Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten, für Arbeitsbereitschaft und Reparatur machen die grundsätzliche Anerkennung des Achtstundentages bedeutungslos. Unbefriedigend bleibt der Entwurf auch in bezug auf den Schutz der Jugendlichen und Frauen.“

Die Bestimmungen über den Betriebsunfallversicherung haben ebenfalls den grundsätzlichen Forderungen der Gewerkschaften nur zum geringen Teil Rechnung getragen. Insbesondere ist aber bei der Organisation der Arbeitsaufsicht die Forderung nach einer Vereinfachung und Vereinheitlichung nicht erfüllt worden. Der Entwurf bleibt hier in Halbheiten stehen, indem er die Hoheit der Länder und damit die Dezentralisation auf dem Gebiet der Arbeitsaufsicht bestehen läßt. Demgegenüber verweist der Bundesausschuss erneut auf die in der Entschliessung des 13. Gewerkschaftskongresses in Hamburg festgelegten Forderungen der Gewerkschaften zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsaufsicht und erwartet vom Reichstag, daß er bei der Berücksichtigung des Arbeitsschutzgesetzes diesen Forderungen Rechnung getragen wird. — Das Problem der

Erwerbsarbeit der verheirateten Frau.

das in der letzten Zeit in der breiten Öffentlichkeit und besonders in der Gewerkschaftspresse fast aller Industrielande viel diskutiert worden ist, wurde von Frau Hanna, der Leiterin des Frauensekretariats beim ADGB, behandelt. Ihre Ausführungen fanden ihren Niederschlag in einer Entschliessung, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde. Sie lautet:

„Es entspricht gewerkschaftlicher Praxis, in Zeiten großer Arbeitslosigkeit zu versuchen, die Arbeitsmöglichkeiten nach Möglichkeit zu strecken. Aus diesem Grunde haben die Gewerkschaften sich bemüht, durch Verzicht ihrer Mitglieder auf eine Anzahl Arbeitsstunden zugunsten arbeitsloser Kollegen zu wirken und durch das Verlangen nach gesetzlicher Beschränkung des Arbeitsstages über das normale Maß hinaus größere Arbeitslosigkeit durch Betriebsstilllegungen zu verhindern. Dieser grundsätzlichen und praktischen Betätigung entspricht auch die Haltung der Gewerkschaften zu den sogenannten Doppelverdienern und zu den Arbeitnehmern, die nicht unbedingt Not leiden, wenn sie kein eigenes Einkommen aus Erwerbsarbeit haben.“

Der Vorstand des ADGB vertritt daher den Standpunkt, daß es in Zeiten großer und langandauernder Arbeitslosigkeit sich nicht umgehen läßt, das nach der Verfassung jedermann gewährleistete Recht auf Arbeit insofern einzuschränken, daß Arbeitsplätze, die von Personen besetzt sind, die nicht unbedingt auf eigenen Arbeitsverdienst angewiesen sind, freigegeben werden für solche Arbeitslose, die Erwerbsarbeit zur Deckung ihres Lebensunterhalts brauchen.“

Bei der Anwendung dieses Grundsatzes ist so zu verfahren, daß unbillige Härten vermieden werden. Es entspricht nicht der Auffassung des Vorstandes des ADGB, wenn in erster Linie — oder gar ausschließlich — verheiratete Frauen von den Arbeitsplätzen entfernt werden. Ein solches Vorgehen würde gegen Gesetz und Recht verstoßen und nicht dem beabsichtigten Zwecke dienen.“

Die verheirateten Frauen haben, wie jeder andere Staatsbürger, nach der Verfassung und nach dem in der Arbeiterbewegung geltenden Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau ein Recht auf Arbeit. Dieses grundsätzliche Recht darf besonders von den Mitgliedern der Gewerkschaften nicht angefochten werden. Wachen außerordentliche Notlagen außerordentliche Mittel zur Abwehr notwendig, so müssen diese sich im Rahmen gleicher grundsätzlicher Anwendung für beide Geschlechter halten.“

Die vom Reichsarbeitsministerium dem Reichstag vorgelegten

Richtlinien für das Wohnungswesen.

gogen die die Haus- und Grundbesitzer und Baupflichtanten Sturm laufen, wurden vom Bundesausschuss als brauchbare Ansätze zu einer planmäßigen Wohnungspolitik begrüßt, obwohl sie hinter den von den Gewerkschaften aufgestellten Grundgedanken noch wesentlich zurück bleiben. Der Bundesausschuss erwartet, wie aus seiner am Schluß der Beratungen angenommenen Entschliessung zur Wohnungssituation hervorgeht, vom Reichstag, daß bei der Durchberatung der Richtlinien den Gewerkschaftsforderungen Rechnung getragen wird. Die Hauptpunkte des gewerkschaftlichen Wohnungsbauprogramms sind: Sofortige reichsgerichtliche Sicherstellung des Hauszinssteueraufkommens für den Wohnungsbau auf mindestens 25 Jahre, volle Abführung der von den Mietern gezahlten Hauszinssteuer durch den Hausbesitzer an den Staat, stärkere Zusammenfassung der Wohnungswirtschaft beim Reich, insbesondere Aufstellung eines mehrjährigen Reichswohnungsbauprogramms, Verteilung der Bauausführungen über das ganze Jahr, restlose Zuführung der bereitgestellten Mittel für den Bau von Wohnungen, die den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung entsprechen und deren Mieteln für die Arbeitsmarke erschwänglich sind und Aufrechterhaltung und Ausbau des Mieterschutzes.

Neuer Schiedspruch.

Für die Berliner Gemeindegewerkschaften.

Nachdem in der Lohnstreitfrage der Berliner städtischen Arbeiter die tarifliche Schiedsstelle einen rechtsunwirksamen Schiedspruch gefällt hatte, wurde am 28. März 1929 vor der tariflichen Schiedsstelle nochmals verhandelt, entsprechend einer Vereinbarung, unter Vorsitz von drei Unparteiischen. Nach etwa siebenstündiger Verhandlung erging folgender Schiedspruch:

„Die Stundenlohnhöhe der im Zeilohn stehenden städtischen Arbeiter über 21 Jahre werden in der Spitze ab 1. Lohnwoche im April 1929 um 3 Pf. und ab 1. Lohnwoche im Oktober 1929 um weitere 4 Pf. erhöht.“

Die Zeilohn-Stundenlöhne der übrigen Arbeiter und aller Arbeiterinnen erhöhen sich in dem bestehenden Prozentsatzverhältnis. Diese Regelung gilt bis auf weiteres. Sie kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. März 1930 gekündigt werden. Wird nicht gekündigt, so läuft der Vertrag mit einmonatiger Kündigungsfrist jeweils um ein Vierteljahr weiter.“

Die vereinigten Tarifkommissionen der städtischen Kammerei- und Betriebsarbeiter werden unmittelbar nach den Feiertagen zu diesem Schiedspruch Stellung nehmen.

Vertragsverhandlungen in der Holzindustrie.

Die Verhandlungen über einen neuen Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe, die schon seit Beginn dieses Jahres geführt werden, kommen nur langsam zum Abschluß. In den Tagen vom 25. bis 28. März wurde wieder in Berlin verhandelt.

Nach Ostern soll versucht werden, unter Hinzuziehung eines Unparteiischen über die noch offenen Fragen eine Verständigung herbeizuführen. Um diese Verhandlungen nicht zu stören, vereinbarten die Parteien eine Verlängerung des bisherigen Mantelvertrags und der Lohnabkommen bis zum 10. Mai.

Die Wahlen im Siemenskonzern.

Ein Erfolg der Gewerkschaften.

Den nachstehenden Ergebnissen der Betriebsratswahlen im Siemenskonzern sind die Stimmenzahlen des Vorjahres in Klammern beigefügt. Bei der Zahl der Mandate bedeuten die Ziffern hinter dem Pluszeichen + die Zahl der Ergänzungsmitglieder.

Siemens-Werkerwert:

Arbeiter: Liste I, Freie Gewerkschaften 8153 Stimmen (10 401), 11 + 4 Mandate. Liste II (Selbe) 1035 Stimmen (1077), 1 + 0 Mandate (1 + 1). Liste III (Bayer-Union) 552 Stimmen (2278), 0 + 1 Mandate (4 + 1). Liste IV (Christliche) 434 Stimmen (-), 0 + 0 Mandate (-). Einheitsliste der Kommunisten 7143 Stimmen, 10 + 3 Mandate.

Angestellte: Freigewerkschaftliche Liste 1997 Stimmen (1813), 4 + 7 Mandate (4 + 6). GdM 548 Stimmen (308), 1 + 3 Mandate (0 + 2). Gedog 982 Stimmen (849), 2 + 3 Mandate (1 + 3). Rotgemeinschaft der älteren Angestellten 676 Stimmen (887), 1 + 2 Mandate (2 + 2).

Siemens-Schulert-Eimowert.

Arbeiter: Freie Gewerkschaften erhielten 200 Stimmen (2167), 11 + 3 Mandate (11 + 3). Selbe, Richtung Webemann 240 Stimmen (295), 1 + 0 Mandate (1 + 0). Selbe, Richtung Schmidt 204 Stimmen (270), 1 + 0 Mandate (1 + 0).

Angestellte: Die Wahlbeteiligung ist gegen das Vorjahr von 82,3 Proz. auf 88,6 Proz. gestiegen. Die freien Gewerkschaften erhielten 299 Stimmen (282), 2 + 3 Mandate (2 + 3). DdM 239 Stimmen (171), 2 + 3 Mandate (1 + 3). GdM 87 Stimmen (97), 0 + 1 Mandate (1 + 1). (Der Führer des DdM ist ein Bureauvorsteher, der mit Hilfe der Hauspost an jedem Angestellten eines vorgebrachten Stimmzettels des DdM an seinen Arbeitsplatz schicken ließ.)

Dynamowert.

Bei den Arbeitern fand keine Wahl statt, da nur eine freigewerkschaftliche Liste eingelaufen war. Bei den Angestellten erhielten die freien Gewerkschaften 572 Stimmen (537) und 4 + 4 Mandate (4 + 4). Gedog 284 Stimmen (133), 1 + 3 Mandate (1 + 1). Die Zunahme erklärt sich daraus, daß der DdM Richtung GdM im vergangenen Jahre 107 Stimmen erhielt und im Betriebstat mit einem Mandat vertreten war.

Kräusenbau.

Bei den Angestellten erhielten die freien Gewerkschaften 47 Stimmen, Mandate im Betriebsrat 2 + 2 Ergänzungsmitglieder. (Im Vorjahre fand keine Wahl statt, weil nur eine Liste eingelaufen war.) Die von der Firma zusammengestellte Liste erhielt nur 17 Stimmen, im Betriebsrat kein Mandat, für den Angestelltenrat war ein Mandat. Bei den Arbeitern dieses Wertes war nur eine Liste eingereicht.

Im Siemens-Planowert fand in diesem Jahre ebenfalls keine Wahl statt wie in verschiedenen anderen Werken. Ein bemerkenswerter Umstand ist dadurch eingetreten, daß die Selben es nicht einmal fertiggebracht haben, eine Liste aufzustellen. Der Betriebsrat legt sich somit nur aus freigewerkschaftlichen zusammen.

Beim Siemens-Kleinbaumwert ist es schon seit Jahren üblich, daß bei Arbeitern und Angestellten zur Betriebsratswahl nur je eine freigewerkschaftliche Liste eingereicht wurde. So auch in diesem Jahre. Die Betriebsratswahl dieses Wertes legt sich nur aus Sozialdemokraten und Freigewerkschaftlern zusammen. Es kommen zwölf Arbeiter und drei Angestellte in Frage, die alle der SPD angehören.

Weiterhin sind noch die Wahlen in folgenden Werken durch die Einreichung nur einer Liste erledigt: Siemens-Metallwert, Bahnhalle.

Wenn man die Struktur der Siemensbetriebe betrachtet und dabei die Pressefakade berücksichtigt, die in der „Ruten Fabrik“, in der Wertzeitung „Siemens-Lautsprecher“ sowie in den Organen der gelben Betriebsvereine geführt wurde, so können die freien Gewerkschaften mit dem bisherigen Ergebnis zufrieden sein.

Streit in Wiener Automobilfabriken

Wien, 28. März. (Eigenbericht.)

Der Zentralvorstand des Metallarbeiter-Berbandes hat am Mittwoch zu der schroffen Ablehnung der Forderung nach Feiertagsbezahlung durch die Unternehmer Stellung genommen und beschlossen, den Streit in den drei Automobilfabriken, in denen am Dienstag die Arbeit niedergelegt wurde, aufzuheben und im übrigen die weitere Entwicklung des Kampfes abzuwarten. Die Forderung nach der Feiertagsbezahlung wird voll aufrechterhalten.

Erhöhung der Löhne im belgischen Bergbau.

Brüssel, 28. März. (Eigenbericht.)

Der Gemischte Nationale Ausschuss für die Bergwerke hat beschlossen, daß die Löhne der Bergarbeiter vom 7. April d. J. ab um 5 Proz. erhöht werden sollen.

Wichtig: Osterermahlung Berlin. Die Geschäftsstelle des Oberlandes wegen vom Freitag, 29. März, bis zum Montag, 1. April, geschlossen. Wächter Abendpost-Kunde Freitag, 8. April, 15-19 Uhr.

Musikaufträge

Übergibt man aus dem Rahmen des Deutschen Musikvereins, Berlin, Kommandantenstr. 68-64. Telefon 3277-78. Geschäftszeit 9-5, Sonntags 10-3 Uhr. Auf Wunsch: Vertikalschreibapparat.

Was ist Togonal?

Togonal-Tabletten sind ein hervorragend bewährtes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten! Schädigen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel! Laut notarieller Bestätigung anerkennen über 500 Ärzte, darunter viele bedeutende Professoren, die gute Wirkung des Togonal. Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis Mk. 1.40. 0.46 Chin. 12.6 Lith. 74.3 Acid. acet. sst. ad 100 Amyl.

Friedr. Matteroth: Wir Verschütteten

Ratsschläge zu erteilen, wie sich die Jugend zu ihrer eigenen Wohlfahrt zu verhalten hat, ist töricht, denn sie hört nicht darauf, und übrigens weiß sie es besser. Richtiger ist es schon, den Älteren Ratsschläge zu geben, wie sie sich zur Jugend verhalten sollten.

Wir Älteren — bitte, ich meine nur eine bestimmte Schichtung in diesen Jahrzehnten, die wir zwischen dem Werden und dem Krieg zu früh alt wurden — wir können nur mit spärlichen Früchten aufwarten und bleiben ohne jede Hoffnung, weil es nichts gibt, das unserer Skepsis einen Riegel vorschiebt. Der Strom in uns ist übergetrieben, und es findet sich keine Hilfe, ihn in sein altes, wohlgeordnetes Bett zurückzuführen. Und doch erleben wir Älteren, die wir uns verschwendet und jeden Tümpel breit treten, heute ein Wunder.

Das Wunder ist schön und in vielen Irisfarben schillernd. Es weht uns an mit vertrauten Klängen und bleibt doch fremd wie das Land, in das man uns während unserer Gefangenschaft führte. Das Wunder nennt sich die junge Kunst, es ist wohl, kurzweg gesagt, die Jugend selbst.

Vielleicht ist es ein Irrtum von uns Älteren, aber ich segne meine Jahre, daß ich dieses Wunder noch sehen und fühlen kann. Auch wir sind einmal auf weichem Frühlingsboden stürmisch einhergegangen, und unser warmer Lebensodem brachte die anderen zum Erfrieren. Wir haben das alte Jahrhundert hinausgeläutet und waren eben daran, das Gerüst für eine neue Welt zu bauen, als uns der Krieg mitten in der Arbeit überfiel. Darum keine Sentimentalität. Es steht hier nur vor unserem Unglück als ein Charakteristikum, als eine Entschuldigung, wenn wir uns nicht so mit und für nichts von der Jugend zur Seite drängen lassen. Wir sind noch nicht alt genug, um zu resignieren, wir hatten nur das Bede, verschüttet zu werden. Eben, als wir begannen, Früchte anzusehen, die heute niemand mehr mag.

Die Jugend freilich steht voller Blüten, leider fühlen sie es gar nicht. Ihr Leben ist ein einziger Blütenhimmel, Liebe, Freundschaft, Begeisterung. Nur Klüger, Bösen und Neidsche schöpfen in unserer Zeit diesen Reichtum selbstlichen Ueberchwangs voll aus; wir anderen irren bänglich unter einem schweren Gewitter, bis daß ein Blitz uns niederwarf. Und heute brennt die große Welt wieder in schönen Leidenschaft, die leider nur durch das Gas der Politik getrübt werden. Denn es die Jugend nicht erkennt, obwohl sie wie die Männer im feurigen Ofen dahinwandeln, so ist dies zur Sehnsucht und Geheimnis, sich im Unvollendeten zu nollen.

Aber es mag sein, daß wir Verschütteten in unserem Erdloch die Dinge falsch und unwertlich sehen, die sich über unseren Köpfen gestalten. Unsere Hoffnung ist, daß es so sein möchte, weil wir in der eigenen Lebensnot immer noch auf Hilfe warten, und nun sollte sie uns kommen denn nur von der Jugend allein? Vielleicht geheimnissen wir mehr in diese Jugend hinein als ihr einmal im Alter zugebilligt wird.

Wenn wir Verschütteten unsere Begeisterungen zählen, so waren es ebenso viele Niederlagen. Wir haben selbst den Krieg als Erlebnis nicht ausgeschöpft, noch immer ist die Zeit heute nach elf Jahren politisch und wirtschaftlich so verstorren fast wie damals. Ja, wir sind die Juchzenden, die Schütteler, die Ueberempfindsamen geworden.

Böhl oder übel sind wir gezwungen, der Jugend den Weg freizugeben. Sogar den Achzehr- und Zwanzigjährigen. Wir hören ihnen zu und erstaunen.

Die Jugend zeigt uns eine Welt, die vollständig neu und fremd ist.

Schon ihr Rhythmus ist wie bei dem Tanz ein ganz anderer. In der Lyrik, im Drama und gar in der Musik bringt sie Gefühlskomplexe zur Offenbarung, die wir, obwohl wir sie kennen, nie ernst genommen haben. Meist lachen wir über den sturillen und oft abjöhnen Ton, mit dem sie unsere Heiligtümer abtun. Aber plötzlich wird es uns mitten in einer Verzweilung, mitten in der illustren Musik leid und etwas wie Angst überfällt uns, und wir möchten uns den Kindern in den Arm werfen, wenn wir sehen wie sie an Abgründen vorüberschreiten und in Untiefen zu ertrinken drohen. Wir erkennen, daß es nur die Schwachen und wiederum Ueberreicherschwendeten sind, die in der Ueberfülle von Fruchtbarkeit der Zeitenbaum abschüttelt. Dieses Mitleiden und Bedauern um das Stürzende sind bedenkliche Zeichen des Alters, sind fast Großvätergefühle — wer hat denn uns bedauert, wie wir „verschüttet“ wurden? Wir sollten uns ruhig in den Schatten der großen Tische setzen und froh sein.

Wir Verschütteten vernehmen den Schrei, den die Jugend gewaltig in die Welt stößt. Bis in unseren eingetrommelten Unterstand hinein ertlingt er. Durch einen kleinen Erdriß glauben wir den Himmel zu sehen, wie er sich blau und leuchtend über die Erde wölbt. Bis in die Fingerspitzen unserer erhobenen Hände vernehmen wir Musik zu verspüren. Visionen steigen im Dunkel unserer Seele auf. Dort draußen wird von einem neuen Geschlecht der mächtige gotische Dom gebaut, ach, leider, wir sind nicht dabei. Mit ihren Ideen sieht dort draußen die Jugend um unsere Erkenntnis, nicht durch Nord und Schandung, wie wir es getan, rein nur mit Ideen. Jergendwo in einem sonnigen Tal auf brauner, nader Erbhölle liegt dort der erste Mensch, unser Kind. Es läßt die Arme weit hinein in den freien Raum, juchzt vor Erdenfreude und Glück an der Sonne und weint vor Drang, sich zu erfüllen.

Es sind wieder normale Zeitaläufe geworden, und die Familien bauen sich auf in ruhigen Jahrhunderten, wie sie großen erschöpfenden Kriegen folgten.

Wir Verschütteten haben die Aufgabe, der Jugend zu ihrem Sieg zu verhelfen, die Welt gut zu machen. Das ist unsere politische und dichterische Sendung.

Heinr. Kemmer: Der Plüschjessell

Burranmurnin hieß die Holbe: sie kam mit ihrer Freundin Tallawarnin den Creek herabgegendelt, ein Flußlinie von der australischen Seite, das irgendwie überraschend anfängt und unermüdet aufhört und keine sichtbare Verbindung mit einem Fluße unterhält. Nahe bei, am Hange eines hohen Kugelkupfshügels, lag unsere Stammhöhle, ein natürliches Beekendquartier, wo wir stets zu Ostern kampierten (im Frühjahr), zu Weihnachten (im Sommer) und an den vielen anderen Ferien- und Faulenzertagen, die in Australien ausschließlich zum Nickerchen verwendet werden, dem Hauptport und -paß dieses regellosen Landes. Ich bin ehrenwörtlich verpflichtet, keine näheren Ortsangaben über diese weit im Landinneren gelegene Höhle zu machen, es ist uns noch immer nicht einsam genug in der Einöde, und wir wollen stritte unter uns öhren sein, eine exklusive Gesellschaft, bestehend aus Brereton, dem vegetarischen Shakespeare-Forscher, dem an perverfen Pariser Romanen großgezogenen Parlamentsbibliothekar Quinn, Gesh, dem unüberstehlichen Cellisten des Sydneyer Konservatoriums, und meiner Wenigkeit. Wir nehmen nie Mädchen mit, aber große Mengen von Spirituosen, Tabak, kalten Braten und Solaten, und als Ostergeschenk für uns alle hatte der perverfe Quinn ein kleines Klappstühlchen mit rotem Plüschig mitgebracht, so daß wir immer abwechselnd einer nicht auf der Erde zu sitzen brauchten.

Wir hatten gerade das einzige Möbelstück ausprobiert und uns der Reihe nach wonnig auf unsere Schwimmböden gesetzt, die wir den ganzen Tag anhattan und nur beim Baden auszogen, da erschienen im Creek die schwärzlichen Reize der Burranmurnin und Tallawarnin. Die Mädchen badeten dort in aller Unschuld: es waren die ersten Australierinnen, die ich je gesehen hatte, und Gott weiß, wo sie herkamen. Wir ließen zum Creek hinab, das rote Plüschjessellchen im Triumphe schwenkend: hurra! die Mädchen stiegen aus dem Wasser, schüttelten sich wie schwarze Pudel, blieben ein Weilchen zum Trocknen in der prallen australischen Sonne stehen und zogen dann ihre schmierigen Hemden an: ein helbes Wächeln spielte auf ihren Bulldoggesichtern. Vielleicht hatten sich die zwei schwarzen Mädchen als Osterfreude ein Bad geleistet — viel haben schwarze Badische nicht vom Leben, denn es ist bei den australischen Stämmen so eingerichtet, daß die ehrwürdigen Patriarchen die jungen Mädchen bekommen und die jungen Burtschen sich mit Großmüttern begnügen müssen. Brereton, der wie König Lear aussieht, erhob sich von dem Klappstuhl und bot ihn galant den Mädchen an. Sie kamen ganz zähm heran, befühlten den Plüsch: wie weich war das, wie sanft war das, wie wunderbar! Die beiden kamen sich gar nicht genug tun mit Befühlen, mit den Fingern und der hohlen Hand fuhren sie jählich über den roten Plüsch hinweg, der sich in der trostlosen Wildnis so selten ausnahm wie ein rates Ei im Meer.

„Take a seat young ladies —“ wie bedeutet man es in der australischen Eingeborenenprache, daß man sich setzen soll: man deutet einfach auf den zum Niederlassen geeigneten Körperteil und den Sitz.

Ja, das war ein Spaß: sie saßen sich, die Burranmurnin und dann die Tallawarnin, und jede wehte auf dem Plüsch herum, um ihn ordentlich auszukosten. Aber irgendwie hatten sich die Mädchen noch mehr verprochen von der Wirkung des Plüsches.

Die Burranmurnin erwiderte jetzt, woran es lag, daß sie den Plüsch nicht bis zur letzten Möglichkeit genoh: das lag einzig und allein am Hemd. Das Hemd war im Wege. Sie hob es auf: so! Jetzt kommt das Rechte zum Rechten. Wozu hat man Plüschjessell, wenn man nicht mit der bloßen Haut auf dem wohligen Element herumtrollen kann! Wir Weissen haben den Plüsch erunden, aber das Maximum des Genusses herauszuholen blieb dem schwarzen Fräulein Burranmurnin vorbehalten. Gott segne sie!

40 000 Mark für einen Schmetterling

Zu den kostspieligen Passionen gehört auch das Schmetterlingsjammeln, wenigstens wie es in gewissen Liebhaberkreisen betrieben wird. Man kann sich darüber am besten bei den großen Schmetterlingshändlern, die in Deutschland, Frankreich und namentlich in England ihren Sitz haben, informieren, und ein in London anlässiger Großkaufmann hat den italienischen Zoologen Virgilis Buzzi in dieser Hinsicht hochinteressante Aufschlüsse gegeben. Jahraus, jahrein, entsendet die in Frage stehende Firma ihre Sammler in die verschiedensten Weltteile, und je nach der Beute, die sie machen, haben diese Leute auch ihre Einnahmen, die oft unglaublich hohe Ziffern erreichen, besonders in den Tropen, wo sich die gräßlichsten und kostbarsten Vertreter der kleinen geflügelten Wesen vorfinden. Die nachfolgende Episode, welche der Schmetterlingshändler unter anderem erzählte, mag als Beweis für die leidenschaftliche Passion dienen, die auch der Schmetterlingsport zu entfachen vermag.

Ein wunderschöner Schmetterling mit schwarzgelben Flügeln und aquirblauen Rücken war auf Neu-Guinea entdeckt worden, und ein bekannter Schmetterlingskammer, ein Herr v. Hagen, war der erste gewesen, der ihn gefangen und sich seiner zu bemächtigen vermocht hatte. Er hatte ihn inmitten eines Diamendfeldes gefangen und mehrere Exemplare eingelangt. Aber unglücklicherweise fiel er auf dem Rückwege in einen Hinterhalt der feindlich gestimmten Eingeborenen, die ihn töteten. Inzwischen gelang es einem seiner Diener, einen Teil des Gepäcks zu retten, mit dem er etliche Wochen später an der Küste eintraf und das die seltenen Schmetterlinge enthielt. Man gab dem neugefundenen Schmetterlinge den Namen „Strene des Paradieses“, und für die vorhandenen acht Exemplare wurden außerordentlich hohe Preise gezahlt. Eins soll mit 4000 Mark bezahlt worden sein.

Der teuerste Schmetterling überhaupt befindet sich im Naturgeschichtsmuseum von Kensington. Das Exemplar ist einzig in seiner Art und seine Geschichte ist ebenfalls sehr interessant.

Die Jäger der afrikanischen Westküste schickten vor einigen Jahren den englischen Sammlern große Mengen eines Schmetterlings, welcher ganz schwarze, grüngepunktete Flügel besaß. Es war eine kleine und seltene Spezies, für die man 80 bis 120 M. pro Stück zahlte. Aber es fiel auf, daß unter der großen Schaar kein einziges Weibchen angetroffen war, und ein reicher Sammler, der sich darauf kopierte, ein solches zu besitzen, entsandte ohne Zaudern auf eigene Kosten sechs Sammler an die Sierra Leone-Küste auf die Suche nach einem solchen. Die Beute verbrachten ihre Zeit auf vergeblicher Suche, endlich aber — es waren inzwischen zwei Jahre vergangen — gelang es ihnen doch, ein Weibchen einzufangen. Bei genauer Berechnung der für die Sammler aufgewendeten Kosten ergab sich für den glücklichen Besitzer des seltenen Insekts die ungeheure Ziffer von 2000 Pfund Sterling, das heißt 40 000 M. Der kostbare Fang wurde von seinem Herrn dem Londoner Naturgeschichtsmuseum geschenkt. J. R.

Rudi Elms: Ostern der Proletarierkinder

Ostern ist das Frühlingsstürme jagten durchs Land. Sie rissen mit starker Kraft das Morche und nicht mehr Lebensfähige von Bäumen und Sträuchern, um Raum zu schaffen für das neue Leben. Die wiedererwachte Natur läßt auch in den Proletarierherzen neue Hoffnung keimen, und es ist nicht wahr, daß das Osterfest für alle diejenigen keine Bedeutung mehr hat, die den Glauben an die Trostodie auf dem Kalvarienberg und die Erlösung durch den Gottmenschen verloren haben. Auch die Proletarier feiern Ostern und machen sich Gedanken über die Auferstehung, wenn auch auf ihre Weise.

Ostern ist Feiertag. Ein Tag der Befreiung für die Arbeiterkinder, denn sie sind Teil des getretenen und leidenden Proletariats, des „Gottes Sohn“ in millionenfacher Gestalt die Geschichte des Kalvarienbergs am eigenen Leibe erlebt. Sie kennen die tiefe Wahrheit der Worte: „Bist du Gottes Sohn, so hilf dir selbst.“ Sie wissen als zielstrebige Menschen besseres um die Auferstehung und sagen: „Uns von dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun.“

Ostern ist Feiertag für das proletarische Kind. Und wer am Vorabend des Festes durch die Quartiere der Arbeiter ging, wer einen Blick in die Wohnungen der Arbeiterviertel warf, der sah fleißige Frauenhände, die sich mühten, in die Proletarierheime ein wenig Glanz und Schimmer zu bringen. Wir sind alle einmal jung gewesen und haben die Welt vom Kind aus gesehen. Wir haben alle einmal am Sonntag vor Ostern uns an den Schaufenstern der Bäden die Rosen plattgedrückt und sehnsuchtsvoll die Osterhasen und die Nester mit den bunten Eiern betrachtet. Was waren das für hoffnungsbange Abende, als man gebadet in die frischen Betten gebracht wurde. Die Kammer war blank geschauert, die Gardinen strahlten in blendender Weiße. Und ohe man dem Ostermorgen entgegenräumte, hörten die kindlichen Ohren noch lange in den Nebenzimmern die Mutter hantieren. Da mußte noch der gute Anzug hergerichtet werden. Da war noch ein Stroh zu nähen, noch etwas zu bügeln und das Eisen wurde umständlicher vorbetrieben als sonst. Der huppen Fleisch war größer bemessen, denn es war ja Feiertag. So war es und so ist es noch heute in vielen Arbeiterfamilien.

Tun ist Ostermorgen. In den schmalen Gassen der alten Städte und in den Mietkasernen der Großstadt wird es lebendig. Hier und dort öffnet sich ein Fenster, in das eine Mutter die Betten zum Wästen legt. Scheiben erzittern von den Rufen der Kinder. Sie sitzen am Frühstückstisch. Heute gibt es keine Marmelade, sondern Butter aufs Brot und der Kaffee schmeckt etwas stärker als an den Werktagen. In den Familien, wo der Vater nicht arbeitslos ist, steht sogar ein Teller mit Kuchen auf dem Tisch.

Auch den engbrüstigen Häusern in den Elendsvierteln hat der Osterhase seinen Besuch abgestattet. In dumpfen, niedrigen Stuben mußte er Nester bauen, denn hier gibt es keine Gärten. Nur frische Höfe, über die Scheu die Sonne streicht. Sie bringt nicht in die Tiefe — aus der jetzt Kinderjauchzen klingen. Leichtfüßige Tritte hallen auf den gepflasterten Höfen. Und die Kleinen lachen in den Holzschuppen, im alten Gerümpel, nach bunten Eiern, die Freund „Rampe“ hier und da versteckt. Auch der Osterhase ist ein kapitalistischer Geselle und läßt dem Reichen viel und dem Armen wenig zukommen. Aber Freude, tiefe echte Freude empfinden die Kleinen Paben und Mädels. Die geringste Gabe wird für sie zum Rosen-

geschenk. Glück der armen Kinder, die in solchen Stunden verleben — wie fürchterlich arm sie sind.

Was in den Kinderherzen weht, was sich in ihren jauchzenden Rufen offenbart, spiegelt sich in den Mienen der Eltern wieder. Sie tragen heute Feiertagsgesichter. Nach sorgemühen, harten Arbeitswochen ist endlich einmal ein Tag gekommen, wo man sich den Kindern widmen kann. Endlich einmal „Zeit“. Der Sonntagsstaat liegt schon für den Osterpaziergang bereit. Man wird wieder einmal aufatmen können, sich die Lungen ausspülen mit der würzigen Luft des Frühlingstages. Losgelöst „aus dunkler Häuler engen Gemächer, aus Handwerks- und Gewerbeshanden, von dem Druck der Wästel und Dächer“ werden die sonst in dumpfe Zimmer Gebannt sich des Frühlingst freuen. Hoffnungen und Sehnsüchte werden wachsen und der Glaube an eine neue Menschenwerdung wird neu erstarren.

Nicht alle Proletarier leben in solchen Verhältnissen. Nicht überall ist die Freude der Kinder in das schmutzige Gefäß dunkler Höfe und schmaler Gassen geschlossen. Draußen am Rande der Großstadt, in den neuen Siedlungen, wohnen auch Menschen, die wochentags, eingesperrt in das rasende Getriebe der Fabriken, fronen müssen. Sie genießen die ersten Erlöse einer neuen fortschrittlichen Kommunalpolitik. Moderne Hausbauten. Sonnendurchstrahlte Räume. Hier ist frische Luft, Sonne und Weite. Gärten, in denen der Osterhase seine Wüste macht. Dort an den Stachelbeersträuchern auf der Grosnorde. Bunte Eier. Fröhliche Kinder. Ein schöneres Kinderland als in den engen Miethäusern. Der Arbeiter, der noch am Vortag hinter Drehbank und Schraubstock stand, vergewissert sich jetzt als Gärtner über das Wachstum der Frühgemüsepflanzen. Er bindet vielleicht die ersten Blumen zum Osterstrauß. Schaut den Kindern zu, die auf den Spielplätzen tollen. Und keine Gedanken sind bei den Arbeitshärdern, die noch nicht das Glück haben, in solchen Wohnstätten zu leben. Sie haben es alle verdient. Sie sind die Schaffenden. Es gilt, weiter zu kämpfen, bis jeder Mensch eine Wohnung besitzt, die man „Heim“ nennen kann. So denkt der klassenbewußte Proletarier.

Die Arbeiterkinder und Kinder feiern das Osterfest als Auferstehungstag der Natur. Hoffnungsströme gießen sich in die Herzen, und die haren Wirklichkeiten, die schon in den nächsten Wochentagen an die Eltern wieder herantreten, werden leichter getragen. Auch die Kinder wissen, daß nach dem Feste die Augen der Väter und Mütter ernster und sorgenvoller blicken. Wer kennt nicht aus seiner Kindheit die Eindrüde, das bligartige Erkennen verborgener Dinge, das schon dem Kinde fühlen läßt: Du gehörst zu einer bestimmten Gesellschaftsklasse; zu den Armen und Entrechteten — dem Proletariat, dessen Frühling noch nicht gekommen ist. Aber es regt sich in allen Wurzeln. Es gärt. Kräfte wollen zum Licht. Arbeiterkinder und Kinder, laßt uns dem Frühling entgegensehen, befeelt von dem Erlösungsglauben. Winterstürme weichen dem sieghaften Venz. Durch unsere Kraft, die sich in den Kämpfen der Zukunft bewähren wird, zerbricht das Alte und Morische. Es ist ein hartes und schweres Ringen. Doch wir stehen fest und halten aus im Kampfe, weil jeder einzelne weiß: „Wenn einft die Welt dich und dein Tun versteht, bist du erlöst. Es kommt dein Tag, Prolet!“

Auferstehungstag des Proletariats!
Ostern der Menschheit!

Verkehr ist not!

Ueber den Ausbau der Berliner Wasserstraßen zur Planwirtschaft im Güterverkehr!

Im Ingenieurhaus in der Friedrich-Ebert-Straße hatte dieser Tage die Berliner Hafen- und Lagerhaus A. G. (Behala) Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der Stadt Berlin, des Polizeipräsidenten, Wirtschaftsführer, Schiffahrtsinteressenten und die Presse versammelt, um in diesem sachverständigen und interessierten Kreise über den Ausbau der Berliner Wasserstraßen, über Berlins Hafen- und Lagerhauswirtschaft, also über Berlin als Hafenstadt zu sprechen.

Dass die Berliner Wasserstraßen, Spree und Kanäle, den gesteigerten Verkehrsverhältnissen längst nicht mehr genügen, ist eigentlich kein Geheimnis mehr. Doch auch die Mühlenammelschleufe eine Einrichtung ist, die mehr verkehrshindernd als verkehrsfördernd wirkt, davon kann sich jeder überzeugen, der, ohne Frachtmann zu sein, ein Stündchen daranzieht, die Schleuserei von der Brücke aus zu beobachten. Regierungsbaurat Fehner schilderte in einem Lichtbildervortrag, wie der

Ausbau der Berliner Wasserstraßen

vorgenommen werden kann. Berlin wird in rund zehn Jahren um 1 Million Einwohner zugenommen haben; wenn die Güterzufuhr auf dem Wasserwege in dem Maße wie bisher weiter wächst, wird sie von 9 auf 13 Millionen Tonnen jährlich gestiegen sein. Mit einiger Sicherheit ist damit zu rechnen, daß die jetzt gebräuchlichen Transportschiffe, die für Berliner Verkehrsverhältnisse nur einen Rauminhalt von 600 Tonnen haben dürfen, bis dahin durch das 1000-Tonnen-Schiff ersetzt sind, so daß also die Verbreiterung und Vertiefung der Wasserwege und der Ausbau der Schleusenanlagen eine zwingende Notwendigkeit wäre.

Was wird alles gebaut und geändert werden müssen? Von der Unterspree her muß eine direkte Verbindung zum Westhafen geschaffen werden, weil der Limweg durch die Kanäle in Charlottenburg am Reuen- und Hobsburger Ufer, am Lehrter Bahnhof vom Humboldtbecken her und durch den Hohenzollerkanal vom Tegeler See, für die von Spandau (Elbe-Havel) kommenden Güter zu zeitraubend ist. Der genannte Kanal am Humboldtbecken weist so starke Krümmungen auf, daß schon jetzt die 600-Tonnen-Schiffe nur unter Anwendung von allerlei „Navigations“-Kunststücken passieren können. Hier muß für eine Begräbnung gesorgt werden. Und schließlich ist der

Ausbau der Mühlenammelschleufe

schon jetzt dringlich. Diese Schleufe geht man etwa parallel zu der Herstraße nach Osten am Wasser, etwa in die Gegend des alten Infanteriearsenals, zu bauen. Sie wird zwei Schleusenammern erhalten und so groß sein, daß selbst mit 1000-Tonnen-Schiffen ein Schiffsverkehr möglich ist. Die alte Mühlenammelschleufe wird man als Wehr bestehen lassen. Das Sparfassengebäude, dessen Erhaltung aus städtebaulichen Rücksichten nicht erforderlich ist, soll

niedergelegt werden, wodurch der Blick die Spree hinunter zum alten Markt, zum Schloß und Dom hin frei wird.

Wie sich die Berliner Hafenbetriebsgesellschaften — es gibt neben der Behala, die einen städtischen Fundus verwaltet, noch eine große Anzahl privater Betriebe, die zusammen so groß sind wie die Behala — die Entwicklung der Häfen und der Lager- und Speicherräume vorstellen, erklärte in einem anschließenden Vortrag der Generaldirektor der Behala Schünning. Nach einer Darstellung der Entwicklung von Berlins Hofenwirtschaft betonte der Vortragende, daß von einem Mangel an Lagerraum nicht die Rede sein könne, sondern daß im Gegenteil ein Überangebot bestehe. Das hat zur Folge gehabt, daß viele Lagerräume nicht mehr zu Lagerzwecken, sondern anderweitig Verwendung finden. Den Bau von neuen Hafenanlagen hielt Direktor Schünning für überflüssig. Das wird auch der Fall sein, wenn die in Aussicht genommenen Wasserstraßenbauten fertig sind. Häfen und Lagerhäuser zu bauen, sei eine kostspielige und möglicherweise sogar unwirtschaftliche Angelegenheit; es komme also darauf an, die vorhandenen Einrichtungen rationell zu bewirtschaften.

Der Redner erklärte dann:

„Die Berliner Hofenwirtschaft hat wie kaum ein anderer Binnenhafen in den letzten Jahren eine Aufwärtsentwicklung durchgemacht. Man sagte sich mit Recht, ein Hafenbetrieb ist kein lokaler Monopolbetrieb, seine Funktionen gehen über die Stadtgrenzen hinaus, um die Verbindung mit den Städten des benachbarten Stromgebietes aufrecht zu erhalten. Das Arbeitsgebiet des Hafens ist nicht einmal an die Landesgrenzen gebunden. Die Beziehungen des Berliner Hafens gehen vielfach auch ins Ausland. Ein Betrieb, der solche Aufgaben zu erfüllen hat, darf keine Hemmnisse irgendwelcher Art haben. Es wäre zu wünschen, daß dieser Standpunkt der Berliner städtischen Verwaltung auch von anderen Behörden eingenommen würde.“

Der Konkurrenzkampf zwischen Eisenbahn und Binnenschiffahrt ist in neuerer Zeit noch durch den Güter-Lastkraftwagenverkehr verschärft worden. In diesem Kampf, der sich nicht nur in den Städten, sondern zwischen den Ländern, d. h. also im ganzen Deutschen Reich abspielt, können die beteiligten Kreise allein nicht entscheiden.

Aufgabe des Reiches wird es sein, hier einzugreifen.

Direktor Schünning lehnte eine starre Reglementierung und komplizierte Verwaltungsorgane ab und forderte eine planmäßige Bewirtschaftung des gesamten Güterverkehrs auf der Eisenbahn, der Landstraße und dem Wasser. Der Verkehr müsse der gesamten Wirtschaft dienen; deshalb ist ein einheitliches Güterverkehrssystem mit Einordnung der Binnenhäfen anzustreben. Alle Verkehrsmittel müssen sich gegenseitig ergänzen und unterstützen. Nur durch eine Planwirtschaft wird der deutsche Güterverkehr so gestaltet werden können, daß alle Verkehrsvertriebe, also auch die Berliner Häfen, rentabel werden.

Rückschau auf die Berliner Grippe.

In den Monaten Dezember 1927, Januar 1928 und Februar 1928 sind in Berlin 48, 66 bzw. 47 oder im ganzen 161 Grippeepidemien amtlich gemeldet worden. Für die Monate Dezember 1928, Januar 1929 und Februar 1929 stellt sich die Zahl der amtlich registrierten Grippeepidemien auf 78, 861 und 370, also im ganzen auf 1309. Es ist jedoch ein Irrtum, zu glauben, daß die Zahl 1148, die sich aus der Differenz der Grippeepidemien während der beiden Berichtszeiten ergibt, tatsächlich annähernd die Gesamtzahl der Grippeepidemien während der letzten Berliner Grippeepidemie fund gibt. Die Krankheitsbezeichnung „Grippe“ ist auf medizinisch-wissenschaftlichem Gebiet ein sehr unsicherer Faktor; zahlreiche Todesfälle, die infolge von Nachkrankheiten, die an die Grippe sich anschließten, gesungen nicht als Grippeepidemien zur Meldung.

Auf die Diagnose Grippe kommt es bei statistischen Nachweismethoden gelegentlich der Berliner Grippeepidemie nicht so sehr an. Die während der Grippeepidemie gegenüber den Vergleichszeiten überschüssigen Sterbeziffern geben das wahre, untrügliche Bild. — Diese Auffassung, die während der Grippeepidemie zuerst im „Vorwärts“ vertretet wurde, erfährt durch die nunmehr amtlich veröffentlichten Berliner Gesamtsterbeziffern für die Zeit der Grippeepidemie voll auf ihre Bestätigung.

Es starben in Berlin im Jahre 1927 in der letzten Dezemberwoche 1007 Menschen, im Jahre 1928 dagegen 1144. Es starben in Berlin im Jahre 1929 (1928) in den Jahreswochen I 1332 (1070); II 1611 (1486); III 1708 (1093); IV 1780 (1030) = 72 Proz.; V 1503 (1077); VI 1432 (1021); VII 1329 (961); VIII 1392 (999); IX 1244 (1006); X 1243 (1035) Menschen.

Die Sterblichkeit während der angeführten zehn Wochen des Jahres 1928 und der letzten Woche des Jahres 1927 ist als eine „normale“ anzusehen; sie entspricht dem Durchschnitt vergleichbarer Zeitabschnitte der Vorjahre. Die Gesamtzahl der Berliner Todesfälle während der elf Vergleichswochen betrug 15 813 bzw. 11 455; die Steigerung betraf sich unter Abzug des auf den Bevölkerungszuwachs entfallenden Anteils (= 290) auf 36 Proz. Andere nicht mit der Grippe in Zusammenhang stehende Erkrankungen haben während der Zeit der Grippeepidemie in Berlin keinen beträchtlicheren Anstieg gehabt. Nur eine verhältnismäßig geringfügige Zahl von Todesfällen dürfte auf die Einflüsse der starken Kälte, die namentlich Ende Februar auftrat, zurückzuführen sein; indes war zu dieser Zeit die Grippeepidemie schon zum größten Teil abgeklungen. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß die Kälteperiode namentlich

denjenigen Kranken, die von Grippekomplikationen befallen waren, besonders abträglich gewesen ist.

Bis in die letzte Zeit hinein ist die Gesamtzahl der Berliner Sterbefälle recht beträchtlich hoch. Es ist anzunehmen, daß es noch eine Zeitlang dauern wird, bis die Sterbeziffern allmählich auf die Norm zurückgehen und die Nachwehen der Grippe, deren Opfer jetzt immer noch in gewisser Anzahl den oft so langwierigen Grippekomplikationen anheimfallen, völlig überwunden sein werden.

Was lehrt die Grippeepidemie? — Vorsorge zu treffen! Vor allem hinsichtlich einer vermehrten Bereitstellung von Krankenhausbetten, wie dies im „Vorwärts“ schon lange vor der Epidemie und dann während der Zeit der Grippeepidemie eindringlich gefordert wurde. Erfreulicherweise steht dank der führenden Mitwirkung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion der Bau zweier neuer kommunaler Krankenhäuser — in den Bezirken Prenzlauer Berg und Wilmersdorf — zu erwarten. Ebenso dringlich ist es aber, auch andere Fragen der Reorganisation des Krankenhauswesens schleunigst einer Lösung entgegenzubringen. Im Hinblick auf eine Nationalisierung des gesamten Krankenhausbetriebes, wird auf eine Spaltung der vielen „Krankenabteilungen“ und die Neuschaffung der gerade in Berlin so dringend benötigten Spezialabteilungen in den Krankenhäusern ein besonderes Augenmerk zu richten sein, um so in gleicher Weise den Interessen der Patienten und der Stadtverwaltung, der Verze und der Krankentassen zu dienen. Es ist an der Zeit, in diesem Sinne einer beharrlichen Aktivität zu huldigen.

Dr. med. Alfred Korač.

Aus den Bezirken.

Das schwarzweißrote Kinderheim.

9. Bezirk — Wilmersdorf.

Einen für die Rechtsparteien unerwarteten Verkauf nahm in der letzten Bezirksversammlung die Aussprache über die Instandsetzung und den Ausbau des Kinderheims in Würth. Die Bewilligung der angeforderten 30 000 M. war im Haushaltsausgleich der Stadtverordnetenversammlung zurückgestellt worden. Die Gründe, die hierfür maßgebend waren, gaben der sozialdemokratischen Fraktion Veranlassung auch in der Bezirksversammlung die dringende Forderung zu erheben, möglichst bald die Kinderheime an der Nord- und Ostsee in die städtische Verwaltung zu übernehmen. Es ist nicht angängig, daß die Stadt Berlin fast den gesamten Kostenaufwand zu tragen hat, aber ein privater Verein die Rechte des Hausherrn wahrnimmt, und sogar dem Dezernat des Landesjugendamtes der Stadt Berlin Schwierigkeiten bereitet, wenn ihm Beschwerdefälle übermittelt werden. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann es sich ereignen, daß — wie im Vorjahre — der

frühere Kronprinz sich im Kreise erholungsbedürftiger Kinder, die von der Stadt Berlin an die Ostsee geschickt werden, photographieren läßt, daß immer wieder Klagen über ein geradezu krankhafte Scheu der Heimleitung gegenüber den Reichsfarben erhoben werden müssen, daß den dort weilenden Kindern, die in der Mehrzahl der Groß-Berliner proletarischen Bevölkerung angehören, schwarzweißrote Papierfähnchen in die Hand gedrückt werden usw.

Während die Vertreter der Rechtsparteien die Dinge als harmlos hinzustellen versuchten, gab das Bezirksamt wenigstens die Erklärung ab, daß die Liebesdienste abgestellt worden seien. Linere Redner gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen zwischen der Zentrale und dem Bezirksamt zu einem gedeihlichen Abschluß führen werden.

Berlin sorgt für Wasser!

11. Bezirk — Schöneberg.

Nachdem die Kommunisten in der letzten Bezirksverordnetenversammlung eine Flut von Wahlanträgen eingebracht hatten, warteten zur Abwechslung die Deutschnationalen mit einer Reihe von Anträgen zu Verkehrsverbesserungen auf.

Eine Anfrage wegen der Sicherung des Schöneberger Gasometers, die auch von unserer Fraktion unterstützt wurde, beantwortete Stadtrat Kay dahingehend, daß zu Bejoramissen kein Anlaß vorliegt. Bei der Beratung des Ausschusses über die Vorbereitung der Wahl von zwei besoldeten Bezirksamtsmitgliedern wendete sich Genosse Flatau gegen den Beschluß des Bezirksamts, wonach die Amtszeit bis zum 31. März 1930 verlängert werden sollte. Genosse Flatau erklärte sich gegen eine Amtsverlängerung, ganz gleich, ob es sich um Wahl oder lebenslänglich angestellte Beamte handelt. Ganz unverständlich sei es für die Bürgererschaft trotz formaler Rechts, daß zwar die Bezirksversammlung die Stelleninhaber wähle, über Verlängerung aber das Bezirksamt entscheide. Den Bericht des Ausschusses über die Sicherung der Wasserversorgung erstattete Genosse Friß. Nach längeren Verhandlungen mit den Wasserwerken sei festgestellt worden, daß Mängel in der Wasserversorgung Schönebergs nicht zu erwarten sind. Eine Anfrage unserer Fraktion, die sich mit dem eigenartigen Vorgehen des Stadtjugendpflegers Eise gegen Mitglieder der sozialistischen Arbeiterjugend anlässlich einer Filmvorführung des Jugendamts vor dem Titania-Palast in Steglitz am 10. März befaßte, konnte das Bezirksamt nicht beantworten, so daß die Angelegenheit erst in der nächsten Sitzung zur Verhandlung kommt.

Lärm um nichts!

13. Bezirk — Tempelhof.

Der Vorsitzende der Bezirksversammlung, Genosse Burge-meister, hatte eine durchgreifende Neuordnung des Sitzungsraumes vornehmen lassen, um eine ungeführte Durchführung der Sitzungen besser, gemächlicher zu können. Seine Maßnahmen scheinen Erfolg zu haben.

Der Aufsicht in der letzten Sitzung war eine Anfrage der Bürgerlichen, die im Bezirk viel besprochene Jugendausscheidung betreffend. Der Redner der Rechten mußte zwar zugeben, daß dem Dezernenten des Jugendamtes, Genosse Stadtrat Ewald, keinerlei Vorwurf zu machen sei, doch war er mit der Betätigung einzelner Jugendverbände absolut nicht einverstanden. Treffend wies Genosse Ewald in seiner Antwort darauf hin, daß gerade den Eltern daran gelegen sein muß, die einzelnen Verbände ohne jede Maske in ihren Arbeiten und Zielen zu sehen, um sich darüber klar zu werden, wem sie ihr Kind anvertrauen wollen. Im übrigen haben nur Organisationen von Erwachsenen Anstoß genommen, während die Jugendlichen wohl in sachlicher Art debattiert, sich aber nie aneinander gerieben hätten. (Da scheinen die Jungen in Tempelhof vernünftiger zu sein, als die Ältern!) Eine andere Anfrage der Rechten zeigte die Besorgnis der Herren, daß der Stadt in einem Falle die Gebühren für Benutzung der Schulaula auf dem Tempelhofer Feld entgangen sei, als die „Lichterschule“ dort eine Elternversammlung abhielt. Der Leiter der Schule, Genosse Gohbert, hat zwar genau nach Vorschrift gehandelt, doch war den Antragstellern nicht klarzumachen, daß sie in ihrer blinden Antipathie gegen „Rote“ wieder einmal mit Kanonen nach Spanien geschossen hätten. — Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurde weiter beschlossen, daß die Straßenbahn-Endhaltestelle in Lichterode so umgebaut werden soll, daß ein Rangieren ohne Gefahr für den Verkehr möglich ist. — Eine Schulbaracke ist zu Beginn des neuen Schuljahres für das Westgelände in Lichterode unbedingt erforderlich. — An der Dorfstraße in Mariendorf ist auf jeden Fall eine Haltestelle der Nord-Süd-Bahn vorzusehen. Ebenso gelangen zur Annahme die Anträge, den Wasserzins den Breiten der Städtischen Wasserwerke anzupassen, die Entwässerung von Lichterode auszubauen und den 1. Mai für Beamte, Angestellte und Arbeiter des Bezirks freizugeben. Das Bezirksamt war mit einer einzigen Vorlage beteiligt. Es handelte sich um Bewilligung von Vorbehaltsmitteln zum Bau der Tagesturstraße für tuberkulös gefährdete Kinder.

Die Juristische Sprechstunde fällt am Sonnabend, dem 30. März, und am Dienstag, dem 2. April d. J., aus.

.....und mit
Kathreiner
trinken Deine Kinder
die Milch noch 'mal so
gern!

Jede gute Mutter
bestätigt das!

Ihre Nerven brauchen Baldramant, ein Pflanzenprodukt von großer Heilwirkung, die natürliche Nervenmedizin gegen nervöse Störungen, Erregungen, unruhigen Schlaf, Schlaflosigkeit, Schwindelanfälle, Beklemmungen und Herzschwäche, die Grundursache vieler körperlicher u. Nervenleiden. Fl. M 1.50 u. 2.50, in Drog. u. Apoth., sonst durch Otto Reichel, Berlin 48 50, Eisenbahnstr. 4.

Kommunistische Blamage!

14. Bezirk - Neukölln.

In der außerordentlichen Sitzung der Bezirksversammlung kam es bei der Beratung eines kommunistischen Antrages auf unentgeltliche Abgabe von Essen an Sozial- und Kleinrentner und Erwerbslose zu einem Zwischenfall, der von den Kommunisten sofort in ihrem Sinne ausgenutzt wurde. Nachdem Genosse Schneider die Gründe, die zu zeitweiser Ueberfüllung der Abgabestelle in der Flughafenstraße führte und die Heranziehung eines einzigen Polizeibeamten zur Aufrechterhaltung der Ordnung bekannt gegeben hatte, machte Genosse Schulz einen harmlosen Zwischenruf. Das war für einige Tribünenbesucher Anlaß zum Randaliereien. Der Vorsitzende, Genosse Graßmann, vertagte die Sitzung und forderte den Zwischenrufer auf, die Tribüne zu verlassen. Nachdem der Radaumacher, ein der Polizei und nicht nur dieser bekannter jugendlicher Pathologe, erst noch eine Rede für die Erwerbslosen vom Stapel gelassen hatte, muß ihm wohl das Herz in die Hose gerutscht sein, denn er war plötzlich verschwunden. Jede andere Partei würde einen solchen Pathologen abschüttele. Die bürgerliche Presse macht aus diesem kleinen Zwischenfall ein großes Geschrei. Besonders peinlich muß es wirken, daß ein sehr angesehenes demokratisches Berliner Blatt den letzten unruhigen W.D.-Bericht gebracht und bis heute noch nicht berichtet hat. Die ganze „Kommunistische Aktion“ dauerte einige Minuten. Die Tribünen wurden überhaupt nicht geräumt. Die Versammlung tagte bis zur restlosen Erledigung der Tagesordnung. Unsere Fraktion ließ durch den Genossen Arndt zu diesem Antrag ihre Zustimmung erklären mit dem Zusatz, daß Sonntags auch in Berlin die Volkstüchen offenzubehalten sind. Einen schweren Reinfall erlebten die Kommunisten bei dem Antrag, den Bezirksvorsitzenden, die keine geeignete Wohnung zur Abhaltung der Sprechstunden haben, Amisräume zur Verfügung zu stellen. Ihr Führer mußte kleinlaut den Antrag zurückziehen. Dabei murmelte er so unverständlich, damit die Tribüne absichtlich gelächelt wurde. Deshalb wollten wir es um so lauter sagen: Diese Einrichtung besteht schon seit Jahren! — Und noch einmal blamierten sich die Kommunisten. Ihre Phantasie will im Rathaus Kollomonas das des Reichsbanners gesehen haben. Genosse Harnisch gab dem Kommunistenführer auf seine Drohung: „Sie werden noch viel mehr erleben!“ die einzig richtige Antwort: „Diese Wähler, die das Theater hier mitmachen, schenken mir ihnen.“ Im übrigen hat unsere Partei nur um dem Recht, die Tribünenarten auch an Synpathisierende auszugeben, Gebrauch gemacht, und nicht, wie es früher geschah wahllos verteilt. Wir werden er auch in Zukunft so halten. — Dann gab es noch eine rezekutionäre Rede zum „Belagerungszustand“ und dem Demantrationsverbot. Eine halbe Stunde „mühte“ sich der Oberkommunist im Schweiß seines Angesichts, die Weltrevolution zu prophezeien. Selbst die Verbündeten, die Deutschnationalen, waren diesmal nicht zu überzeugen, denn sie schwiegen sich aus. Und da weiter niemand Lust hatte, dieses, wie der Kommunist selbst sagte, „Mittentheater“ fortzuführen, ging die Geschichte, sehr zum Leidwesen der Spektakelmacher, wie das Hornberger Schießen aus.

Die Partei in Köpenick.

In der Kreisvertreterversammlung der Partei im Bezirk Köpenick gab Genosse William den Geschäftsbericht über das Jahr 1928. Der 16. Kreis ist in sechs Abteilungen eingeteilt, in denen 180 Funktionäre tätig sind. Bei den Reichstagswahlen wurden 15 547 Stimmen für die sozialdemokratische Liste abgegeben, das bedeutet etwa 33 Proz. aller abgegebenen Stimmen, aber gegen die Dezemberwahlen 1924 einen Gewinn von 42 Proz. der damals abgegebenen Stimmen für die Liste 1. Bei allen großen Veranstaltungen des Bezirksverbandes hat sich der 16. Kreis stets zahlreich beteiligt. In kultureller Beziehung ist in Köpenick Pionierarbeit geleistet worden. Es ist dort gelungen, eine gemeinsame Jugendwohne der Arbeiterkassen schon im Herbst zu veranstalten. Auch die Errichtung einer Weltlichen Schule konnte durchgeführt werden.

Die Werbemache im vergangenen Jahr brachte einen Mitgliedererwerb von 109, und zwar 42 neue weibliche (davon allein 40 für die 108. Abteilung Köpenick) und 67 neue männliche Mitglieder. Bei den bevorstehenden Kommunalwahlen heißt es: Vorwärts mit neuer Kraft. Der Kassenbericht des Genossen Schäber fand die Genehmigung der Versammlung und der Antrag der Revisionen auf Entlastung fand Annahme. Erfreulich konnte die Kreisleiterin Genossin Jankowski über den Stand der Arbeiterwohlfahrt berichten, die im vergangenen Jahr stark zur sozialen Arbeit herangezogen worden war. Auch die SWA konnte sich ruhig und stetig entwickeln, obgleich es zu wünschen sei, daß auch in Grünau eine Gruppe gegründet würde. Eine lebhafte Debatte schloß sich an den Bericht über den Bildungsausschuss an, den der Genosse Kettner erstattete. Ausführungen des Genossen Engel, Mitglied der Pressekommission, über unsere Presse gaben den Anlaß zu einer lebhaften Diskussion. Die anschließenden Neuwahlen des Vorstandes ergaben als 1. Vorsitzenden Genossen William, 2. Vorsitzender Klatt, Schriftführer Theuner und Hunger, Kassierer Schubert, als Kreisleiterinnen Genossinnen Jankowski und Keil. Beisitzer wurden die Abteilungsleiter und der Genosse Bendig. Als Vertreter in die Pressekommission wurde der Genosse Dornow, der von der Abteilung Bohnsdorf vorgeschlagen worden war, neu gewählt.

Volksspeisung an Sonntagen.

Die städtische Volksspeisung hält an Sonn- und Feiertagen folgende Essensausgabestellen bis auf weiteres offen:
Bezirk Mitte: Kommandantenstr. 80/81; Holzmarktstr. 53; Artilleriestr. 9. Bezirk Tiergarten: Bremer Straße, Rathausstr. 1. Bezirk Wedding: Bellerbühlstr. 13/14. Bezirk Prenzlauer Berg: Hader Straße Ecke Koppenhagen Straße. Bezirk Friedrichshagen: Friedenstr. 60; Strausberger Str. 3. Bezirk Kreuzberg: Luisenufer 30; Wangelfstr. 97/100. Bezirk Charlottenburg: Havelstr. 10/12. Bezirk Spandau: Lindenbachstr. 1. Bezirk Schöneberg: Hauptstr. 16. Bezirk Neukölln: Flughafenstr. 68. Bezirk Lichtenberg: Möllendorferstr. 5; Türschmidstr. 25; Blumenthalstr. 33/34.

Deutscher und Preussischer Landkreistag.

Am 9. April tritt in Stuttgart der Vorstand des Deutschen Landkreistages zusammen. Zur Beratung stehen Fragen der Wohnbauförderung und des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Finanz- und Steuerfragen und das Problem der Kleinrentnerfürsorge. — Am 2. und 3. Mai 1929 tritt in Aachen der Vorstand des Preussischen Landkreistages zusammen.

Die Diensträume des preussischen Katasteramts Zehlendorf, das die Ortsteile Berlin-Dahlem, Berlin-Zehlendorf, Berlin-Rikolasse, Berlin-Wannsee, Potsdam, Forst, Klein-Glienide (Gut), Pfaueninsel, Schwanenwerder und Düppel umfaßt, werden vom 4. April 1929 ab nach Zehlendorf-Mitte, Rathaus, Kirchstraße (Fernsprecher Zehlendorf G 4 Nr. 0012) verlegt. Das Katasteramt ist wegen des Umzuges am 2. und 3. April 1929 geschlossen.

48 000 Kraftfahrzeuge in der Rheinprovinz. Nach dem Statistischen Amt der Stadt Köln sind in der Rheinprovinz im ganzen 47 698 Kraftfahrzeuge zugelassen, wovon 15 525 auf Köln entfallen. Mit einem Kraftfahrzeug auf je 47 Einwohner steht Köln an der Spitze der Städte des Rheinlandes. Weiter kommt ein Kraftfahrzeug in Düsseldorf auf 49, in Aachen auf 50 und in Elberfeld auf 55 Einwohner.

Konsumgeneralversammlung.

161541 Mitglieder. / 3603 Beschäftigte. / Ueber 30 Millionen Spargelder.

Die am Montag, dem 25. März, im Lehrervereinshaus stattgefundene Generalversammlung der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgebung stimmte einstimmig dem vom Geschäftsführer Wirus begründeten Vorschlag der Verwaltung zu, den vor 26 Jahren errichteten Konsumverein für Strausberg und Umgebung am 1. April 1929 zu übernehmen. Die bauliche Entwicklung der Reichshauptstadt, deren Wohnbau- und Siedlungswesen immer weiter in die Außenbezirke und darüber hinausdringt, schafft zwischen der Berliner Genossenschaft, die mit ihrer Warenvermittlung den geänderten Wohnverhältnissen Rechnung tragen muß, und den Arbeitsgebieten der umliegenden Konsumvereine immer stärker werdende Berührungspunkte, die im genossenschaftlichen Interesse zum Zusammenrücken drängen. Der Konsumverein für Strausberg umfaßt 7 Abgabestellen, die in Strausberg-Stadt, Strausberg-Vorstadt, Siedlungen Eckardstein, Hennickendorf, Herzfelde, Neuenhagen und Rehfelde belegen sind. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf 2489, der Umsatz betrug im letzten Geschäftsjahr 302 965 M. In Strausberg-Stadt, Herzfelde und Rehfelde verfügt der Verein über eigene Grundstücke, in deren Bauschleifen eigene Abgabestellen Unterkunft gefunden haben. Das Aufgehen des Strausberger Vereins in der großen Bruder-Genossenschaft wird sicher der Konsumgenossenschaftlichen Entwicklung in den östlichen Vororten einen kräftigen Ansporn verleihen.

Nach Eröffnung der Generalversammlung gab Genosse Wirus als Zentralwahlleiter einen Bericht über die letzten Wahlen zur Generalversammlung, die ein klägliches Fiasko der kommunistischen Vorschläge zeitigten, da fast alle Listen von jener Seite wegen Nichtumsetzung der statutarischen Vorschriften für ungültig erklärt werden mußten. Einem kommunistischen Redner entschlüpfte in der Aussprache das Eingeständnis, nichtordnungsmäßige Listen aufgestellt zu haben, indem er äußerte, die „Opposition“ habe nicht vorausgesehen, daß das Statut ganz korrekt zur Anwendung gelangen würde. Die Generalversammlung stellte nahezu einstimmig die Gültigkeit der Wahlen fest.

Den Halbjahresbericht erstattete das Vorstandsmitglied Hille. Er hob hervor, daß seit dem Abschlus der Infektion die Genossenschaft eine ununterbrochene und Jahr für Jahr nicht nur in den absoluten Zahlen, sondern auch im prozentualen Verhältnis sich steigende Umjahreerhöhung aufzuweisen habe; die Umjahreerhöhung belief sich, immer im Verhältnis zum Vorjahr gerechnet: 1926 auf 14,7 Prozent, 1927 auf 25,2 Prozent und 1928 auf 35,2 Prozent. Für das Halbjahr Juli/Dezember 1928 beläuft sich die Umjahreerhöhung auf 36,3 Prozent. Hervorragend beteiligt an der Umjahreerhöhung sind die genossenschaftlichen Warenhäuser, die mit 165 Prozent Steigerung im letzten Halbjahr weit aus an der Spitze stehen. Auf einen guten Erfolg kann auch das im September 1928 eingerichtete genossenschaftliche Möbelhaus (Berlin S., Graefstraße 21) zurückgeführt werden. Die eigene Wurstfabrik wartet mit einer Erzeugung im Werte von 1 723 964 Mark auf gegenüber 1 029 407 Mark im

gleichen Zeitraum des Vorjahres; die Steigerung beträgt hier 67,5 Prozent. Der Mitgliederstand erhöhte sich in der Berichtszeit von 146 192 auf 161 541. Trotz der die Sparmöglichkeit beeinträchtigenden großen Arbeitslosigkeit vermehrte die Sparkasse ihre Einlagen von 24 957 129 auf 30 416 604 Mark zu steigern; bemerkenswert ist, daß Neueinzahlungen auf Sparkonten, die auf Grund der Rückvergütungsvoorschritt errichtet wurden, in Höhe von 671 898 Mark erfolgten, ein Beweis dafür, daß sich der Rodus gut einbürgert, die den Geschäftsanteil übersteigenden Rückvergütungsbeträge auf Sparkonto einzutragen. Das Abgabestellennetz wurde um 15 Lebensmittel- und 10 Fleischabgabestellen erweitert. Der Personalbestand vermehrte sich von 3281 auf 3603 Beschäftigte. Nach einer unbedeutlichen Aussprache über den nur erfreuliche Fortschritte aufweisenden Bericht legte Wirus einige Anträge auf Erwerb von Grundstücken vor. Das Warenhaus 1 am Craniengplatz erwirbt sich in seinen räumlichen Ausmaßen gegenüber der sich ständig steigenden Bemessung als unzureichend. Für einen Erweiterungsbau wurden früher bereits die Grundstücke Luisenufer 27, 28, 29 und Prinzessinnenstraße 3 angekauft; zur Abwendung des genossenschaftlichen Besitzes wird der Erwerb der Grundstücke Prinzessinnenstraße 4, 5, 6 und Luisenufer 30 empfohlen. Mit der Fertigstellung des Erweiterungsbauwerks, der 7 Stockwerke aufweisen wird, ist frühestens im Sommer 1930 zu rechnen. Die Generalversammlung genehmigte die Anträge und gab auch ihre Zustimmung zum Erwerb von Acker- und Gärten zur Erweiterung des landwirtschaftlichen Besitzes in Sperenberg und zum Ankauf je einer Parzelle in Neu-Schulzendorf und Karow, auf denen in eigenen Gebäuden Abgabestellen errichtet werden.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf Satzungsänderungen. Nach der zum Beschluß erhobenen neuen Fassung kann der Ausschlus eines Mitgliedes erfolgen, wenn es im letztverflossenen Geschäftsjahr keinen Umsatz nachgewiesen hat. Jedes Mitglied ist verpflichtet, innerhalb des ersten Jahres seiner Mitgliedschaft die Hälfte des Geschäftsanteils, innerhalb der folgenden drei Geschäftsjahre je ein Sechstel des Geschäftsanteils einzuzahlen oder durch die Rückvergütung aufzusparen. Für die Einreichung von Wahlvorschlügen ist erforderlich, daß die Unterschrift leistenden Mitglieder mindestens zwei Jahre der Genossenschaft angehören, die statutarischen Verpflichtungen erfüllt und im zuletzt verfallenen Geschäftsjahr mindestens den Durchschnittsumsatz erreicht haben. Wählbar sind nur Mitglieder, die der Genossenschaft am Wahltag mindestens drei Jahre angehören, die statutarischen Verpflichtungen erfüllt und in den letzten beiden Jahren mindestens den Durchschnittsumsatz nachgewiesen haben. Von grundlegender Bedeutung ist weiterhin die Bestimmung, daß die Amtsdauer der Vertreter auf drei Jahre festgelegt wird. Anschließend an die Statutenänderung erfolgte die Einsetzung eines Ausschusses, dem eine gründliche Durchberatung der Genossenschafts-satzungen als Aufgabe überwiesen ist.



Grundkapital RM 15 200 000
Reserven „ 5 531 000

Seitanz-Darlehne RM 416 217 000
(15 200 Einzahlungen)
Seitanzkredit RM 412 528 000

Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft

Einladung zur Zeichnung

auf 8 000 000 GM

8% Central-Gold-Pfandbriefe

vom Jahre 1928, mit April-Oktober-Zinsen,
zum Kurse von 97.50%

und auf 4 000 000 GM in Preußen mündelsichere

8% Gold-Komm.-Schuldverschreibungen

vom Jahre 1928, mit April-Oktober-Zinsen,
zum Kurse von 94. — %

— zuzüglich Stückzinsen vom 1. April bis zum Abnahmetage —
die an den Börsen von Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln
und Leipzig bereits amtlich notiert werden.

Die Zeichnung findet statt
vom 4. bis zum 17. April 1929,
früherer Schluß vorbehalten, bei
der Preussischen Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft,
Direction der Disconto-Gesellschaft und deren Zweiganstalten,
S. Bleichröder, Berlin,
Sof. Oppenheim jr. & Cie., Köln,
und bei den sonstigen Zeichnungsstellen sowie bei allen Bank-
firmen und Spar- und Girokassen, wo ausführliche Prospekte zu
beziehen sind.

Die Abnahme der zugewiesenen Beträge kann bis zum
30. April d. J. erfolgen. Stücke liefern wir sofort.

Eine Kündigung ist frühestens zum 1. Oktober 1934
zulässig. Die Tilgung muß spätestens 1966 bzw. 1959
beendet sein.

Die Pfandbriefe sind bei der Reichsbank in Klasse A be-
leihbar; für die Schuldverschreibungen ist ein entspr. Antrag
bereits gestellt.

Die Aufsicht der Preussischen Staatsregierung wird durch
einen für die Gesellschaft bestellten besonderen Staatskommissar
ausgeübt.

Berlin NW 7, Unter den Linden 48/49

Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft

Lindemann Hartmann Oesterlin Brede



Das Gebot der Stunde

ist der Eintritt in den

Erd- und Feuer-Bestattungsverein

Groß-Berlin

W 35, Steglitzer Straße 66
Fernsprecher: Nollendorf 416/469



100 Jahre
1838-1938

Gültungs-, Rabat- u. Reklamemarken gegen Nachzahlung gesetzl. gesch. fertigt seit 45 Jahr als Spezialität.

Conrad Müller
Leipzig - Scheuditz



Korbmöbel
Valuedes fernes Aparte Muster Mäßige Preise Vollblut u. Korb! Neukölln
Annenstr. 23 bei Hermannstr. 10
Fernr. 72 8-11 133

Blumenspenden
jeder Art
Hofzeit preiswert:
Paul Golletz
nom. Robert Meyer
Mariannenstraße 3
Eck Rindenschtr.
Amt Rorippl 100 08

Rind- u. Schweine-Schlächtere

Max Jobski

Putbusser Straße 6
Qualitätsware / Billigste Preise

Festpreismen
aus a. billige?
HUR
Groß-Berlin
Alexandernstr.

Herrenkleider-Fabrik

gibt bis auf weiteres Anzüge, Jacket, Paletots zu Fabrikpreisen ab. Bitte, überzeugen Sie sich.

Kaiser-Wilhelm-Straße 24, 1 Tr.

Gesundheit

und

Zukunft der Kinder

sichert bestens der Aufenthalt in gesunder Luft und

wertbeständige Anlage

durch preiswerten Parzellenkauf in der Gartenstadt Fredersdorf bei Berlin. — Täglich Verkauf. — Auskunft: Telephon Neuenhagen Nr. 296 und 117.